

Die Geschichte des Praefecturrats [Fortsetzung]

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Jahresbericht der Historisch-Antiquarischen Gesellschaft von Graubünden**

Band (Jahr): **83 (1953)**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-595682>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Geschichte des Praefecturrats

II. Teil

Einmarsch der Reservearmee in Bünden

Als General Bonaparte den Vertrag von Parsdorf plötzlich kündete (am 21. August 1800) und den Kampf auf den 10. September des Jahres ansetzte, zog General Hiller drei Kompagnien des Regiments Salis aus Bünden zurück und nahm in Telfs im Tirol Quartier (Bericht Kronthals, 1. September 1800. W.-As.). Damit entzog er der alten Regierung in Zernez den Schutz. Sie floh über den Ofenpaß nach Bozen, wo General Auffenberg sie freundlich aufnahm und an Stelle von Hiller sie künftig betreute. Der Präsident A. v. Salis mit seiner Familie reiste nach Niederdorf, um weiter ins Innere des Landes zu fliehen. Alle waren aufs höchste bedrückt wegen der stark verschleierten Zukunft. (Berichte Kronthals, 8. Sept. 1800. W.-A.)

Derweilen näherten sich französische Truppen wiederum Chur. Es waren Truppen der französischen Reservearmee, die seit Sommer in Dijon sich bildete und schließlich für Vorarlberg und Bünden bestimmt war. Sie sollte Jardons Brigade ersetzen zum Schutz Vorarlbergs und Graubündens. Die Brigade Jardon gehörte zur Rheinarmee des Generals Moreau, die in östlicher Richtung vorrückte. Da der Abmarsch Jardons drängte, ging eine Vorhut von Dijon voraus und überschritt die Grenze bei Genf. Für den Durchmarsch durch die Schweiz ergab sich nunmehr aber die Frage, wer die Verpflegung weiter beschaffe. Bonaparte selber half sich damit, daß er erklärte, die Truppen dienten dem Schutz der Schweiz; so sei die Verpflegung Sache dieser. Genral Dumas, Chef des Stabes, erschien in Bern und nahm dort die Verhandlungen darüber auf. Diese führten zur «Convention préliminaire», nach der die Schweiz die Verpflegung leistete und 9500 Mann des Heeres verpflegte. Für Bünden konnte sie sich aber entziehen; denn

BEMERKUNG

Die folgende Arbeit bildet die Fortsetzung der 1928 verfaßten Schrift: J. Zimmerli, Praefecturrat und Interinalregierung im Kampf um die Vorherrschaft (LVIII. Jahresbericht der Historisch-antiquarischen Gesellschaft von Graubünden, 1928).

Artikel 1 des Vertrages lautete: Die Verpflegung erstreckt sich «sur les points, qui seront désignés dans l'enceinte de l'Helvetie actuellement ressortissante de son gouvernement». (AHR, VI 56–57.) Am 21. August trat der Vertrag von Bern in Kraft.

Indessen erreichte die Vorhut Lausanne, von wo die Truppe dann sich teilte. Die Hälfte nahm den Weg nach Zürich und ging über St. Gallen nach Rheineck. Über Luzern marschierte die andere hinauf bis Wesen, von wo sie am linken Hang des Sees bis Wallenstadt nicht ohne Beschwerden das Städtchen erreichte. Wegen der Enge des Weges fuhr das Gepäck über den See zu Schiff. (Leptus, S. 31.) Als Ziel schwebte der Truppe Ragaz vor. Da aber die Mittel der Gegend fehlten, entschied die Truppe sich später für Chur, das sie am 1. September erreichte.

Bünden fiel die Verpflegung schwer, zumal da Zimmerli, der Kommissär der Schweiz, nur zwei Tage, bevor die Vorhut Bünden erreichte, sich in Chur der Regierung meldete. (Prot. 30. Aug. 1800.) Der Präfekturrat war überrascht und die Not des Volkes im Lande groß, so daß Zimmerli trotz des mit Dumas geschlossenen Vertrages einige Lieferungen wieder versprach – 400 Zentner Korn und 40 Schlachttiere – in der Hoffnung, Bünden werde sich mit Bern verständigen. Er meinte überhaupt, der «Anschluß» stehe schon nahe bevor.

Auf Antrag Churs erfolgte das Versprechen Zimmerlis schriftlich, worauf dieser wieder erklärte, er leiste die Hilfe nur aus Mitleid, ohne daß ihn jemand verpflichte, worauf dann Chur aber wieder entgegnete, der Vertrag mit Dumas lege die Lieferungen ganz der Schweiz auf, und zwar vom Rhein bis nach Italien. Nur die Liebe zum französischen Volk bewege die Regierung, während vier Tagen die Vorhut des Heeres im Lande zu verpflegen. (Prot. des 3. Sept. 1800.)

Trotzdem gab sich Zimmerli Mühe und wollte die Lage Churs erleichtern, indem er hinwies auf die in der Schweiz gebräuchlichen Gutscheine, durch die auch Bünden Bezahlung erhalte und auf Magazine der französischen Truppen, die zu benützen Bünden ein Recht habe. Bis Mels und Sargans würde Schlachtvieh künftig gestellt werden, sobald die Schweiz mit Lieferungen einsetze. Indessen müsse sich Bünden gedulden und mit eigenen Lieferungen die Truppen versehen.

Die Regierung traf nun entsprechende Maßnahmen. Rittmeister Bavier beschaffte Getreide; zur Beschaffung des Viehs verhielt man Gemeinden, die von der Besetzung mit Truppen verschont waren, wie Untervaz, das Schanfigg und Distrikt Glenner. Ferner schrieb man Holz und Stroh aus und vergrößerte im Lande die Fuhrparke.

Indessen rückte die Vorhut (Brigade Veaux) an, und Truppen Jardons überfuhren mit Wagen sofort die Steig. Die neuen Truppen verteilten sich von Vaduz bis hinauf nach Splügen. Hier traten sie mit General Lechis Division in Fühlung, der als linker Flügel der Armee in Italien Veltlin besetzte. Die Brigade zur Linken lag von Feldkirch bis nach Bregenz und berührte Moreaus Truppen in Deutschland. Die ganze Division befehligte Rey. (5941 Mann, Leplus, S. 225.)

Als schweizerische Lieferungen jetzt nicht kamen, überhäufte Chur den Kommissär mit Vorwürfen, wogegen Zimmerli sich aber verwahrte, indem er erklärte, entweder sei Bünden ein Staat für sich und dann berühre ihn die Sache überhaupt nicht, oder es mache einen Teil der Schweiz aus und er liefere ihm Brot und Fleisch. In diesem für Bünden besten Falle habe er Lieferungen eben versprochen, deren Beschaffung sich aber verzögere.

Über die Zukunft wollte Planta sich nicht äußern, obschon jetzt alles gerade im Fluß war. Andererseits hatte das aber den Vorteil, wie Planta meinte, daß Bünden von Lieferungen ganz befreit sei. Wenn Bünden sich trotzdem um solche bemühe, geschehe es nur im Drange der Not.

Die Lage verschlimmerte sich aber noch mehr, als ein Militärspital sich auftat und weitere Kosten im Lande verursachte. Man war im Volk der Leistungen müde. Ja, das Lugnez entzog sich ganz. Die Regierung behaftete dafür nur Zimmerli. Das empörte diesen schwer und ließ die Bereitschaft für Bünden erkalten. Mit Bern zu verhandeln, widerstrebte Planta, da er sich bereits der Schweiz abwandte. So mußten sich Generäle der Sache annehmen, sollte die Verpflegung in Bünden nicht aussetzen. Es geschah durch General Dumas, der Bern erklärte, es solle jetzt Lieferungen nach Bünden leisten oder mit der Regierung in Chur sich verständigen. Auf jeden Fall wurde die Pflicht zu Lieferungen nach Bünden jetzt bejaht, obschon Zimmerli sich dagegen wehrte und auf dem alten Vertrag beharrte. So trafen Lieferungen aus der Schweiz ein. Das Schlachtvieh kam vorerst bis Sargans und Korn bis Oberriet im mittleren Rheintal, von wo Zimmerli bestimmt erwartete, Chur werde das Korn holen. Da sperrte General Veaux die Fuhren aus Bünden, worauf Lüchinger, der Präfekt der Gegend, das Korn verwahrte, bis Stellung der Fuhren aus Bünden erfolge. Die Sperre erfolgte in Bünden deshalb, weil die Hauptarmee jetzt anrückte und alle Fuhren im Lande beanspruchte.

Zum Führer des Heeres ernannte Paris den General Macdonald, der neben großer Strenge auch freundliches Wesen bezeugte, wie General Dumas über Macdonald urteilte.

Wegen des Durchmarsches erweiterte die Schweiz die «Convention preliminaire» zu einem Vertrag, nach welchem Frankreich, sofern das Heer 9500 an Zahl überstieg, die Schweiz entschädigte. (AHR VI, 148.)

Als Ziel des Marsches bestimmte er Chur. Später befahl er, daß die Truppen sich an der Grenze gleich verteilten. Dazu schickte er 500 Mann nach Bünden und Vorarlberg voraus, die mit Wagen die Strecke zurücklegten, um möglichst rasch die Front zu erreichen. Ihnen folgte rasch die Hauptmacht und stellte sich am Rhein entlang auf.

Dem Präfekturrat kam jetzt der Marsch wieder verfrüht. Erst von Sargans aus erhielt er Nachricht und konnte sich so entsprechend nicht rüsten, um nach Vermögen die einzelnen Gemeinden jeweilen zu belasten. Die Lage wurde besonders drückend, da schweizerische Lieferungen gänzlich versagten. (Prot. d. 22. Sept. 1800.)

Gleichzeitig überschritt die Brigade Veaux die nördliche Zone und setzte sich fest im Tale der Landquart und im Schanfigg. Der Zweck war Entfaltung der Macht und Entlastung der Gemeinden am Paß. Damit fiel die Sperre des Kornes in der Gegend hin und Kommissäre und Posten an der Grenze der Zone nach Norden verschwanden, worauf Neutrale sich sofort versorgten. (Prot. d. 12. und 13. Sept. 1800.)

Indessen wurde in Hohenlinden der alte Waffenstillstand erneuert, was General Macdonald wieder erlaubte, die Truppen aus Bünden in die Schweiz zu verlegen. Er wählte Gegenden, die aus eigener Kraft die Truppen ernährten, wenn Lieferungen Berns jeweilen versagten, und raschen Aufmarsch wieder ermöglichten. Diese Bedingungen wurden erfüllt vom Ufer des Bodensees bis Zug, auf welche Linie sich jetzt die Truppen in der Schweiz verteilten. Die Brigade Veaux verblieb in Bünden. Nur mußte sie neutrale Gebiete verlassen und in die nördliche Zone zurückkehren entsprechend dem neu gemachten Vertrag.

Macdonald selber ging nach Augsburg und besprach mit Moreau den weiteren Vormarsch, laut welchem Macdonald entlang dem Inn aus Bünden vorrückte und Hillers Truppen im Tirol überholte. Doch die Pläne erfüllten sich nicht, da in Italien die Lage sich änderte und Verlegung von Truppen aus Bünden erforderte.

In Bünden blieben die Zonen bestehen, nur die Sperre des Kornes gegen Neutrale unterblieb. Wie die Einfuhr sich aber vermehrte, fürchtete Veaux für dessen Bestimmung, indem er meinte, sie diene dem Feind und Engadins Verpflegung, wo gerade damals ein großer Mangel an Getreide herrschte. So erhob man die Sperre für Korn nach Süden von neuem, aber diesmal auf der

Höhe der Pässe, die zur südlichen Zone führten. Bergün, Davos und Stalla, ja selbst Klosters erhielten Auftrag, sie sollten Posten auf den Pässen errichten und Korn nach Süden jeweils zurückbehalten. Wie Klosters fürchtete, die Engadiner würden das Verhalten entgelten und Hall'sches Salz im Süden zurückhalten, verwies die Regierung auf Salz in Chur, das Paul Bavier nach Klosters liefere. (Prot. 18., 26., 29. Okt. und 5. Nov. 1800.)

Indessen fiel die Verpflegung der Truppen der Regierung in Bern allmählich zur Last, so daß sie sich dieser entzog und sie einzelnen Gemeinden ganz überließ. Um so größer war die Empörung in Oberriet, als der Präfekturrat, obwohl die Fuhren in Bünden jetzt frei wurden, vom Präfekten Lüchinger verlangte, er solle das Korn noch bis Bünden führen. Blunschli, der Zimmerli vertrat, sprach von Verletzung der schweizerischen Hoheit. Dabei erlaubte sich Blunschli Ausdrücke, die sich Planta als Vertreter des freien Staates Graubünden verbat. Dagegen unterstrich dann Bürger Zimmerli, wie er die Verpflegung selber wieder aufnahm, das eigene Verdienst gegenüber Graubünden, das größeren Dank von Bünden verdiene. «Ich habe», wie Zimmerli schrieb, «unter Bajonetten gelebt und forchte keine. Die französischen Truppen haben das gleiche Recht, wenn nach Recht solle gehandelt werden, in Graubünden ihren Unterhalt zu fordern, als in Helvetien.» Dabei verwies er auf die in der Schweiz herrschende Not, wo Gemeinden aus eigener Kraft Soldaten verpflegten. Als der Präfekturrat sich weiter nicht äußerte, drohte Zimmerli selber mit Sperre und erklärte den Generälen des Heeres scharf, wenn sie Bünden bereits als Teil der Schweiz betrachteten, müsse es Lieferungen, wie Gemeinden der Schweiz, auch selber beschaffen. (Prot. d. 15. Okt. 1800.)

So verschärfte sich die Lage weiter und die Verpflegung fing schon an, zu fehlen, bis Kommissär Dupont sie wieder in Gang brachte durch einen Vergleich, dem beide Parteien schließlich folgten. Der Vorschlag war: Für einmal läßt die Regierung in Chur das Korn in Oberriet selber holen. Nachher erfolgt der Wechsel der Fuhr aber in Sargans, von wo die Regierung oder die Truppe die Waren befördert. (Prot. d. 4. Okt. 1800.) Das Heu aber leisteten weiter Gemeinden, und Christian Pellizari (Prot. d. 21. Juli 1800) besorgte wie vorher auch dessen Verwaltung. (Christian Pellizari war 1766 Landammann des Gerichtes, 1796 Bürger von Chur, dann Ratsherr und Stadtvogt zu Chur.)

Dadurch hoffte man, werde die Verpflegung im Lande gesichert, und Zimmerli vermehrte die Zahl der Gehilfen. (AHR VI, 294 und Prot. d. 16. Okt. 1800.) Doch es fehlten der Schweiz die Mittel, die Lasten für Bünden weiter zu tragen, zumal auch Frankreich sich selber entzog und, was es der Schweiz versprach, nicht

hielt. Damit brach der Plan der Verpflegung wieder zusammen, und es ergab sich, was Zimmerli wünschte, daß Bünden selber die Truppen verpflegte.

Das Widererstehen der alten Regierung, die neutrale Gemeinden von Lieferungen abhielt, erschwerte die Lage des Praefecturrates.

Als sich die Kunde vom Vertrag von Parsdorf weiter verbreitete, forderte Kronthal A. v. Salis in Niederdorf auf, er solle sofort nach Bozen zurückkehren, die Kollegen der Regierung dort versammeln und sich für die Befreiung des Landes einsetzen. Salis folgte, obschon er damals gerade im Sinne hatte, Bünden zu verlassen und im Gebiet des Kaisers sich wieder eine Existenz zu schaffen.

Indessen standen die Kollegen in Bozen mit dem General der Gegend in Fühlung. Es war General Auffenberg, dessen Heer General Hiller mit der italienischen Armee vereinte, die das sogenannte «Corps intermediaire» bildete. Bevor die Erneuerung des Vertrages von Parsdorf aber bekannt war, glaubte Auffenberg an baldigen Vormarsch der eigenen Truppen und gab der Regierung in Bozen den Auftrag, sie solle den Truppen nach Norden folgen und besetzte Gebiete jeweilen verwalten. Das sei das Interesse des eigenen Landes. Dazu war die Regierung bereit, wenn Artikel 3 des Vertrages von Parsdorf endlich erfüllt werde und der General die Stellung der Regierung im Lande auch sichere. Zu besserer Verbindung von Heer und Regierung schickte diese Gugelberg nach Tartsch in das Quartier des Heeres. Hier erfuhr er vom neuen Waffenstillstand in Deutschland in Hohenlinden. Infolge der nunmehr veränderten Lage hielt es Auffenberg für besser, nur zwei Vertreter nach Bünden zu schicken, während der Sitz in Meran verblieb und Auffenberg selber in Bozen Quartier nahm. Eine solche Veränderung war der Regierung in Meran erwünscht; denn der Aufenthalt hätte nur kurze Zeit in Bünden gedauert. Dazu sei die Lage dort schwierig, die zu ändern, sie doch nicht vermocht hätte. (Hier und im Folgenden stützt sich die Darstellung auf Notizen, die im Schloß Gemünden vorliegen, das Protokoll der von Chur vertriebenen Regierung ist bekanntlich verloren.)

Im Engadin bedrückte der Mangel an Brot das Volk. Der Vormarsch der Franzosen sowohl in Deutschland als in Italien hatte die Einfuhr des Korns ins Tirol und nach Bünden erschwert. Vor allem lag das schwäbische Korn im Bereich des Gegners, was für das Tirol und später für Bünden verderblich wirkte. So war es ein schwerer Schlag, als der Praefecturrat die Pässe nach Süden gänzlich sperrte. Wie Sent und Schuls jetzt Korn vom Tirol inständig verlangten, fanden sie dort erst wenig Gehör. Erst als sich Auffenberg ihrer annahm, erklärte von Bissingen, Gouverneur im

Tirol, sich endlich bereit, 200 Stär an Korn zu liefern, viel zu wenig im Vergleich zur Not. Dazu verlangte Bissingen Zoll, was das Volk besonders empörte, da die Waren sonst immer frei die Grenzen passierten, sofern sie für den eigenen Bedarf bestimmt waren. Zudem lagen jetzt auch österreichische Truppen im Tal, die Schanzen verlangten und Verknappung der Waren im Tale verursachten.

Eine solche Lage trafen Beobachter, als welche die Regierung Marchion und Gugelberg im Tale bestimmte. Sie sollten die militärische und politische Lage im Lande erkunden, aber ganz besonders Verpflegung erwirken. Dazu sollten sie einen Bevollmächtigten von den Gemeinden sofort verlangen, das Korn im Tirol dann selber erst kaufen und den Gemeinden wieder verkaufen, indem eine Kommission den kleinsten Bedarf einer jeden Gemeinde des Tales ermittle. Im Unterengadin und Münstertal wollte man mit Lieferung des Getreides beginnen. Sofern der Versuch der Beschaffung gelang, wollte man diesen im oberen Teil des Tales noch fortsetzen, ja auch das Puschlav und Bergell versehen. Ja, man dachte selbst an Neutrale, woran der Regierung auch besonders lag, denn sie wollte den eigenen Einfluß im Lande vermehren. So weit wie das Korn, reichte eben der Einfluß. So hoffte die Regierung, sie könne die Trennung, die Bünden lähme, zu ihren Gunsten im Lande beheben. Als sie hörte, daß auch Chur das gleiche versuche und obere Teile des Engadins mit Getreide beliefe, spornete das die Meraner Regierung noch mehr an. Aber Chur verfügte über größere Vorräte, während die Bürokratie im Lande Tirol, der in Österreich herrschende Mangel und nicht zuletzt das fehlende Vertrauen auf Seite der Bündner eine solche Hoffnung der Regierung zerstörten.

Indessen erschienen die beiden Beobachter. Gugelberg nahm den Sitz in Guarda und Peter Marchion in der Gemeinde Zuoz.

Maßnahmen zwecks der Sicherung öffentlicher Einnahmen

Während Nordbünden über Korn so reichlich verfügte, daß es selber solches noch abgab, gebrachs dem Staat in Chur an Geld. Bünden war jetzt ein Beamtenstaat, aber ohne die nötigen Mittel, da direkte Steuern im Lande fehlten. Doch die Regierung scheute, als provisorische, vor solchen zurück, da sie Sturm im Volke gebracht hätten. Um so schärfer beharrte sie auf den anderen, ihr bleibenden Einnahmen. Die wichtigsten waren immer die Grenz zölle und von diesen der Zoll in Splügen, wo viel Vieh am Paß vorbeiging. Transitzölle erbrachten wenig, solange der Krieg den Handel lähmte. Dagegen erfaßte die Regierung Einnahmen aus Gütern der Herrschaft, damit sie niemand weiter entfremde, wie eben Malans, das Zehnten beschlagnahmte und mit eigenen Gut-

haben sie später verrechnete. Leonhard Tanner wurde als Verwalter der Güter bestellt. Er holte den Wein und verlangte den Zinswein, für den er feste Termine ansetzte. Wer nicht folgte, gewärtigte Strafe.

Bei so wenig fließenden Einnahmen stand es um die Bezahlung der vielen Beamten natürlich schlecht. Präfekten mit eigenen Zöllen behalfen sich damit, daß sie am Zollgeld jeweilen behielten, wie viel sie selber an Lohn zugut hatten. Mit Abzahlung mußten andere sich wieder begnügen, je nach dem Stande der Kasse des Landes. So hielten Mittel und Form des Staates im Lande nicht Schritt. Wenn besondere Forderungen seitens der Truppe im Lande ergingen, konnte die Regierung sich nicht helfen, außer daß sie «Requisitionen» im Lande erhob und, wenn nötig, mit Truppen erzwang. Das geschah im Fall Lugnez, das längst Befehlen der Regierung trotzte und das Ansehen dieser gefährdete.

Ein Hauptmann mit 50 Mann, von Friedrich Kupli als Kommissär und Peter Ludwig als Schreiber begleitet, zogen hinauf ins Tal Lugnez und blieben auf Kosten der Gemeinden liegen, bis sie die Befehle der Regierung erfüllt hatten. Am 12. Oktober erreichten die Truppen die Gemeinde Luvis und zogen über Lumbrein hinauf bis Vrin, wo die Bevölkerung sich gleich fügte. Der Marsch ging über Flond zurück bis Laax, von wo die Regierung die Truppe zurückrief; denn viele der Soldaten gingen barfuß. So sehr hatten die langen Märsche durch die Schweiz und hinauf bis Bünden Kleider und Schuhe der Soldaten verbraucht. (Prot. d. 20., 22. und 23. Okt. 1800.)

Während Chur sich hier behauptete und den Trotz einer ganzen Talschaft so zerschlug, war es Neutralen gegenüber machtlos. Die Gemeinden des Prätigaus, die mit Ausnahme der Gemeinde Fideris dem neuen Kurs der Regierung folgten, wurden schwankend, als die alte Regierung in Zernez erschien und in einem Aufruf an das Volk die Bestimmungen des Vertrages von Parsdorf dem ganzen Volk Graubündens bekannt gab. (Proklamation der Interinalregierung an die Gemeinden. Aug. 1800. Bo.) Im Prätigau traten Munizipalitäten wieder zurück und, sofern sie blieben, entbehrten solche jetzt jeglichen Einflusses. So konnte ein gewisser Guler in der Gemeinde Grüsich nicht Recht finden, da keine Behörden im Dorfe bestunden, und Peter Aliesch, ein Freund des Neuen in der Gemeinde Schiers, zog sich aus der Behörde wieder zurück, was Präfekt Boner in Malans begriff bei der verbohrtten Haltung der Gemeinde Schiers, «wo man Rechtdenkende nur verprügle». (Prot. d. 14. Okt. 1800.)

Ähnlich schrieb Johannes Polett aus der Gemeinde Fanas der Regierung in Chur: «Weiter liegt mir ob, Ihnen anzuzeigen und

als wohldenkende Bürger unseres Landes zu Gemüte zu führen, daß sie in Ansehung der Ortsmunizipalitäten besser und kräftigere Maßregeln und Verfügungen treffen möchten, indem solche in unserem Tal keine Autorität zeigen können und öffentlich zu ihrer Rechtfertigung sagen: Es ist keine Obrigkeit. Wir wollen stehlen und huren, totschiagen, saufen, den Nächsten im Haus beunruhigen! Wir sind frei.» (Prot. d. 15. Okt. 1800.) Die Äußerung zeigt das völlige Schwinden der öffentlichen Ordnung der doppelten Bestimmungen über Graubünden. (Vertrag von Parsdorf und Erlaß Lecombe's.)

Ähnlich war die Stimmung im Albula, wo Gegner Präfekt Cloetta aufs stärkste bedrohten und er Entlassung vom Amte verlangte. Die Regierung entsprach und setzte Melchior in Lenz als Nachfolger ein.

Statt daß die Interinalregierung sich regte und die alte Verfassung im neutralen Gebiet des Landes erhielt, beschränkte sich diese einzig darauf, Übergriffe der Gegner immer zu melden, ob nun Franzosen auf neutralem Boden Bretter beschlagnahmten oder der Praefecturrat Valentin Rofler aus Fideris vorlud. (Valentin Rofler, Anhänger des Alten, war mit Salis in Zernez in Fühlung, und beherrschte die Gemeinde in Fideris ganz. (Valentin Rofler an A. v. Salis, 28. Aug. 1800. Korrespondenz des Grafen Johann v. Salis, II, 572. Bo.)

Aber auch die Regierung in Chur erkannte, daß sie die Lage selber nicht meisterte und daß erst der Vormarsch französischer Truppen ihre Macht im Lande vermehre. Bis dahin löste sich im Gebiet der Neutralen die bestehende Ordnung vollständig auf.

Für Schiers und Grüşch hatte die Regierung aber ein Mittel, den künftigen Trotz der beiden zu zähmen. Beide hatten bei Maßner Geld, mit dem die Regierung sich immer entschädigte, so oft die Lieferungen beider versagten. (Prot. d. 24., 28. und 29. Okt., 6., 23. und 26. Nov. und 1. Dez. 1800.)

Gesandtschaften – Plantas Pläne

Obschon die Lage zum Sparen drängte, leistete die Regierung sich Gesandtschaften, die die Befreiung der Geiseln erstrebten und Bündens künftige Stellung berührten. Die Treibenden waren J. B. v. Tscharner und Gaudenz v. Planta.

Es mochte befremden, daß Planta nicht längst J. B. v. Tscharner zu Geschäften herbeizog, während er Caderas und Jost begrüßte und die geheimsten Pläne mit ihnen besprach, was diese mit Gefolgschaft immer vergalten. Aber gerade darin ließ es Tscharner vor Zeiten fehlen, indem er Planta in der Frage des Veltlins nicht gänzlich folgte. Das hatte ihm Planta niemals vergessen. Ja,

Tscharner meinte, Planta hätte das «bischen Credit», das er noch hätte, ihm mißgönnt. (J. B. v. Tscharner an seinen Vater. 28. Sept. 1800. T. A.) Jetzt aber zwang die Frage der Geiseln Planta wieder, auf Tscharner zu hören.

Tscharners Vater war verschleppt und weilte in Innsbruck. So war es Tscharner an der Befreiung der Geiseln gelegen. Er war bereit, die Sache der Geiseln im Lande zu vertreten, als Verwandte der Geiseln ihn darum baten, und Planta mußte mit ihm verwar es Tscharner an der Befreiung der Geiseln gelegen. Er war bereit, die Sache der Geiseln im Lande zu vertreten, als Verwandte der Geiseln ihn darum baten, und Planta mußte mit ihm verkehren. Tscharner erhielt am 8. August in Chur den Auftrag, sich an Moreau zu wenden. Es war die Zeit, da Cyprian Fischer als Bote der Regierung Moreau besuchte. (J. Zimmerli, Praefecturrat und Interinalregierung im Kampf um die Vorherrschaft. S. 32 LVIII. Jahresbericht der Hist.-antiquar. Gesellschaft von Graubünden.) Ein gleiches Schreiben zur Befreiung der Geiseln schickte Tscharner an Hofrat Müller, derzeit in Wien. (J. B. v. Tscharner an Hofrat Müller; 8. Aug. 1800. P. A. Johannes Müller, der bekannte Verfasser der Schweizergeschichte, der von 1792 bis 1804 sich in Wien aufhielt.) Im übrigen war aber Tscharner der Meinung, daß allein «Repressalien» noch wirkten. Auf solche wollte aber Planta nicht eingehen. Ja, Tscharner meinte, Planta halte die Befreiung zurück, da er an der «Responsabilität» der alten Regierung des Landes festhalte, was jede Verhandlung mit Wien verhindere. (Tscharners Vater an seinen Sohn; 24. Nov. 1800. T. A.) Tscharners Bemühungen verhießen Erfolg, indem die höchsten militärischen Stellen (General Moreau und F. Z. M. Ksay) für den Austausch der Verschleppten sprachen. Da trat das Kabinett in Wien dazwischen, indem es das Geschäft den Generalen entzog und als rein politisches sich selber vorbehielt. Wenn die Geiseln die plötzliche Wendung auf Minister Ulysses und A. v. Salis in Meran zurückführten, so hatten sie recht; denn diese wollten nur unter Bedingungen den Austausch erlauben. (J. Zimmerli, Praefecturrat und Interinalregierung, S. 32/33.)

Das gleiche widerfuhr den Verschleppten selber, als diese von sich aus die Befreiung erstrebten, die beiden U. und A. v. Salis aber durch Bedingungen wieder verhinderten. Die Deportierten gelangten damals nämlich an Kronthal mit der Bitte, sein Möglichstes zu ihrer Befreiung zu tun. Im gleichen Sinn schrieben Verwandte der St. Galler an Thugut, Minister in Wien, und endlich erging ein Schreiben an Bissingen. (Schreiben der Deportierten in St. Gallen; 13. Sept. 1800. Korrespondenz d. Joh. v. Salis, II, 483. Bo.) Theodor Castelberg, der in Salins eben verbannt war, den aber A. v. Salis als «archifri» uod bezeichnete, erhielt Erlaub-

nis zur Reise nach Chur, um bei der Regierung in der Sache zu wirken. Die Regierung setzte sich denn auch ein, indem sie mit Eilboten Briefe beförderte. (Baron v. Kronthal an den Minister! Klagenfurt, d. 30. Sept. 1800. Briefe Kronthals. W.-A.) Man muß an Planta wirklich loben, daß er über persönliche Wünsche wegsah und solche dem Wohl der Geiseln hintansetzte.

Den Salis in Meran war aber die Geschäftigkeit verdächtig, weil sie glaubten, die Regierung betreibe den Austausch deshalb, weil er sie der Rücksicht auf Gegner enthebe und sie durch Entschädigungsklagen ihr Ziel doch später erreiche, die Gegner zu vernichten. Andererseits schien es aber nicht ratsam, Freunde in St. Gallen sich ganz zu entfremden, indem man kalt den Austausch verwerfe. So fand Ulysses v. Salis den Ausweg, daß er empfahl, man solle Wien zur Erklärung veranlassen, daß es den Austausch zwar begrüße, aber unter der Bedingung, daß alle Beschlüsse der jetzigen Regierung in Chur beseitigt und die alte Regierung (die Interinalregierung) wieder bestellt werde, wie Artikel 3 des Vertrages von Parsdorf klar verlange. Damit wurde das Wohl des Staates mit dem der Verschleppten zugleich verbunden. (A. v. Salis an Graf Joh. v. Salis; 2. Dez. 1800. Briefe A. v. Salis. Bo.) A. v. Salis stimmte zu und unterbreitete als Präsident in feierlichem Schreiben das Begehren Kronthal, damit es dieser dem Minister in Wien dann sofort zuschicke. (Präsident A. v. Salis an Freiherr von Kronthal; Meran, d. 2. Sept. 1800. Korrespondenz des Grafen Joh. v. Salis, S. 476. Bo.) Das geschah, aber ohne daß es die Lage veränderte. Einzig das erreichten die Salis, daß der Austausch wieder verschleppt und bis zum Entscheid im Felde vertagt wurde. Wenn U. v. Salis dabei aber hoffte, er könne, ohne die Deportierten in St. Gallen zu kränken, an seinen politischen Forderungen festhalten, so ging er fehl. Die meisten scharten sich um Vinzenz v. Salis-Sils, der die Haltung Ulysses verurteilte. Es kam zu einem Riß im Kreis der Partei, der, je länger die Verbannung dauerte, desto mehr sich vertiefte. Indem die Leute um Salis-Sils sich zur Schweiz bekannten, bekam der Vorschlag U. v. Salis' vom 2. September besonderes Gewicht.

Indessen wurden die Geiseln in Innsbruck am 20. September auf Betreiben der U. und A. v. Salis in östlicher Richtung weiter verschleppt und kamen nach Graz, zum großen Leid der eigenen Verwandten. Vor allem empörte sich B. v. Tschanner, daß die Regierung sich nicht regte und Aristokraten nicht entführe. Aus ihm sprach die Sorge des Sohnes um den verschleppten betagten Vater. Doch zum Tadel war nicht Anlaß nach der Äußerung Martin Baviers, der den Geiseln in Graz erklärte: «Wenn indessen die bündnerische Regierung keine inneren, strengen Maßnahmen ergreift, so glaubt nun sicher, daß es aus gutmeinenden Absichten gegen

Euch und gewiß nicht aus feigherziger Schonung gegen die bekannten Werkzeuge Eurer Depotierten geschieht. Die Klugheit verwehrt mir, mich über den Gegenstand bestimmter zu erklären. Euer Scharfsinn wird denselben aber in seinem behörigen Gesichtspunct fassen.» (Martin Bavier an die Geiseln in Graz; 13. Okt. 1800. Prot.) Die Äußerung nimmt wohl Bezug auf eine Sendung Martin Baviors an General Moreau und deren Wirkung man in Chur mit Spannung erwartete.

Die Sendung betrieben wieder Verwandte, die an Tscharner in Chur sich wandten, damit er ein Schreiben zuhanden der Regierung für die Verbannten in Graz aufsetzte. Dieses fiel dann aber so aus, daß die Besteller darüber erschrakten, da Bande der Verwandtschaft sie eben auch an die Deportierten in St. Gallen ketteten; denn Tscharner verlangte, man solle die St. Galler ins Innere von Frankreich wieder entführen. So faßten andere das Schreiben zäher, was nicht hinderte, daß Tscharner seines der Regierung vorlegte, das «mit Vorwurf stark überhäuft war». Martin Bavier wurde von der Regierung als Bote bestimmt. Die Instruktion, die Bavier erhielt, lautete aber ganz im Sinne v. Tscharners, indem sie Verschleppung von Aristokraten wieder verlangte.

Bavier erreichte Moreau in Neuburg, wo er mit Macdonald den künftigen Vormarsch eben besprach. Moreau war aufs Höchste betroffen, daß Wien den Vertrag mit Kray verwarf. Trotzdem erklärte sich Moreau bereit, den Versuch der Befreiung von neuem zu machen. Bavier empfahl er aber zu reisen, da Wien die Frage ja sicher verschleppe. Bavier besuchte rasch noch Herzog, den Kommissar der Regierung der Schweiz und legte diesem das Anliegen der Geiseln ans Herz. Darauf kehrte er nach Bünden zurück. (Prot. d. 30. Sept. und 13. Okt. 1800. – J. B. v. Tscharner an seinen Vater; Chur, d. 28. Sept. 1800. T. A. – Alig, G. A. Vieli, S. 171.)

Moreau erreichte dann wieder nichts, da Wien die Frage als rein politische betrachtete. Trotzdem wollte sich Tscharner noch einmal ans politische Kabinett in Wien wenden. Er entwarf ein weiteres Schreiben, fand aber bei Planta jetzt nicht Anklang, denn Planta wandte sich Paris zu, mit dem er hoffte, die Lage zu ändern. Am Vorabend großer Ereignisse wollte er die eigenen Pläne entwickeln, die den eigenen Staat erstrebten. Soweit er das Alte einfach wünschte, gingen die Kollegen der Regierung mit. Aber Planta strebte darüber hinaus und wünschte den um Vorarlberg und Tirol erweiterten Großstaat, worum Caderas und Jost allein wußten. (J. B. v. Tscharner, jüngster, an J. B. v. Tscharner; Zürich, d. 20. Nov. 1800. T. A. – J. B. v. Tscharner an den Vater in Graz; Maienfeld, d. 1. Dez. 1800.)

So gab es «dem Anschluß» widerstrebende Kräfte. Aristokraten strebten Wien zu. Das Volk selber wünschte das Alte, ohne zu

wissen, daß das vorbei war. Tscharner allein und die Gemeinden der Herrschaft erstrebten den «Anschluß», indem Tscharner damals meinte, die Vereinigung mit der Schweiz verhelfe zur Ruhe und liege im Interesse des Hofes in Wien, so er nicht selber an eine Besetzung des Landes denke. (J. B. v. Tscharner an Hofrat Müller; 8. Aug. 1800. T. A.) So schrieb er im Monat August und ebenso dachte er im Monat Dezember, als die Pläne Plantas bekannt wurden, denn Tscharner schrieb: «Nach den Reden unseres Praefecten zeigt sich nun Aussicht zu einer eigenen Existenz Bündens. Ob zu unserem Glück oder Unglück, lasse ich dahingestellt. Wenigstens möchte ich dieses Projekt nicht auf Rechnung eines uneigennütigen Patriotismus dessen schreiben, der solches treibt, und wenn ich nicht den unerläßlichen Vorsatz hätte, mich alles Politischen forthin zu müßigen, um die dringenden Bedürfnisse der Familie zu wahren, so würde ich alle Kräfte anspannen, die gesamten fremden Mächte sowie das Bündnervolk von dem Bedürfnis unserer Einverleibung mit Helvetien zu überzeugen.» (J. B. v. Tscharner, jünger, an J. B. v. Tscharner; Zürich, d. 20. Nov. 1800. – J. B. v. Tscharner an den Vater in Graz; Maienfeld, d. 1. Dez. 1800.)

Es bedurfte des äußeren Druckes, sollte der Anschluß Bündens eintreten. Dieser kam, und zwar von Frankreich, das aber noch schwankte, denn als J. U. Sprecher, der Paris verließ, sich vom Minister Talleyrand verabschiedete, ließ er die Frage Bündens noch offen. (Prot. d. 15. Okt. 1800; J. U. Sprecher an Dr. H., 15. Okt. 1800; J. U. Sprecher an Dr. H., 27. Okt. 1800. Archiv der Familie Sprecher in Maienfeld.) Die große Unsicherheit bestärkte Planta in seinen Plänen für Bünden weiter.

Waren Planta und die Regierung einig bezüglich Errichtung des eigenen Staates, so waren sie getrennt bezüglich des Vorgehens. Planta und Caderas verlangten die Sendung einer eigentlichen Gesandtschaft, als deren Führer sie Aloys Jost von Zizers verlangten, während Janett sich entschieden für Mont und Sprecher als Gesandte einsetzte oder mit einem Schreiben nach Paris vorliebnahm. Planta setzte die Sendung Jost's durch, denn jener kannte ja Plantas Pläne und für solche sollte er sich in Paris einsetzen.

Andererseits diente die Reise auch Jost wegen des Handels mit der Gemeinde Zizers; denn er wollte in Paris erreichen, daß man Generälen künftig verbiete, sich in Josts Prozeß zu mischen. Damit erhielten die so einseitig besetzten Gerichte freie Bahn zur Fällung des Urteils. Das rief bei allen, die Josts Vergangenheit genauer kannten, große Empörung hervor, denn Jost hatte sich an der Plünderung des Schlosses Marschlins vor Zeiten beteiligt, als der Distriktspräfekt am 29. März 1799 mit drei Personen, unter denen auch Jost war, im Schloß erschien und Hab und Gut des Besitzers

raubte. (Dr. Meta von Salis-Marschlins, Aus Carl Ulysses von Salis Aufzeichnungen über seine Deportation; Bündner Monatsblatt, Chur Sept. 1922, Nr. 9.) Wenn die Zizerser die Güter Josts, als er flüchtig das Land verließ, später plünderten, so war das eher ein Akt der Vergeltung.

Das war der Hintergrund eines Protestes gegen die Sendung Aloys Josts. Janett erklärte der Regierung den Rücktritt, wurde von Planta dann aber belehrt, daß der General darüber entscheide, worauf Janett im Rate verblieb und Caprez, der der Abstimmung für Jost nicht beiwohnte und Josts Berufung später erfuhr, entzog sich ganz der Verantwortung und ließ im Protokoll den eigenen Protest darüber vermerken. Jost gab man M. A. Planta in Paris noch bei.

Die Instruktion für Jost verlangte, daß Bünden weiter ein Staat für sich sei, daß die Truppen sich selber verpflegten und daß die Geiseln in Graz befreit würden. Dazu kam ein Schreiben an Bonaparte, von dem man hoffte, er werde Jost auch selber empfangen, was Anerkennung eines eigenen Staates für Bünden bedeutete. (Prot. d. 2. Nov. 1800.)

Wegen der Kosten erging eine Umfrage bei den Verwandten der Geiseln in Graz, die 100 Louis d'or sofort erbrachten (J. B. v. Tschärner an seinen Vater; Chur, d. 29. Okt. 1800. T. A.) und das Geld für die Reise beschafften. Den Aufenthalt in Paris bezahlte die Kasse.

In Basel vernahm Jost von den in Lunéville beginnenden Verhandlungen und nahm die Reise dann über das Städtchen; denn er wollte wenn möglich verhindern, daß Wien die Pläne Plantas durchkreuze. In Lunéville war der Empfang verschieden. Graf Cobenzl – Cobenzl war der Vertreter Österreichs bei den Verhandlungen – erklärte sich unpäßlich, und von der Hoppe, sein Sekretär, wirkte herablassend, was Jost als «teutonischen Charakter» erklärte. Wegen der Geiseln verwies von der Hoppe erst auf den Frieden. Erst als Jost mit der Verbannung von Aristokraten aus Bünden drohte, wurde von der Hoppe gesprächiger und machte Aussicht auf einen Empfang beim Minister selber. Freundlicher war der Empfang der andern. Joseph Bonaparte erschien persönlich und machte Hoffnung auf Bündens Zukunft. Aber er verwies Jost auf Paris, wo die Entscheidung schließlich falle. Trotzdem konnte Jost auch hier noch über Bündens Lage sich äußern, indem er auf einer an einem Abend gebotenen Gesellschaft Plantas Pläne für Bünden enthüllte. Dabei betonte er die Bedeutung Hall's wegen der Salinen und konnte die Hörer dabei so fesseln, daß sie die Rede schriftlich verlangten. Jost ging aber nach Paris, wo Mark Anton Planta ihn freundlich empfing und als Verteidiger «bünd-

nerischer Freiheit» auch begrüßte. Indessen brach dann wieder der Krieg aus, was Josts Verbleiben in Paris bewirkte. (Prot. d. 7. Dez. 1800. Jost an die Regierung in Chur.)

Während Planta hohe Pläne für Bünden verfolgte, kämpfte die Regierung in Meran ums Brot, da Truppen Bachmanns (G. H. Bachmann, in österreichischen Diensten) Samaden besetzten und die Verpflegung des Volkes erschwerten.

Vorgänge im Engadin und im Puschlav

Vom Engadin hinunter ins Vintschgau lagen Auffenbergs drei Brigaden: das sogenannte Corps intermédiaire. Im Engadin befehligte Bachmann, dem das Regiment von Oberstlieutenant von Salis-Samaden im Tal unterstellt war. Vom Arlberg abwärts lag die Heeresgruppe Hillers. Hiller und Auffenberg lagen mit Gruppen im Norden und Süden ständig in Fühlung.

Im Engadin war Zernez die wichtigste Stellung. Es war der Angelpunkt der Truppen Bachmanns mit denen im Vintschgau. Die Stellung wurde noch weiter gesichert, als Truppen des Regiments Salis Samaden besetzten. Anlaß gaben die Truppen Lechi's (Befehlshaber der italienischen Division in der französischen Armee in Italien), die vom Veltlin aus Puschlav besetzten und bis zur Höhe des Passes hinaufstiegen. Von dort stiegen einzelne hinunter ins Engadin und erbettelten sich vom Volk Brot und fehlende Schuhe. Pontresina, Samaden und Bevers fragten die Regierung in Chur dann an, wie weit die Pflicht der Bevölkerung gehe, worauf die Regierung den Gemeinden schrieb, die Pflicht beschränke sich auf Brot und Fleisch. (Prot. d. 26. Sept. 1800; Tagebuch Wassali.)

Als Salis' Kompagnie Samaden besetzte, verließen Lechi's Truppen Puschlav. Damit war eine Gefahr beseitigt, da Lechi das Puschlav für Cisalpinien begehrte. Die Truppen in Samaden aber blieben zurück und fielen der Bevölkerung der Gegend zur Last, so daß sie der Zufuhr stärker bedurfte.

Die Meraner Regierung erhoffte Hilfe vom Lande Tirol. Doch Österreichs Mühlen mahlten nur langsam. Die 200 Star waren Ende Oktober im Tirol bereit, aber gegen Stellung eines Bevollmächtigten. Da Bissingen weitere Waren versprach und für das Engadin und Bergell bereitstellte, teilte die Regierung Gugelberg mit, der Bevollmächtigte müßte jetzt sofort gestellt werden, sonst werde die Regierung sich von der Verpflegung des Tales zurückziehen. Zugleich verlangte sie wieder von Kronthal, er möge an höchster Stelle erwirken, daß man die Grenze nach Bünden öffne. Am 23. November wollte Bissingen dem Wunsche folgen und so erlangen, daß Bünden vom Zoll für eigene Bedürfnisse an der Grenze

befreit werde, als der Krieg von neuem ausbrach. (Prot. der Interinalregierung. Gem.-A.) Ähnliche Enttäuschungen bereiteten der Regierung Puschlav und Bergell.

Auf Befehl des Praefecturrates hatte die Behörde von Castasegna den Zöllnern Gianotti und Sparagnapani befohlen, sie sollten das Zollgeld für Chur bereithalten. Die Behörde hielt es eher mit Chur, während die Zöllner «der alten Landesverwaltung» angingen und mit Wredow, dem Verwalter der Zölle, in Meran verkehrten. (Prot. d. 24. März 1801: Verhör der Regierung mit Peter Peder.) Wie die alte Regierung an Castasegna jetzt gelangte und das Geld von dort verlangte, beschloß die Gemeinde in Sotto Porta, daß das Geld in Castasegna bis zum Friedensvertrag verbleibe, da man nicht wisse, was als alte Verfassung gelte, von der der Vertrag von Parsdorf rede. Es war der erste Schritt zur Trennung des Tales vom Land, die Battista von Salis später vollzog. (Prot. der Interinalregierung, 19. und 31. Aug. 1800. Gem.-A.) Gleiches spielte sich auch im Puschlav ab.

Hier wurden Zöllner beschuldigt, sie hätten Geld des Landes entwendet. Der Praefecturrat verlangte Entlassung und ließ Geld und Bücher beschlagnahmen. Es war das Geld des staatlichen Grenzzolls, über das Chur, wie es meinte, verfügte. Puschlav gehörte zur südlichen Zone und war der alten Regierung verpflichtet oder es bezeichnete sich als neutral. Als die Regierung außer Landes dann aber entfloh und die alte Stellung noch immer beanspruchte, griff Olgiati als Podestà des Tales ein, indem er «Consoli e consiglio» des Tales einberief, die obigen Entscheid des Praefecturrates billigten. Olgiati ging dann aber noch weiter, indem er selber die neuen Zöllner des Tales bestellte, ohne die Regierung in Chur zu begrüßen.

Indessen reichten die alten Zöllner bei der Regierung in Meran Protest ein, die der alten Zöllner Puschlavs sich annahm und deren Bestellung wieder verlangte. Ein entsprechendes Schreiben erging von Gugelberg dann an Olgiati. Dieser wies das Schreiben zurück, worüber die Regierung in Chur frohlockte. Aber zu früh; denn, wie sie selber das Geld verlangte, hielt Olgiati dasselbe zurück, da Puschlav neutrales Gebiet sei. Dazu komme, daß beide Regierungen das Geld verlangten und man nicht wisse, bei welcher das Recht sei. Olgiati wollte, wie auch das Bergell, das Geld behalten, bis die Gemeinden darüber verfügten. Das kam der Ablehnung der damaligen Regierung des Landes gleich, die, wie im Tage Lugnez, die Hilfe der Truppen im Süden anrief. Sie verlangte von General Grouchy, er möge solange Puschlav besetzen und auf Kosten der Bevölkerung verpflegen, bis Olgiati das Verlangen der Regierung in Chur erfülle. (Prot. d. 10. Nov. 1800.) Während der Besetzung sollte Puschlav jedem Soldaten 20 Sous im Tage entrichten.

Chur entschuldigte das Verhalten damit, daß fremde Truppen die nördliche Zone des Landes besetzten und die Regierung selber des Geldes bedürfe. Truppen lagen im Süden nahe, da Baraguey d'Hilliers' Division erschien und eine Kompagnie ins Puschlav verlegte. (Leplus, S. 48.)

Die Franzosen erfüllten den Wunsch der Regierung in Chur aber nicht; denn sie fühlten sich Olgiati verpflichtet, der Schuhe und Fuhren den Truppen stellte. Er entschädigte sich freilich damit, daß er, ohne Chur zu befragen, einen neuen Zoll im Tale erhob. (Der neue Zoll betrug 45 Blutzger vom Saum Wein und 150 vom Saum Branntwein. Prot. d. 4. Jan. 1801.) Er gebährdete sich so als Landesherr wie Battista von Salis im Bergell. Nur war die Lage im Puschlav gefährlicher, da Cisalpinien das Tal umwarb.

Der Ausfall beider Zölle erschwerte die Lage der alten Regierung in Meran dann sehr; sie verlor die letzten fließenden Mittel und mußte sich vom englischen Geld nähren, das für andere Zwecke bestimmt war. Dadurch ließ sich A. v. Salis aber nicht drücken; denn er baute auf den baldigen Sieg der kaiserlichen Truppen. Ja, er entwarf den Plan, eine Miliztruppe aufzustellen, die die alte Verfassung sichern sollte (A. v. Salis an J. v. Salis), als böse Kunde aus Bünden ernüchterte.

Die Franzosen besetzten Bergün und Davos, wodurch sie den Waffenstillstand verletzten. Alles deutete so auf Krieg. Salis Truppen verließen Samaden und Marchion entfloh nach Guarda hinter den Schutz des festen Zernez, von wo er und Gugelberg hofften, die Kaiserlichen würden sofort erscheinen. (Gugelberg an die Regierung in Meran; Guarda, d. 15. Nov. 1800. Prot. d. Interinregierung. Gem.-A.) Doch die Zukunft fügte es anders.

Abmarsch von Truppen Macdonalds ins Veltlin und Vormarsch der Hauptmacht nach Graubünden

Nachrichten aus Italien zwangen Macdonald in andere Richtung, als er vor kurzem mit Moreau vereinbart hatte. Toscanische Bauern gefährdeten Brune's Armee im Rücken, worauf dieser 10 000 Mann nach der Toscana verlegte. Diese mußten aber ersetzt werden, weil der Krieg im Norden bevorstand. Da erhielt denn General Macdonald von Paris den Auftrag, er solle den rechten Flügen nach Süden verlegen und Lechi's Truppen im Veltlin ersetzen, die für andere Zwecke bestimmt waren. (Leplus, S. 45 ff.)

Die Armee erhielt einen andern Namen; sie hieß in Zukunft «Armée des Grisons». Es war ersichtlich, daß andere Truppen des Heeres nachrückten und Brune's Armee im Süden verstärkten.

Der rechte Flügel lag von Vaduz hinauf bis Splügen und war als 1. Division unter dem Kommando von Baraguey d'Hilliers. Zu ihr gehörten die beiden Brigaden von Veaux und Guillaume. Da Beaux's Brigade aber weiter verblieb, wurde sie durch Devrigny's Brigade ersetzt, die sich aus anderen Divisionen der Armee bildete. (Leplus, Kap. IV.)

Bünden brachte die Bewegung Beschwerden. Die Regierung verlangte neuerdings Heu. Rückständige Lieferungen wurden betrieben. (Prot. d. 20. und 29. Okt. 1800.) Dazu kaufte die Regierung Korn, was auch den Preis der Ware erhöhte und die Lebenshaltung verteuerte. 300 Zentner wurden gekauft, wodurch der Preis dann um 13 Prozent stieg.

Schlimmer war, daß die ganze Verpflegung der Regierung entglitt und Kommissäre Tiere beschlagnahmten. In Untervaz erschienen Husaren, weil die Stimmung des Volkes bekannt war. Doch sie konnten nur wenig erreichen wegen der im Dorfe verbreiteten Seuche. (Prot. d. 6. Nov. 1800.)

Auch die Kasse mußte man äufnen und alte Schuldner im Lande betreiben. Zu ihnen gehörte die Handlung Maßner mit einer Schuld von 4800 fl. 1000 leistete die Handlung sofort und 500 noch unter Druck. (Prot. d. 30. Okt., 1. und 2. Nov. 1800.) Wegen des Restes stellte Maßner der Regierung Gutscheine aus, die an Zahlungsstatt in Lauf kamen. (Prot. d. 18. und 20. Okt. 1800.)

Indessen überschritt die Brigade Guillaume die Höhe des Splügens und erreichte am 7. November Chiavenna. Ihr folgte die Brigade Dedrigny, von der ein Teil von Thusis abschwengte und die Gemeinden des Oberhalbsteins besetzte. (Es waren 300 Mann. Leplus, S. 47.) Der übrige Teil der Brigade überschritt den Splügen und ging über Chiavenna bis Silvaplana, von wo sie später noch Scansf erreichte, als die Österreicher Samaden verließen und sich wieder auf Zernez im Tale zurückzogen. (Ebenda.)

Baraguey d'Hilliers hatte den Vormarsch selber betrieben, während Macdonald sich lieber enthalten und die südliche Zone verschont hätte. Aber der Vormarsch drängte sich auf, seitdem die Truppen Puschlav besetzt hatten. Von hier erstreckten sich nämlich Posten über Silvaplana hin bis Bivio, die den Marsch am Splügen verschleierten. (Leplus, S. 49.)

Infolge der Märsche hatte die Kleidung der Truppen gelitten. So gingen im Veltlin Soldaten barfuß (Leplus, S. 47–50), weshalb sie der Leistung Olgiatsi bedurften. Dadurch wurden die Truppen verpflichtet und konnten Churs Befehl nicht folgen, als es Bestrafung des Tales verlangte.

Die Vorhut hatte Graubünden verlassen, als die Hauptarmee schon anrückte und entlang dem Rhein sich aufstellte. Den von Macdonald erteilten Befehl unterstützte Bonaparte nachträglich

selber, als er die Bestimmung des Heeres eröffnete. Den Anmarsch leitete General Grouchy, da der Obergeneral erkrankt war. Die Truppen verteilten sich am Rhein dann so: General Morlot besetzte am 7. November Chur. Die Division Gronchy lag von Werdenberg bis nach Berneck. Sie deckte die Vorhut, die von Steg im Tirol bis Leck lag und Montafun an der Grenze berührte. Zwei Bataillone lagen von Malans bis hin zur Zollbruck. Eines zog am 5. November bis Klosters hinauf und deckte Veaux's Bewegung im Innern, als er Bergün, Davos und Stalla gerade besetzte.

Proteste des Gegners verfangen nicht; denn Macdonald hielt den Marsch für nötig zum Schutze von Chur. Man befürchtete, die Feinde könnten die Stadt überrumpeln, wobei das Prätigau sie unterstützte, das mit den Truppen von Salis-Samaden in Samaden verkehrte. (Leplus, S. 60–61.) Das Regiment von Salis-Samaden bestand zum Teil aus Leuten des Tales.

Der Vormarsch machte es nunmehr möglich, neutrales Gebiet zu organisieren. Magazine für Heu wurden in Lenz und Zizers errichtet, in die dann Albula und Prätigau lieferten. (Prot. d. 7.–8. Nov. 1800.) Wie wenig das Volk die Lage erfaßte, zeigten Bergün und Untervaz, von welchen dieses, bevor es lieferte, erst «gemeindete» und jenes, als neutrales Gebiet überhaupt nicht lieferte. Es wies auf das Schreiben eines Generals hin aus der Zeit vor dem Praefecturrat, der es von Lieferungen gänzlich befreite. Die Regierung erklärte ihm aber, daß alle Gemeinden diesseits der Berge dazu verpflichtet seien. (Prot. d. 25. Okt. und 15. Nov. 1800.)

Das wurde den Gemeinden stärker bewußt, als die Regierung die neue Verfassung unter dem Schutze des Heeres einführte. Präfekt Melchior im Albulatal erhielt jetzt den Auftrag, er solle die neue Verfassung einführen, worauf er Munizipalitäten und Gerichte berief, die die Regierung sofort bestätigte. Wie wenig das Volk im Herzen mitmachte, sollten die nächsten Monate zeigen. (Prot. d. 21. Nov. 1800.)

Auch das Prätigau, vor allem Schiers, lehnte die neue Verfassung ab. Sie überließen Maienfeld sich selber, das alle Fuhrer im Parke bestellte und sämtliches Heu für die Truppe beschaffte. Die Prätigauer mochten dem alten Paßort es jetzt gönnen, der vor Zeiten die Lage nützte und sich bereicherte. Maienfeld empörte es ganz besonders, daß die Truppen, die vom Gut der Gemeinde lebten, ihm nicht halfen, die störrischen Bauern in Grüschi und Schiers endlich zum Gehorsam zu zwingen. Ein Ruf an Malans verhallte auch, da dieses selber von Truppen besetzt war. Maienfeld hätte eine militärische Regierung im Lande bevorzugt, die die Lasten besser verteilt hätte. Es waren Stimmen erregter Herrschäftler, die «stehte» Bauern aber nicht rührten. Doch den Maienfeldern war es Ernst. Die Behörde wollte die Stellung verlassen, um

nicht «Henkersknecht» der eigenen Leute zu werden. Die Behörde setzte denn eine Frist, nach der sie drohte, das Amt zu verlassen. Auch Präfekt Boner begann zu streiken und stellte Beamte in Maienfeld nicht ein, da sich niemand ohne Bezahlung wieder herbeilasse. Dagegen wollte Boner erwirken, daß man die Herrschaft stärker entlaste und Truppen endlich auch ins Prätigau verlege. (Prot. d. 19. Nov. 1800.)

Die Regierung selber behalf sich damit, daß sie Geld der Schierser und Grüscher bei Maßner erhob und zur Entschädigung Maienfeld abgab, wenn jene Gemeinden ihm nicht lieferten. Teilweise konnten sich beide entlasten; denn es stellte sich später heraus, daß Malans Fuhren der Grüscher etwa beschlagnahmte und mit eigener Leistung später verrechnete. Die Malanser mußten die Waren ersetzen. (Prot. d. 27. Nov. 1800.)

Grüsch wurde überhaupt versöhnlicher und erschloß der neuen Ordnung sich ganz, aber nicht ohne größere Erregung. Landammann Schucan ging über die Berge, als Boner Behörden der Gemeinde bestellte und zum Praesidenten Schucan ernannte. Die Regierung drohte ihm mit Truppen, die solange im Hause verblieben, bis Schucan den Befehl erfülle. Das war die Art, mit der man Gegner des Systems bekämpfte. (Prot. d. 13. Nov. und 5. Dez. 1800.)

Indessen schloß man neutrale Gebiete in Lieferungen ein, wodurch die Last sich weiter verteilte. Trotzdem war die Regierung bestrebt, soweit sie konnte, die Lasten zu lindern, indem sie Heu inskünftig zahlte und nicht wie bisher einfach beschlagnahmte. Es geschah in der Hoffnung auf Macdonalds Zahlung für geleistetes Korn. Wie jene sich aber verflüchtigte, blieb Pellizari die Leistung allein und entsprechend wuchs dann wieder das Guthaben. Die Regierung wollte ihn jeweilen beschwichtigen, indem sie kleinere Bezahlungen machte. Sie verlangte die Fronfastengebühren voraus und hielt das Geld Pellizari zu (fl. 1130.—). Weiter erhielt er Landvogteiwein und fl. 4800.— von Maßner in Chur.

Wie die Lage sich aber verdüsterte, genügte die Zahlung Pellizari nicht, dessen Vorschuß fl. 6000.— bereits erreichte. Pellizari verlangte, daß Glieder der Regierung ihm persönlich hafteten, wogegen diese sich aber verwahrten. (Prot. d. 22. Nov. und 7. Dez. 1800.) Immerhin trieb er die Regierung an, die wachsende Schuld des Landes zu mindern.

Hatte der Vormarsch Baraguey d'Hilliers die Lage erschwert, machte der Anmarsch weiterer Truppen sie eigentlich bedenklich. Man hoffte, die französische Verpflegungskompagnie Olry, die eben erschien, werde jetzt die Verpflegung aufnehmen und die Regierung merklich entlasten. Doch jener gebrach es wieder an

Geld. So mußte sich die Regierung von neuem einsetzen. (Leplus, S. 55; Prot. d. 21. Nov. 1800.)

Davranche-Kermont, ein Kommissär, verlangte neuerdings Lieferung Bündens, wogegen die Regierung sich erst sträubte, indem sie die Lage des Landes schilderte: Bünden habe in Zeiten des Friedens nur zwei Drittel des Bedarfs gepflanzt. Seit dem Einmarsch der neuen Truppen habe es 400 Zentner an Korn der Truppe geliefert, dazu 500 Zentner an Fleisch und 12 000 Zentner an Heu, ohne daß Bezahlung erfolgte. Einnahmen brächten Vieh und Grenzzölle, die aber der Krieg fortwährend vermindere. So sei das Land am Ende der Kraft.

Allmählich verschlimmerte die Lage sich so, daß General Grouchy mit seinem Stab eines Tages sich selbst Fleisch beschaffen mußte. (Leplus, S. 55.) Andererseits drohte General Morlot der Bevölkerung Churs, er werde künftig Truppen in Häuser der Bürger verlegen, um auf Kosten dieser zu leben, so nicht bald Verpflegung erfolge. Um das zu vermeiden, lenkte die Regierung schließlich ein, um so mehr, da die militärischen Stellen erklärten, man werde noch einmal Fleisch verlangen. Nachher erfolge Beschaffung durch Olry. In einem Vertrag versprach die Regierung, 100 Tiere wieder zu stellen und erließ entsprechende Befehle an Gemeinden. (In 10 Folgen sollten die Tiere jetzt beschafft werden. Prot. d. 13. Nov. 1800.) Sie machte die Forderung diesen genehmer, indem sie sicher Bezahlung versprach, da Macdonald und Olry die Bezahlung verbürgten. Die Franzosen hielten dann wirklich Wort und leisteten Zahlung: Fr. 19 000.– an die Regierung und Fr. 2000.– für das in Chur und in Davos gelieferte Fleisch. Für Korn und Hafer aber unterblieb die Bezahlung weiter, was neben dem Versagen der Gemeinde Puschlav mangelnde Zahlung an Pellizari bewirkte.

Dazu kam der Bau von Brücken, den General Léry von der Regierung in Chur verlangte. Die obere Zollbrücke sollte erneuert und die in Reichenau neu gebaut werden. Die Zollbrücke war vor Zeiten dürftig wieder erstellt worden und mußte ganz von neuem gebaut werden (1799). Auch in Reichenau, wo die Brücken 1799 von den Franzosen einst verbrannt wurden, war ein Bau der Brücken versucht worden, wegen des Wassers dann aber mißlungen. Vor weiteren Kosten schreckten die Besitzer dann aber zurück, bis unter dem Druck des Militärs die Regierung auch mitmachte und Regierung und Besitzer sich über den Bau der Brücken einigten. Die Regierung übernahm den Drittel der Kosten und, indem sie für fünf Jahre den Zoll um die Hälfte jeweilen vermehrte, wollte sie sich und die Besitzer entschädigen. Baumeister Stiefenhofer übernahm den Bau und das nötige Holz bestellten die Gemeinden. Die Regierung nahm den Bau zum Anlaß, ausstehendes Geld für

Zoll zu erheben. Den Einzug besorgte Gabriel Wachter. (Prot. d. 15. Nov. 1800; Dr. Robert Steiner, Der Kanton Raetien zur Zeit der helvetischen Verwaltung; S. 133.)

Eigentlichen Frondienst brachte der Bau von größeren Schanzen an der unteren und oberen Zollbrücke, für die man Leute aus allen Distrikten des Landes verlangte. 250 Mann mit 25 Fuhren hatte jeder Distrikt zu stellen, die vier Tage jeweilen im Dienst standen. Da man Widerstand befürchtete, erhielten die Offiziere in den Dörfern Befehl, bei der Aushebung in einzelnen Dörfern die Behörden zu stützen und Widersetzliche jeweilen zu zwingen. (Prot. d. 9. und 10. Nov. 1800.) Trotzdem traten Leute zu spät an. Sie mußten entsprechend länger zurückbleiben. So Versäumnisse sich aber häuften, drohte die Regierung Gemeinden mit Strafruppen. (Prot. d. 11. Nov. 1800.) Das Volk empfand die Sache als Fron und wollte sich wenn möglich immer entziehen.

Auch das Militär beachtete Befehle der Regierung nicht, indem es Eichen am Ufer der Landquart einfach fällte, die man brauchte zum Schutze des Ufers in Zeiten des Hochwassers.

Ja Truppen fällten die schönen Eichen oberhalb Malans. Die Regierung verwies auf andere Gebiete und wollte die Eichen Malans erhalten.

Übergang über den Splügen

Indessen kamen die Verhandlungen in Lunéville nicht recht voran, worauf Napoleon den erneuerten Vertrag von Parsdorf kündete und am 5. November den Krieg erklärte. Macdonald gab die Kunde dann Auffenberg sofort weiter. Am 27. sollte der Kampf in der Gegend beginnen.

Während das Ziel des Marsches feststand, war sich Macdonald noch nicht klar, ob es gelte, Graubünden zu verlassen, ohne daß man die Lage Bündens weiter noch sichere. 4000 Mann, meinte er, müsse er zum Schutze Bündens in Feldkirch belassen, bis Moreau selber dasselbe besetze als rechten Flügel des Heeres in Deutschland. Ebenso viel, meinte jetzt Macdonald, habe er nötig für das Engadin, um zu verhindern, daß feindliche Truppen über Samaden Veltlin besetzten. So blieben ihm 4000 Mann im Süden übrig, viel zu wenig für die ihm dort gesteckten Ziele, wo es galt, den rechten Flügel des Feindes zu fesseln, während der Kampf am Mincio tobte und später Trient im Süden zu nehmen. So hoffte er denn auf Verstärkung von seiten Brune's; denn er wollte als bloße Nebenfigur nicht gelten und auch ganz entscheidend in die dortigen Kämpfe im Süden eingreifen. (Leplus, Kap. 5, S. 67-75.)

Doch man wies ihn bald in Schranken, indem Verstärkung von keiner Seite im Süden erfolgte und so hohe Pläne wieder zerronnen.

Bonaparte meldete Brune jetzt einfach, Macdonald werde im Süden erscheinen und den linken Flügel im Süden erweitern. Andererseits wurde er der Sorgen im Norden ganz enthoben. Er begnügte sich einzig damit, daß er von Moreau jetzt verlangte, er möge Feldkirch selber besetzen. Moreau entsprach und legte 3000 Mann nach Feldkirch unter der für Bünden schweren Bedingung, daß Macdonald Truppen in Bünden belasse als rechten Flügel der Truppen in Feldkirch. (Leplus, Kap. VI, 73–74.)

Macdonald rüstete sich jetzt zum Abmarsch und wählte als Paß die Höhe des Splügens, obschon Offiziere und Führer warnten. Doch Macdonald scheute das Land Tirol mit seinen mit «Schützen» bewehrten Schluchten. Zudem meinte er, der Marsch am Splügen bleibe verborgen. Den Feind zu täuschen war ihm aber Anliegen. (Leplus S. 74.)

Er legte Truppen ins Montafun, Albula und Landquart, machte im Vorarlberg starke Erkundungen, baute eine Brücke bei Rheineck und legte das Hauptquartier nach Altstätten, was beim Feind die Meinung erweckte, der Vormarsch gelte dem Lande Tirol. Ein Marschbefehl mußte die Meinung noch weiter verstärken. (Ebenda.)

Den eigentlichen Plan eröffnete Macdonald nur Generälen, ließ aber jeden von ihnen im Glauben, er sei der einzige, der darum wisse. Dazu kam die Verteilung der Truppen, indem er soviel Divisionen aufstellte, als Generäle dem Heere bereitstanden. Dadurch machte er das Heer beweglicher, wie es die Lage im Gebirge erforderte. Zugleich wuchs die Meinung vom Heer, wodurch er wieder die Feinde täuschte. Statt der alten vier Divisionen entstanden jetzt deren 6, auf die er Generäle des Heeres verteilte: General Vandamme bekam die Vorhut und Baragney d'Hilliers die 1. Division. Die Truppen der 2. befehligte Pully, während Gronchy das Heer verließ und General Moreaus Fahnen folgte. Die 3. Division befehligte Morlot. Die frühere Vorhut wurde Reserve unter der Leitung von General Rey. Dazu kam noch Reiterei, die General La-boissière befehligte.

Was den Marsch der Truppen erschwerte, wie Spitäler, Geschütze und Ablagen, schickte Macdonald wieder zurück in das Gebiet der Schweiz. Vom Ballast so gänzlich befreit, wandte sich dieser zur Verpflegung der Truppen über die Höhe des Splügens, der, wie er meinte, vier Tage erfordere. Aus Ragaz, Lindau und Feldkirch rollten Fuhrer mit nötigen Waren, die ein Kommissär des Heeres beschaffte, obschon er damals gerade erkrankt war. (Eyssantier; Leplus, S. 76.) Aber die Hingabe an die Sache und das begeisternde Wesen des Generals selber trieben Offiziere und Soldaten an. Die Verpflegung beschränkte sich auf den Marsch. Nachher hoffte man auf Lieferungen Brune's, die zu leisten dieser versprach und im Veltlin, wie er sagte, bereitstelle. Das Verspre-

chen erwies sich später als eitel und Macdonald mußte sich anders behelfen, was auch Bünden später berührte. 3000 Rationen Biscuits versprach Brune schon im Veltlin und 50 000 in Ponte di Legno; dazu kamen 20 000 Rationen Reis, mit denen Macdonald vergeblich rechnete. (Leplus, S. 77.)

Nicht leichter fiel die Stellung der Fuhren; denn 12 Schlitten erforderte jedes der großen Geschütze. Die Schlitten wurden zum Teil beschlagnahmt oder gebaut. Da für Patronen der Raum nicht reichte, mußten die Soldaten sie selber befördern. Jeder erhielt so 60 Patronen zu der übrigen Last hinzu. Wer ohne Verluste solche beförderte, dem winkte Lohn, den Macdonald aussetzte. (12 Sous; Leplus, S. 77.)

Während die Rüstung so erfolgte, näherten sich Truppen bereits Chur. Pully traf mit seiner Division am 25. November ein. Die Truppen Reys in Lech und Vorarlberg ersetzten Truppen Martial-Thoma's, der ins Gebiet von Feldkirch vorrückte und 3000 Mann in die Gegend verlegte. Je nach Eintreffen obiger Truppen lösten sich Verbände Reys ab und zogen über Vaduz hinauf bis Chur, das sie am 30. November erreichten. Wenn die Truppen Chur verließen, sollte Vandammes Vorhut nachrücken. Zu ihr gehörte die Brigade Veaux, die das Albulatal verließ. Sie war so immer in Bünden verblieben. Die 3. Division verblieb in Bünden zum Schutz der Albula wie auch der Landquart, deren Besetzung Moreau verlangte als rechten Flügel der Stellung in Feldkirch. Zu weiterer Verstärkung verlangte Macdonald helvetische Truppen, die am 3. Dezember erschienen und General Veaux's Brigade ersetzten. So weit ging das Streben Macdonalds, die rechte Flanke Moreau's zu sichern. Bünden brachte er weitere Besetzung und weitere Not.

Artillerie und Reiterei lagen indessen schon am Splügen. Die Artillerie kam von Rheineck und erreichte am 24. November Thusis. Von dort mußte man Geschütze zerlegen und auf Schlitten weiter befördern, wie es die Enge des Weges erforderte. Platz zum Wechseln war Andeer, wo ein Park die Fuhren aufnahm. Hauptmann Boulanger war der Leiter. Nachher zogen sie weiter bis Splügen. Ihnen folgte die Kavallerie, von der die Hälfte in Chur wieder umkehrte. Die anderen zogen hinauf bis Splügen unter General Laboissières Führung. Die 2. Division dehnte sich aus hinauf bis Thusis. In Splügen stauten die Truppen sich so, daß Dragoner dann wieder nach Andeer zurückkehrten.

Die schweren Truppen sollten den Marsch zur Höhe eröffnen, weil man glaubte, sie würden den Schnee am Wege zerstampfen. Da der Schnee sich hier aber häufte und die Geschütze ganz versanken, wurde die Aufeinanderfolge der Truppen geändert und leichtere Truppen kamen nach vorn.

Der Einbruch so vieler Truppen brachte das Schams in verzweifelte Lage. Das Militär verlangte Waren und besonders Fuhren, die aber hier gerade fehlten, seit Baraguey d'Hilliers bei seinem Durchmarsch viele Fuhren im Tale verlangte und später behielt. Um so begehrter waren die vorhandenen und wurden über die Maßen am Passe beansprucht, weshalb sich viele dem Dienst entzogen und auf die Höhn der Berge entflohen, wo sie hofften, verbleiben zu können, bis der Marsch des Heeres vorbei sei. Das mußten die Heinzenberger entgelten, die man entsprechend zu Fuhren herbeizog.

Am geplagtesten war der Präfekt im Schams, der, von Geschäften ständig gehetzt, oft nicht wußte, wo ein und aus und in tiefer Nacht der Regierung schrieb: «Heute um 8 Uhr erhielt die Requisitionen der Saumtiere und 150 Schlitten durch einen Offizier und 12 Gemeine. Es war Euer gestriges Schreiben. Die Saumtiere nach Thusis und 120 Schlitten nach Zillis sind für morgen. So wollte es der Offizier. Durch Expressen versandte ich Zirkulare. Nun schlägt es 12 Uhr und ich bin mit dem ersten Auftrag nicht ganz fertig. Da erhalte ich ein zweites Schreiben von heute. 100 Mann, mit Schaukeln und Eisäxten versehen, um Eisplatten aufzuschlagen, sollen nach Thusis eilen. Es ist nicht möglich, zu so viel Pferden und Schlitten die Mannschaft aufzutreiben, ohne das Hornvieh ratlos zu lassen. Avers ist weit weg. Unter Seufzen und Tränen haben die Einwohner gestern und heute morgen Geld zusammengesprochen und noch Vormittag nach Chur und Maienfeld geschickt, um Schanzgräber in Taglohn zu nehmen.» Doch der Hilferuf verhallte. Der einzige Trost der Regierung war: «Not bricht Eisen.» Dazu forderte sie Höbli auf, er möge doch alles ihm mögliche tun, um den Marsch über den Paß zu beschleunigen, welche Mahnung Höbli befolgte. Er blieb bei Pfarrer Jäger in Splügen zu Tisch und arbeitete «wie ein [Slave, ohne zu schlafen» und «unausgezogen Tag und Nacht». (Prot. 22. Dez. 1800.)

Gleichzeitig verlangte Präfekt Conrad, man solle den Vormarsch der Truppen verlangsamen, bis das Loch am Splügen sich auftue, sonst müßten die Truppen noch unter Hunger leiden und auf offenem Feld im Tale «campieren». (Prot. d. 27. Nov. 1800.)

Indessen lockerte sich jegliche Ordnung, indem Soldaten Fuhren beschlagnahmten, die anderen Truppen im Tale bestimmt waren und Waren verlangten trotz der in Chur gefaßten «biscuits». Man bedurfte so schärferer Aufsicht, die auch Generäle des Heeres wünschten. Sie verlangten vor allem besondere Beamte, die auf den Dienst der Fuhren bedacht waren. (Prot. d. 27. Nov. 1800.)

So erwartete man mit Sehnsucht, daß der Weg am Paß sich öffne. Laboissière bestimmte den 27. November zum Aufstieg.

In der Nacht vorher aber fiel noch Schnee und Stürme brausich legte und es nicht mehr schneite, erging der Befehl an die In der Nacht vorher aber fiel noch Schnee und Stürme brausten, so daß Offiziere Haus um Haus im Dorfe besuchten und sämtliche «Weger» der Gegend aufboten. Als am Morgen der Sturm sich legte und es nicht mehr schneite, erging der Befehl an die Truppe zum Abmarsch. (Leplus, Kap. 7.) Sappeure und Arbeiter gingen voran, die den Schnee entweder entfernten oder zerstampften. Laboissière selber war beim Vortrupp, dem im Abstand Truppen folgten. Indessen fing es wieder an zu schneien, was die Arbeit stark erschwerte und häufige Halte am Wege verursachte. In zwei Stunden legte die Truppe nur drei Kilometer Weges zurück, als eine Lawine die Kolonne verschüttete und Dragoner und andere mitriß. Dank der Hilfe der nächsten Truppen und der Bevölkerung Splügens selber wurden die Verschütteten außer dreien dann alle geborgen. Viele zeigten am Leibe Wunden. Waffen und Rüstung waren verloren. Die Betroffenen kehrten nach Splügen zurück und rissen die Hinteren im Abstieg mit. Die Vorderen setzten den Marsch noch fort und gelangten hinauf bis unter die Höhe, die zu erreichen sie aber verzweifelten, da der Weg zur Höhe noch steil war und gewaltige Schneemassen hier sich türmten. Laboissière gab den Befehl zum Rückmarsch. Er selber stieg weiter hinauf und erreichte, von zwei Bauern gestützt, die Höhe, wo er im Hospiz sich dann erholte.

Dieser Rückschlag war bedenklich; denn er stellte den ganzen Marsch zur Höhe in Frage. Die Truppen «lungerten» im Tal herum und entbehrten bald des Brotes; denn die «biscuits» waren verzehrt. Dem Tale selber fehlten die Mittel, wie Dumas denn schreibt: «Il faudrait plutôt apporter de quoi nourrir le malheureux paysan, qui nous sert, que de compter qu'on puisse lui ravir encore, même à prix d'or, un brin de foin ou une livre de viande.» (Leplus, S. 86.) Dazu fiel noch ständig Schnee, was auf die Stimmung der Leute drückte. Entbehrte Bünden selbst des Korns, so verlangte man wenigstens von ihm Führen. So wünschte General Villiers von Höbli Pferde und 100 Schlitten. Als Höbli erklärte, es sei nicht möglich, erhielt er Arrest, was die Erregung deutlich zeigt, die der Soldaten sich selber bemächtigte. Auch General Verrièrs bestürmte Höbli, von dem er Vieh und Futter verlangte. (Prot. v. 24. März 1801.) Die Lage verschlimmerte sich aber noch mehr, als immer weitere Truppen anrückten. Nun bedurfte es weiterer Hilfe, wollte man die Lage im Tale noch meistern.

Wie General Macdonald davon hörte, fuhr er in Wechsel-fahrt nach Chur – er kam von Altstätten – denn er fürchtete, der Plan des Marsches werde bekannt. Von Chur schickte er Dumas voraus, damit er den Marsch zur Höhe beschleunige. Dazu sollte

er die flüchtigen Fuhren im Schams herabholen und in den Dienst des Heeres einstellen. Dumas seinerseits schickte Stabenrath nach Thusis, auf daß er Sappeure bis Splügen vorausschicke. Den Soldaten versprach er zur Erhöhung des Mutes «biscuits» und Branntwein.

Indessen erschien dann Dumas selber und bestimmte in Thusis die Folge des Vormarsches. Durch so genaue, bestimmte Befehle wurde die Zuversicht der Soldaten gehoben, obschon der Schnee unaufhörlich rieselte. Doch das Wetter gab Dumas recht. Wie er selber Andeer erreichte, hellte es auf. An Stelle des Südwindes trat der Nordwind und ließ den Schnee im Tal sich setzen. Das brachte General Verrières und Dumas in Schwung, die jetzt heftig zum Vormarsch drängten und ihn auf den 1. Dezember ansetzten. Dabei half die Regierung des Landes, wie das Interesse des Landes verlangte. Während Dumas die Fuhren am Heinzenberg verlangte, verlangte die Regierung dieselben im Vorderrheintal und Lugnez. Mit Verpflegung für acht Tage sollten die Fuhren vor Thusis erscheinen. 30 Fuhren und 150 Wegmeister stellte Albula von Thusis bis Splügen. Als Kommissär Essautier 200 Pferde auch vom Distrikt Landquart verlangte, empfahl die Regierung unter Umgehung der ordentlichen Behörden, drei Detachements zu 12 Reitern gleich zu schicken, die im Schanfigg, Luzein und Davos die 200 Pferde einfach holten. Die Regierung sah sich zu solchem Vorgehen jetzt gezwungen, weil ihr der Widerstand der Leute bekannt war und die Zeit zum Handeln drängte. (Prot. d. 25. und 28. Nov. 1800.)

Der Andrang so vieler Fuhren machte es nötig, daß man diese aufs Tal verteilte und Kommissäre für Fuhren bestellte. Heinzenberg und Albula leisteten Dienst von Thusis aufwärts und Glenner und Rheinquellen stellten die Fuhren von Thusis abwärts. Kommissäre wurden alt Statthalter Christian Hosang und alt Podestà Piccoli. Dieser in Splügen und jener in Thusis. Damit wurden die Präfekten entlastet. So gingen Militär und Regierung zusammen und wollten den Marsch zur Höhe beschleunigen. (Prot. d. 29. Nov. 1800.)

Indessen gelangte Dumas nach Splügen, wo ihn gute Kunde erreichte. Kommandant Stabenrath hatte mit Sappeuren und 70 Arbeitern den Paß erstiegen und General Laboissière dort oben getroffen, der die Zeit auf der Höhe benützte, den Weg nach Süden bereits zu öffnen, indem er Bauern in Isola aufbot und zum Dienst an der Straße verpflichtete. Laboissière schickte später noch Sappeure, die unter die Bauern am Wege sich mischten. Wie Stabenrath wieder hinabstieg und Dumas berichtete, war die Zuversicht desselben groß. Er änderte jetzt den Marschplan, indem er Infanteristen vorausschickte und mit Artillerie jeweilen durchsetzte.

Bei solchem Vorgehen bestand die Hoffnung, man werde das Ziel eher erreichen und die Artillerie bis zum 5. Dezember so über den Paß bringen. Wegen dauernd strahlenden Wetters änderte Dumas den Plan noch einmal und ließ die schweren Geschütze vorangehen, um, wenn das Wetter sich wieder verschlechterte, unter der Last der schweren Geschütze nicht weiter zu leiden.

So erfolgte am 1. Dezember wieder der Aufstieg. Da die Spur vom vorigen Tage wieder verweht war, mußte der Weg von neuem gebahnt werden. Es war um 7 Uhr morgens, als Wegmeister den Marsch zur Höhe wieder eröffneten. Führer mit Rindern folgten nach. Sappeure mußten die Spur erweitern, während in Einerkolonne Soldaten die Ränder des Weges zerstampften.

Der Vortrupp kam aber langsam vorwärts, in welcher Erwartung man Reiter und Geschütze zwei Stunden später von Splügen ablies. Sie holten die Vorhut aber dann ein und verfielen bald ins Tempo der anderen, so daß General Dumas am Erfolg verzweifelte. Er ging voran und trieb die Leute der Vorhut an, als ein Bote Laboissière's meldete, das Wetter im Süden sei nicht günstig und den Reitern der Kolonne befahl, sie sollten sofort nach Splügen zurückkehren. Dem widersetzte sich aber jetzt Dumas, da die Rückkehr einzelner Teile Verwirrung gebracht hätte und die Moral der Truppe verschlechterte. Stabenrath ging dann selber voran, wobei ein Bauer gefährliche Stellen des Weges abtastete. Nachts um 10 Uhr erreichten die Reiter endlich die Höhe unter Verlust eines einzigen Pferdes, das an steiler Stelle gestürzt war. 20 Leute hatten Hände und Füße erfroren. Alle zusammen waren erschöpft und verbrachten die Nacht auf dem Hospiz, wo die Pferde den nötigen Schutz vor Kälte erlangten. Die Artillerie erreichte nachher die Höhe dann leicht. Nur mußte man Pferde entlasten und zwei Munitionswagen im Schnee zurücklassen. Nach kurzem Aufenthalt erfolgte der Abstieg dann nach Süden, welchem Laboissière sich anschloß. Stabenrath blieb noch auf der Höhe, um die Straße nach Süden zu sichern. Die Artillerie erreichte um zwei Uhr morgens Orsola am südlichen Hang. Damit war die Bahn gebrochen und ununterbrochen gingen die Geschütze jetzt über die Höhe.

Derweilen näherten sich Truppen Splügen und Dumas war des Erfolges sicher, wenn es gelinge, am Fuße des Berges Waren zu stappeln, aus denen die Truppen sich immer verpflegten, bevor sie den Weg zur Höhe begannen. Das Brot erwartete Macdonald von außen, was nicht hinderte, daß er vorhandene Waren erfaßte. Es handelte sich um Waren im Rheinwald. Höbli verhandelte wegen des Preises und verlangte Bezahlung in zwei Tagen. Den Leuten blieben aber nur Gutscheine, für die sie später auf Höblis Betreiben Bezahlung verlangten.

Durch solches Verhalten blieb der Marsch zur Höhe in Fluß. Die treibende Kraft blieb General Dumas, der trotz Fieber immer am Platz war und den Marsch zur Höhe betrieb. Die gleiche Hingabe zeigten Offiziere und gemeine Soldaten. So machte eine Brigade es sich zum Ziel, verlorenes Gut am Wege zu bergen, darunter den eben verlorenen Wagen. Ohne auf Seile und Balken zu warten, wurde der Wagen sogleich zerlegt. Soldaten luden sich die Räder auf und trugen sie wechselnd hinauf zur Höhe. Offiziere trugen müden Soldaten den Sack. So stellten sich alle in den Dienst der Sache, für die der General die Leute begeisterte.

Wegen des Durchmarsches so vieler Truppen bekam das Hospiz ein romantisches Aussehen. Es war Gasthof und Spital zugleich. Wagen und Geschütze umstanden das Haus, zwischen denen Soldaten sich drängten. Über dem Ganzen thronte Caprez, der als Wirt die Höhe betreute und General Macdonald, unter dem er vor Zeiten diente, die Treue jetzt hielt. So erquickte er Müde und Kranke, half beim Troß, wenn Fuhren sich stauten. Kurz: er wirkte als guter Geist, der die Lage des Heeres erleichterte.

Dank dem Durchmarsch so vieler Soldaten war der Weg auf der Höhe gebahnt, so daß die Marschzeit sich verkürzte. So überstiegen am 3. Dezember Truppen die Höhe des Passes und gelangten am gleichen Tage bis Presta am südlichen Hang. Mit ihnen waren auch Gilly und Dumas, die Kantonementen im Süden suchten. In Campodolcino verweilte Dumas dann etwas länger und verlangte «Weger» im Dienst des Marsches. Zugleich verlangte er dort Fuhren, wodurch er Bündner im Süden befreite, die schon längst am Paß dort dienten.

Am 4. Dezember verließen die letzten Geschütze die Höhe. Das erleichterte Schams und Thusis die Lage sehr, da der Durchgang so vieler Geschütze die Not im Tale besonders vermehrte. Das zeigen Briefe des Präfekten Conrad, der am 3. Dezember schrieb: «Die Kräfte sind zum Erliegen überspannt. Tägliche Durchmärsche von vielen Truppen, Einquartierung von Kavalleristen im ganzen Domleschg samt vieler Infanterie. Die Stellung von 60 bis 70 Vorspannen alle Tage. Der tägliche Verbrauch von 100 bis 130 Zentnern Heu und zu großer Fatalität die heutige Requisition der Generäle Dumas und Verrières von 90 Vorspannen und Ochsen, welche über den Splügen bis Cläven werden gehen müssen und den übel calculierten und beispiellosen Transport der Artillerie.» (Prot. d. 3. Dez. 1800.) Ebenso verlangte Präfekt Höbli 30 bis 50 Fuhren aus Rheinwald, die täglich fuhren. Bis Campodolcino mußten sie fahren, wobei die Leute sich selber verpflegten. (Prot. d. 22. Dez. 1800.)

Unter dem Druck gewaltiger Lasten war die Regierung in Chur gereizt. Sie verlangte Bezahlung gelieferten Hafers und, als Mac-

donald Zahlung verweigerte, wollte die Regierung selber zurücktreten, obschon der Regierung die Berechtigung fehlte, da der General darüber entschied. Macdonald brauste dann heftig auf. Er drohte mit Verhaftung, Entführung nach Besançon, ja Füsillierung, verließ aber damals gerade Chur und ließ die Frage für Morlot offen, dessen Division in Bünden verblieb. Als dieser dann aber erklärte, er werde keine andere Regierung im Lande mehr einsetzen und rein militärisch im Lande vorgehen, blieb die Regierung weiter im Amt, da sie sich des Volkes erbarmte.

Macdonald selber erreichte am 4. Dezember Andeer, wo die Hälfte des Stabes nächtigte in Erwartung des baldigen Aufstiegs. Da fiel am anderen Tag wieder Schnee, der Zäune und Straßen gänzlich bedeckte und die Pfähle am Paß vollständig umlegte. Macdonald durfte aber nicht anhalten; denn mangelnde Verpflegung, die ihn der Freiheit, zu handeln, beraubte, trieb ihn nach vorn. Der Vorrat reichte noch vier Tage.

So erfolgte am 5. Dezember trotz allem der Aufstieg. Die Kolonne gelangte in sechs Stunden nur unter die Höhe, von wo der Schnee sich wiederum staute, daß die Soldaten am Erfolg verzweifelten und sich wieder zur Rückkehr nach Splügen jetzt aufmachten. Macdonald trat ihnen aber entgegen und konnte erwirken, daß sie den Marsch zur Höhe noch fortsetzten. Er ging voran, ohne daß ihn jemand begleitete. Die Truppen folgten und so kam der Marsch in Gang, wenn auch in äußerst gelockerter Ordnung, indem sich Verbände jeweilen lösten und Soldaten in Grüppchen die Höhe erstiegen. Solche Zersplitterung war gefährlich bei dem fürchterlich tobenden Sturm, in dem sich viele Soldaten verirrten. Nachrückende konnten viele noch bergen; aber manche verkamen in Schnee und Sturm.

Um den Preis unendlicher Mühe erfolgte der Abstieg später nach Süden. Wie man endlich das Tal erreichte, erfüllte Macdonald große Sorge um das Wohl der Truppen in Splügen, denen der Marsch zur Höhe bevorstand: die Truppen Vandamme's und General Veaux's. Die Sorge war aber auch begründet, da die Verluste beim Aufstieg groß waren, waren doch 100 Soldaten erfroren und viele Pferde beim Marsch gestürzt. Aber die Bahn war wieder gebrochen, und so erfolgte der Marsch der übrigen zur Höhe noch leicht. (Leplus, Kap. 6.)

Die Truppen Macdonalds hatten an Gefahren und Mühen ertragen, was über das Maß des Erlebten hinausging und auch das am St. Bernhard Erlebte verdunkelte. Wenn Macdonald erklärte, er werde am Splügen das Mögliche leisten, so hielt er Wort.

Überfall auf Zuoz und Scanfs

Während des Übergangs über den Splügen im Monat Dezember deckte Morlot in Bünden die Hauptmacht. Die Brigade Devrigny lag in Scanfs und hielt den Feind in Zernez in Schach. Die Brigade Guillaume lag von Tirano hinauf bis Bormio und blieb mit Brune im Süden in Fühlung.

Das war militärisch damals die Lage, als General Macdonald vom Splügen herabstieg und über das Veltlin sich weiter verbreitete. Er hoffte, er könne den Marsch jetzt fortsetzen und Trient besetzen. So gab er Baraguey d'Hilliers denn sofort Befehl, er solle ins Val Camonica vorrücken und General Rochambos Division ersetzen. (Leplus, S. 118.) Aber Schnee und Verpflegung erlaubten es nicht, da General Brune's Versprechen nicht gehalten wurde und versprochene Waren im Tale fehlten. So mußte Macdonald sich anders behelfen und vom Norden Waren verlangen, was größere Fuhren von Bünden erforderte. Um so mehr empörte sich die Regierung über die Schamser, die auch jetzt sich wieder entzogen und Fuhren oben in den Bergen versteckten. Andererseits zwang die Lage auch Macdonald, sich nach der Verpflegung im Tal zu richten und sich an reichere Gegenden zu halten. In einem Erlaß wurden die Truppen entsprechend verteilt. So erhielt Chiavenna die Division Reys.

Doch kaum war die Verteilung der Truppen auf Kantonementen im Tale im Gang, als ein Überfall auf Zuoz und Scanfs die Lage veränderte.

Bei Ausbruch des Krieges erkundete Auffenberg die Lage am Inn. Dabei ergab sich, daß General Devrigny gar nicht da war, sondern, um bequemer zu leben, in Chiavenna wohnte. Ihn vertrat der Major Michel. Die Bekleidung der Truppen ließ zu wünschen und schloß militärische Bewegungen aus, wie auch Sicherung gänzlich fehlte; denn man glaubte sich wegen des Winters vor feindlichen Truppen völlig gesichert. Nur unterhalb der Kirche von Scanfs war eine Schanze aus Schnee erstellt worden. Diese Lage verlockte Auffenberg zu einem Überfall auf Zuoz und Scanfs, den er äußerst umfassend anlegte und auf den 8. Dezember ansetzte.

Truppen des Regimentes Salis zogen hinauf bis nach Cinuskel, von wo aus Oberstleutnant v. Salis die Bewegung leitete. In drei Kolonnen ließ er jetzt vorrücken. Die Kolonne zur Rechten sollte am linken Hang entlang gehen und Zuoz von oben umfassen. Die Kolonne der Mitte bestürmte Scanfs und nahm es von vorn und die zur Linken die Brücke am Inn. 800 Mann unter Major Schorsch zogen am Abend des 7. Dezembers den linken Hang des Tales ent-

lang und gelangten in tiefem Schnee über Zuoz hinaus, worauf sie dieses von oben berannten. Hier war die Überraschung natürlich groß, als Feinde im Rücken des Dorfes erschienen; denn man glaubte sich völlig sicher hinter der eigenen Stellung in Scanfs. So bedurfte es weniger Schüsse, bis die Feinde sich völlig ergaben. Schorsch marschierte dann sofort abwärts und erreichte Scanfs, wo die Verblüffung wiederum groß war, als – während die Schanzen bereits umkämpft waren – feindliche Truppen von oben heranrückten. Die Franzosen ergaben sich dem Feinde sofort. 350 Mann gingen in Zuoz und Scanfs verloren. Die Verluste der Österreicher waren gering. Viele hatten erfrorene Füße wegen des nächtlichen Marsches im Schnee. Trotz des glänzend gelungenen Handstreichs zogen die Truppen sich wieder zurück; denn sie fürchteten, Macdonald werde mit starken Kräften die Lage erstellen. Dazu kam, daß die Verpflegung Volk und Gegend im Tale bedrückte. So zogen sich Salis' Truppen zurück und erreichten am 10. Dezember Zernez.

Trotzdem verbreitete sich die Kunde weiter. Macdonald fürchtete, da er vom Rückzug noch nichts wußte, die Truppen würden Samaden besetzen und dann das Veltlin bedrohen. Er gab denn Devrigny jetzt Befehl, er solle Zuoz und Scanfs besetzen und gab den umliegenden Generälen Auftrag, sie sollten Devrignys Brigade stützen und durch eigene Truppen die verlorenen Bestände der Brigade ersetzen.

Rey hatte bereits gehandelt und von Chiavenna Truppen geschickt. Baraguey d'Hilliers sandte Truppen vom Veltlin und vom Puschlav aus, die zum Berninapaß hinaufstiegen (2 Bataillone). Dort ereilte sie aber ein Sturm, bei dem sich viele Soldaten verirrtten. Mit kleinen Beständen kamen sie an, als sie die Ebene schließlich erreichten. Ein Wachtmeister und Soldaten machten sich anderen Tags dann auf und konnten einige Vermißte noch bergen. So mußten die Truppen, die am Splügen so gut vorbeikamen, die Schrecken des Winters auch erleben. (Baraguey d'Hilliers hatte vor dem rauhen Winter den Paß überstiegen; S. 34 ff.)

Endlich gab noch General Macdonald Morlot im Norden des Landes Auftrag, er solle sich jetzt mit Devrigny verbinden, damit sie zusammen das feste Zernez nun auch erstürmten und Überfälle, wie den erlebten, künftig verhinderten. Der Befehl erreichte am 15. Dezember Morlot in Chur, der den Marsch auf den 18. Dezember über den Albula und Julier ansetzte. Dazu bot er Führen nach Chur auf und sperrte den Paß über die Höhe des Septimers, als Macdonald obigen Befehl dann wieder zurücknahm und Morlot weiter im Norden beließ zum Schutze Churs und der Stellung der Landquart. Zudem hatten die Truppen Devrignys Zuoz und

Scanfs auch wieder besetzt. Dagegen ließ man Truppen Morlots bis Davos, Bergün und Lenz noch vorrücken, von wo sie an Devrignys Brigade sich anlehnten.

Es war auch höchst erwünscht, daß das Engadin jetzt von weiterer Besetzung verschont blieb. Das zeigt ein Schreiben, in dem es heißt: «Seit dem 28. November befinden sich im Engadin beiläufig 3000 Mann fränkischer Truppen ohne Verpflegungsanstalten, ohne Brot und ohne Fleisch in einer Gegend, wo bekanntermaßen kein Korn wächst und wohin seit Monaten wegen bekannter Kriegsumstände alle Zufuhr von außen verschlossen war. Sie leben auf Unkosten deren Einwohner, von denen vier Fünftel kein Brot haben und den Soldaten noch den letzten Bissen geben müssen. Es waren in den nächsten Gemeinden keine «Bons» gegeben, so daß auch alle Hoffnung auf Ersatz dafür verloren geht.» (Prot. d. 27. Dez. 1800.)

Die Äußerung stammt von Gaudenz v. Planta, der Chur verließ und das Engadin besuchte, um die Not im Volke zu lindern und die neue Verfassung dem Tale zu bringen. Der Auftrag kam ihm aber gelegen, da er den Kurs der Regierung änderte und neue Ziele dem Lande steckte. So wollte er lieber eine Weile verschwinden. Das führt zurück zur Lage in Chur.

Die Lage des Landes diesseits – Berufung J. U. Sprechers

In Chur war die Regierung gezwungen, sich über die Zukunft wieder zu äußern. Anlaß gab ein Schreiben Josts, den der Minister Talleyrand vorließ und über Belange des Landes anhörte. Talleyrand versicherte Jost bestimmt, Frankreich werde sich Bündens annehmen und ihm die Freiheit sich erhalten, worauf Jost die Gelegenheit nützte und eine Audienz beim ersten Konsul auch verlangte, indem er die Abschrift des für diesen bestimmten Schreibens Talleyrand vorlegte. Der Praefecturrat bezeugte Freude über Josts Bemühung, sofern die «Konvenienz» der französischen Regierung die Freiheit erlaube. Dieser Nachsatz zeigte deutlich, daß die Regierung in Chur schon schwankte und den Anschluß Bündens in's Aug faßte. Jost hielt aber an Bündens Freiheit noch fest, wie eine an den Minister gerichtete Note Josts zeigt.

Darin verlangte er wieder das Veltlin, dessen Verlust Oligarchen bewirkten, als sie dem Veltlin die gleichen Rechte wie Bünden versagten. Im Gegensatz zum Kanton Waadt hätten Private die eigenen Güter dort auch verloren, die zur Entschädigung braubter Patrioten trefflich gedient hätten. Jost dachte dabei an sich und seinen Handel mit der Gemeinde Zizers. Wie der Entscheid auch schließlich falle, fährt Jost im Schreiben fort, ob Bünden ein Staat für sich bleibe oder dem schweizerischen Staat sich angliedere,

gehörten Veltlin und Bünden zusammen sowohl nach Wirtschaft als nach Lage.

In Morbegno und Tirano fänden Vieh und Käse ja Absatz, wenn die Bündner Märkte besuchten und eigene Waren gegen den Wein Veltlins vertauschten. Überschüsse zugunsten Bündens reichten aus zum Kauf des Korns, das von Mailand und Schwaben herkomme. Zudem könne das Engadin aus dem Veltlin sich leicht verpflegen und Transporte aus deutschen Landen könnten auf Pässe Bündens gelenkt werden. Aus daraus erwachsenden Einnahmen und wenigen Steuern könne ein «legislatives System» in Bünden sich halten, so daß Graubünden sich selber genüge und sogar der Schweiz nicht mehr bedürfe.

Um dem Staat den innern Frieden weiter zu wahren, müßten Unruhen im Keime erstickt werden. So könne man sich füglich fragen, ob man nicht besser dem Kloster Disentis und Rhäzüns, die sich für Österreichs Sache einsetzten, den großen Einfluß im Lande nehme und sie verwandle in staatliche Anstalten. Aus Jost sprach da deutlich der Aufklärer und Bekämpfer der alten Verhältnisse. Das hinderte nicht, daß er ein neues, aber doch freies Bünden erstrebte, während Planta das Segel herumwarf und die Verbindung mit der Schweiz jetzt plötzlich befürwortete. Dazu trieb ihn eine große Enttäuschung, die er eben erlebte. Wenn wir Andeutungen Tscharners folgen, hatte Planta sicher gehofft, Macdonald werde, wie eben auch Lecourbe, in die inneren Verhältnisse des Landes eingreifen und Plantas Pläne für Bünden auch stützen. Wie sich aber dann Macdonald auf rein militärische Dinge beschränkte, war für Planta die Freiheit verloren, und so ging er über ins Lager des «Anschlusses». (Jost an J. B. v. Tscharnner; Paris, d. 18. Dez. 1800; J. B. v. Tscharnner an seinen Vater, 22. Dez. 1800. A. T.)

Das trat zutage, als Planta Chur zeitweilig verließ. Beim Vormarsch der Franzosen erwuchs der Regierung in Chur die Aufgabe, das Engadin endlich zu ordnen nach dem von Lecourbe gemachten Erlaß. Damit beauftragte die Regierung Planta, der Land und Leute des Tales kannte und nach zwei Jahren die eigenen Güter auch gern besichtigte. Planta erhielt denn jetzt den Auftrag, die Distrikte Inn und Bernina zu bilden, die Zölle im Süden des Landes zu sichern und vorhandenes Geld der Zölle zu nehmen. Dazu sollte er Puschlav belangen wegen des Abfalls von der Regierung und die Schuldigen im Tal behaften.

Planta kam der Befehl gelegen, der ihn längere Zeit entführte, was ihm damals aber nur lieb war, da er sich jetzt zum Wechsel bekannte und lästigen Frägern lieber entrann.

Zum Bekenntnis Plantas führte folgendes: Weil er vorausichtlich längere Zeit die Hauptstadt verließ, mußte die Stelle in sihur ersetzt werden. Dafür empfahl jetzt Planta J. U. Sprecher, der in Jenins die Güter bestellte. Die Wahl erregte im Lande dann Aufsehen; ja, sie erschien fast als Programm; denn Sprecher war ja Freund des Anschlusses und mußte den Kurs der Regierung bestimmen.

Wie der Ruf an Sprecher erging, hatte dieser erst große Bedenken. Erstens wisse die Regierung selber, daß er lange von Hause entfernt war und der Bestellung der eigenen Güter stark bedürfe. Dazu sei er überhaupt nicht wählbar, weil er wegen des Landvogtei-amts die erwünschte Rechenschaft noch schulde; denn die Landesreform bestimme in Artikel 4, es dürfe niemand in die Regierung des Landes eintreten, ohne daß er über's frühere Amt sich vorerst rechtfertige. Endlich fehle die einem Republikaner erwünschte Volkswahl. Landeshauptmann Planta sei eher geeignet, die Stelle zu nehmen. (Prot. d. 19. und 23. Dez. 1800.)

Die Regierung beharrte aber auf Sprecher, für den General Morlot in Chur sich einsetzte. Die Anrufung der alten Reform wies die Regierung deutlich zurück; denn sie betreffe nur Leute im Amt. Solchem Drängen mußte Sprecher dann schließlich weichen. Nur vermißte er die Wahl durchs Volk und wollte als Hilfskraft so nur gelten, bis Gaudenz v. Planta wieder zurückkehre. Weiter erbat er sich etwa noch Urlaub, um dringende Geschäfte zu Hasue zu leisten.

Der Gehilfe wurde bald zum Mitglied auch an der Seite von Gaudenz v. Planta; denn mit Sprecher erschien ein Mann, der es in Geschäften Planta gleich tat, an Besonnenheit ihn übertraf, wie die kommenden Monate erweisen.

Sonst war die Lage der Regierung im Norden noch weiter bedenklich. Da Macdonald Korn und Hafer immer nicht zahlte, war die Lage der Finanzen so, daß die Regierung die Bezahlung des Heus jetzt wieder zurücknahm und, wie vorher, es ohne Bezahlung von Gemeinden verlangte. Wieder waren es die von Truppen befreiten Gemeinden, wie Untervaz, Langwies und Misox, an die die Regierung zuerst sich wandte. (Prot. d. 14. Dez. 1800.)

Ebenso verlangten die Truppen Fleisch trotz des feierlich gegebenen Versprechens, sie würden künftig sich selber behelfen. Als das Fleisch eines Tages fehlte, wandte die Truppe sich an die Regierung. 6000 Mann sollten in sechs Tagen wieder verpflegt werden. Die Regierung verlangte das Fleisch vom Oberland, den Distrikten Heinzenberg und Schanfigg, die Fleisch noch einmal der Truppe beschafften. (48 Stück Vieh; Prot. d. 31. Dez. 1800.)

Noch stärker drückte das Land der Fuhrdienst, der wegen des Trosses und weiterer Zufuhr ins Veltlin verlangt wurde. So erwachsen dem Lande Lasten, die über die Kraft des Volkes hinausgingen, besonders wenn sich solche Leistungen nicht gleich verteilten, sondern, wie im Tale Schams, sich einzelne Leute wieder entzogen, so daß zwei Drittel der Fuhren fehlten. Des bleibenden Drittels wollte die Truppe sich dann versichern, indem sie Fuhren militärisch begleitete und nachts «in Löchern» am Wege bewachte. Trotzdem konnten sich einige davonmachen, indem sie Wachen bestachen. Das mußten Heinzenberger und Thusner entgelten, die über Andeer jeweilen hinausfuhren, trotz der eben entworfenen Ordnung, nach der der Wechsel im Schams erfolgte. (Prot. des 14. Dez. 1800.) Die Thusner wollten sich so entziehen, wenn die Schamser nicht endlich fuhren. Eine Abordnung der Thusner erschien in Chur und verlangte, daß man die Schamser zwingen, sich an die Pflicht der Fuhr zu halten.

Die Regierung versuchte es erst in Güte und sprach die Flüchtigen von Bestrafung frei, wenn sie bis zum 6. Januar erschienen. Doch das machte den Schamsern nicht Eindruck, die auf der Höhe der Berge verblieben. Darauf ergriff die Regierung Maßnahmen, die, weil verderblich, gar nicht wirkten, indem sie verlangte, man solle die Namen der Flüchtigen angeben. Wer das Pferd eines solchen verriet, dem gab es die Regierung sofort zu Eigen oder ersetzte den Wert in Geld, ohne daß der Verräter bekannt wurde. Es darf zur Ehre des Volkes gesagt werden, daß sich keiner im Tale herbeiließ und entflohenen Bürger des Tales verriet, denn nur so ist es verständlich, daß jetzt Truppen im Tale erschienen und flüchtige Fuhren der Gegend herabholten. (Prot. d. 11. und 14. Dez. 1800.)

Bald genügten die Fuhren des Tales dem großen Bedarf an solchen nicht mehr. Man mußte die Fuhrkraft im ganzen Norden des Landes herbeiziehen. Als nämlich Macdonald die Stadt Trient im Süden erreichte, ließ er in Bünden verlassene Waren sofort nachführen und verlorene Rüstung von Norden ersetzen. Das bedingte vermehrte Fuhr auf Kosten Graubündens. So verlangte Kommissär Flavigny am 20. Dezember, daß man hundert Fuhren bereitstelle zur Beförderung von 369 Zentnern Kleidung, 5000 Flaschen Branntwein, 7000 Rationen «biscuits» und 2000 noch leeren Säcken. Dazu kam noch Reis und Hafer, die von Zürich Chur erreichten. Sofern die Fuhrkraft aber nicht reichte, sollten Leute des Tales mithelfen und auf dem Rücken die Waren befördern. 8 Sous und 3 Pfennige wurden für Zentner und Meile geboten. Bezahlung versprach die Truppe in Sondrio. Dazu versprachen die Franzosen Rückfracht. Das genügte der Regierung nicht, die auch Verpflegung für Mann und Roß der Kolonne verlangte und in der Rod

Beförderung wünschte. Doch die Franzosen lehnten es ab, denen an Raschheit der Beförderung lag. Morlot ließ Caprez und Sprecher, die Kommissär Flavigny nachts um 10 Uhr in Chur noch aufsuchte, durch ihn melden, er werde, wenn die Regierung nicht einwillige, alle Fuhren im Lande beschlagnahmen und bis nach Italien auch weiter behalten. Solchen Drohungen mußten Caprez und Sprecher dann weichen und Morlots Forderung schließlich folgen.

Andererseits kam die Truppe entgegen, indem sie Verpflegung der Kolonne in Chur und Splügen versprach. Nun schickte die Regierung Boten, die vor allem im Prätigau die Fuhren verlangten. Betroffen wurden die Gemeinden Mühlen, Peist, Stalla, St. Peter, Seewis, Grüşch, Fanas, Schiers, Luzein, St. Antönien, Jenaz, Fideris, Küblis, Conters, Saas, Serneus, Klosters und Davos. Wer dem Aufruf aber nicht folgte, erwartete Truppen, wie eben die Schamser. Dazu beauftragte die Regierung Gemeinden, durch deren Gebiet die Kolonne fuhr, sie sollten die Fahrt jeweilen erleichtern. Für besondere Leistungen werde die Kasse des Landes aufkommen. Endlich mahnte die Regierung Planta, er solle für Ablösung der Fuhren besorgt sein. Gabriel Wachter wurde als Führer der Kolonne bestimmt. (Prot. d. 31. Dez. 1800 und 1. Jan. 1801.)

Die Fahrt war dann äußerst bewegt, wie ein Bericht des Führers zeigt, indem Militär sich vieles erlaubte und Soldaten Schuhe entwendeten, worauf auch Säumer der Kolonne entflohen. So gelangte diese endlich vermindert in das Veltlin, wo sie erfuhr, Macdonald habe das Tal verlassen und sei im Anmarsch bereits auf Brescia. So hatten die Säumer denn wieder das Nachsehen und mußten ohne Bezahlung zurückkehren. (Prot. d. 20. Jan. 1801.) Solche Erfahrungen machen begreiflich, daß die Säumer künftig voraus Bezahlung verlangten, wenn Forderungen dieser Art sich vermehrten. (Prot. d. 4. Jan. 1801.)

Das kam zu anderen großen Lasten, die gerade damals Chur bedrückten, die wachsende Forderung Christian Pellizaris, die bereits fl. 14 500.— betrug. Die Regierung gab ihm Teil am Fleischgeld, das Pellizari aber nicht reichte, der jetzt fl. 2000.— verlangte. Er empfahl ein erzwungenes Anleihen, worein die Regierung aber nicht einwilligte, bis die ordentlichen Quellen erschöpft seien. Dazu gehörten vor allem die Grenzzölle, die Zöllner längst dem Staate noch schuldeten, obschon man sie längst von ihnen verlangte. So schickte Chur an die Grenzen Bevollmächtigte, die vorhandenes Geld von Zöllen erhoben und weiter verlangten; die Zöllner sollten das Geld in Zukunft immer bereit halten. Podestà Piccoli erschien in Splügen und Gaudenz v. Planta, wie wir eben vernahmen, in Samaden zur Erhebung der Zölle. (Prot. d. 19. Dez. 1800; 3. Jan. 1801.)

Dagegen bekam die Regierung Aussicht auf Ersatz von 900 Zentnern gelieferten Kornes, indem Kommissär Essantier der Regierung versprach, sie werde das Quantum in Zürich erhalten. So diese Aussicht sich wirklich erfüllte, wollte die Regierung es Pellizari zuhalten, weshalb dieser dann einen Boten abschickte. (Der Praefecturrat an G. v. Planta; 5. Jan. 1801 Prot.)

Vorgänge jenseits der Berge

1. Plantas Maßnahmen im Engadin und im Puschlav

Im Engadin entfaltete Planta die alte Tatkraft. Er wollte die Lage dem Volke erleichtern und brachte die im Norden bewährten Gutscheine, um Bezahlung gelieferter Ware in Zukunft zu sichern. Er öffnete die Grenze nach Süden und beschaffte Korn jetzt auch von dort, wobei Generäle ihn unterstützten; denn seit zwei Tagen fehlte der Truppe im Tal das Brot. Bis die Lieferung aber erschien, verlangte Planta Korn von Chur (150 Malter). Dieses entsprach und führte das Korn bis Camogasc. In Erwartung weiterer Forderungen ließ Planta das Korn im Norden des Landes beschlagnahmen, was großen Unwillen im Volke erregte. (Prot. d. 27. Dez. 1800. Planta an den Praefecturrat.) Betroffen wurden die Märkte Maienfeld, Malans und Chur. Zum Glück traf das Korn von Süden aber dann ein, was Planta erlaubte, die Sperre zu heben. Andere Waren blieben im Süden weiter gesperrt oder nur «à la pointe de la bajonette» an der Grenze bewilligt. Es waren Kastanien, Türk und Reis. Gern hätte Chur geantwortet und Hall'sches Salz nach Süden gesperrt. Doch Planta fürchtete jetzt für das Korn, für das Cisalpinien die Grenze öffnete. Höchstens wollte er mit eigener Not die Sperre begründen. (Planta an den Praefecturrat; Samaden, d. 30. Fez. 1800. Prot.)

Ebenso energisch packte Planta die Frage Puschlavs an, indem er das Geld des Zolles verlangte. Olgiati beriet sich erst mit einzelnen und, als sie diese wegen mangelnder Vollmacht dann aber entzogen, berief er die «Giunta» des ganzen Tales, die Planta eröffnete: Wie das Geld von beiden Regierungen eben verlangt wurde, hätte Puschlav nicht recht gewußt, woran sich halten, besonders als die alte Regierung in Meran erklärte, Puschlav sei neutrales Gebiet und müsse die alte Verfassung behalten. Wie Salis' Truppen Samaden besetzten, hätte die Furcht im Tale bestanden, die Zöllner würden es Salis zu halten und dieses der Regierung in Meran überlassen. Dadurch, daß man die Zöllner entließ, habe man das Geld dem Staat erhalten und verdiene man Lob. Puschlav sei bereit, einer vom Volk gesetzten Regierung das Geld zu überlassen, womit sie Plantas Gesuch verweigerte. (Der Magistrat von Poschiavo an den Praefecturrat; Poschiavo, d. 27. Dez. 1800. Prot.)

Planta berief sich aber auf Lecourbe und gab Olgiati zwei Tage Zeit. Olgiati wollte darauf persönlich mit Planta verhandeln. Er wollte erwirken, daß ihn Planta persönlich auffordere, wodurch er meinte, er könne dem Volk gegenüber sich rechtfertigen, wenn er Planta schließlich folge und das Geld überlasse. (Olgiati an Gaud. v. Planta; Puschlav, d. 28. Dez. 1800. Prot.) Planta wollte sich aber nicht einlassen, denn er hatte vom neuen Zoll, den Olgiati erhob, indessen gehört, wodurch Olgiati, wie Planta meinte, den alten Bundesbrief verletzte. Planta fragte die Regierung an, ob sie verlange, daß er die Reise ins Puschlav noch mache oder sie andere Pläne ins Auge fasse. Da Generäle sich aber entzogen, Puschlav an Bünden aber doch hange und nichts mehr als die Trennung befürchte, wollte Planta sie nun verhängen, indem er meinte, die Puschlaver würden sich sofort besinnen, das Geld entrichten und in den Schoß des Landes zurückkehren. Das war aber jetzt gefährlich, da Cisalpinien Puschlav umwarb und Cisalpinier im Tale bestrebt waren, die Trennung des Tales vom Land zu erlangen.

Plantas Vorschlag lautete wörtlich:

«1. Die Landschaft Puschlav und ihre Einwohner sind in Zukunft als von Bünden getrennt anzusehen und als kein Teil des bündnerischen Landes zu betrachten.

2. Die Landzölle, die bisher in Brusio erhoben wurden, sollen in Zukunft in Pontresina eingezogen werden.

3. Als Zolltarifa von Wein usw. soll für Bündner die alte, von den Gemeinden angenommene Tarifa fort dauern. Für die Fremden aber ist sie um die Hälfte erhöht.

4. Als Freunde sind alle innert dem Bernina auf der mittäglichen Seite derselben angesessene Einwohner zu betrachten.

5. Der provisorische Präfekt ist mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt.»

So Deputierte Puschlavs erschienen und ohne Geld Besprechung wünschten, sollten Chur und Planta sie ablehnen. (G. v. Planta an den Praefecturrat; 4. Jan. 1801. Prot.)

Die Regierung schloß sich obigem Schreiben Plantas an, nur hat sie auf Drängen Sprechers nicht ganz gebrochen und die Trennung befristet; denn Artikel 1 des von der Regierung gemachten Erlasses lautete später: «Die Einwohner der Landschaft sind in Zukunft, bis ihre Obrigkeit dem ermelten Decret Folge geleistet haben wird, des Rechtes freier Bündner verlustig erklärt.» Damit blieb ein Türchen offen, das Puschlav auch sofort benützte. Es gab die Verfassung, an der es hing, der Liebe zum Lande doch schließlich preis; denn es zahlte die 1955 fl. sofort und den Rest nach Abzug der für die Fuhren gereichten Verpflegung. Es handelte sich um die Fuhren, die eben Macdonald Waren nachführten.

Auch vom Zollgeld in Castasegna erhob Planta 378 fl., von denen 176 Bergeller erhielten für den Truppen geleistetes Brot, das Planta verlangte, und 54 Lucio Bazigher noch als Taggeld, als Planta diesen als Kommissär in Chiavenna bestellte. (Planta an den Praefecturrat; 24. Jan. 1801.) Dazu kam noch in Maloja erhobenes Geld des dortigen Zolles.

Während Planta mit den Zöllnern so verkehrte, hielt das Volk im Tal Bergell sich eher zurück. Doch Planta konnte sich jetzt nicht einlassen, da der Durchmarsch französischer Truppen ihn stärker beschäftigte.

2. Kriegereignisse

Die Schlappe der Kaiserlichen bei Hohenlinden brachte Verschiebungen auch in Bünden. Um die Fühlung mit den nach Osten flutenden Truppen des Kaisers zu halten, zog sich Hiller noch stärker zurück und Auffenberg mußte entsprechend auch nachrücken.

Indessen hatte General Macdonald das Veltlin nach Süden bereits verlassen und bestürmte am Tonale die feste Stellung General Stojanichs, dessen Brigade Val di Sole bis zur Höhe des Passes einnahm. Vom Feinde bedrängt, verlangte dieser von Auffenberg Hilfe, die dieser gewährte, indem er in der Mitte ihm bleibende Truppen jetzt auf den Nonsberg am Val di Sole im Süden verlegte, um, wenn Stojanich schließlich wich, das Tal der Etsch dem Feinde zu wehren. (Leplus, Kap. 9 und 10.)

Indem sich Auffenbergs Heer verteilte und nach Norden und Süden abrückte, wurde die Mitte der Stellung entblößt. So fühlte sich Bachmann in Zernez vereinsamt und von feindlichen Wogen umspühlt, so daß er beschloß, Zernez zu verlassen und bis Martinsbruck zu weichen, wo er hoffte, sich besser zu halten wegen der größeren Enge des Tales. Er ließ die Geschütze in Zernez jetzt abbrechen, Munition des Platzes auffliegen und zog talabwärts bis Fetan nach der Zerstörung der Brücke in Zernez.

Wie General Devrigny das aber bemerkte, rückte er nach und besetzte Zernez. Darauf rückte er noch talabwärts hinunter bis Guarda (24. Dezember), wo der Feind sich wiederum stellte. Es waren Truppen des Regimentes Salis, die bei Chanova von einem Felskopf ob der Straße bis zum Inn hinunter sich ausdehnten und starke Sperren jeweilen errichteten. Der Sperre voraus ging ein Verhau, das feindlichen Angriff sofort bemerkte. Die Anlage deutete auf festen Entschluß, sich länger zu halten. In der Tat bestand der Plan, Salis solle solange sich halten, bis man Martinsbruck erbaut und zur eigentlichen Festung im Tale gemacht hätte, auf die die Truppen allmählich sich stützten. Das durchkreuzte Baraguey d'Hilliers Pläne empfindlich, der gerade aus dem Veltlin mit 860

Mann jetzt heranrückte. Er sollte den Feind im Tale verjagen und machte Zernez zu seinem Quartier. Dazu bedurfte er Morlots Hilfe, der an der Stellung im Norden klebte und glaubte, er sei jetzt dort nicht abkömmlich.

Wohl hatte er, als der Feind Zernez verließ, Davos und Prätigau wieder besetzt, aber an Abzug dachte er nicht, da feindliche Streifen gerade vor Feldkirch jetzt erschienen und ein Vorstoß, wie er meinte, bevorstehe. Das erschien aber Morlot bedenklich, da Martial Thoma Feldkirch verließ und nur ein Bataillon in Bregenz beließ. Morlot tat das ihm noch Mögliche. Er legte ein Bataillon von Vaduz bis Balzers. Schweizer verteilte er am Ufer des Rheins und ließ Magazine von ihnen bewachen. Kähne ließ er den Rhein hinabfahren und wollte den Übergang wenigstens erschweren. Das waren die von Morlot getroffenen Maßnahmen, die einen Übergang des Feindes erschwerten, aber nicht hinderten.

Baragney d'Hilliers schlug Morlot nun vor, er solle 500 Mann ins Montafun jetzt sofort verlegen und über den Zebles Paß Galtür und Ischgl besetzen. Damit decke er die Gegend Feldkirchs und mache den Vormarsch des Feindes unmöglich. Dazu komme er über Futschöl – ein Paß, der Galtür mit Ardez und Fentan verbindet – mit Baragney d'Hilliers Truppen in Fühlung. Voraussetzung war der Fall Chanovas und des Dorfes Ardez, von wo der Weg zum Futschöl hinaufführte.

Als am Morgen des 27. eine Vorhut Guarda verließ, stieß sie bald auf feindliche Truppen und zog sich wieder auf Guarda zurück. Baragney d'Hilliers zog jetzt stärkere Truppen zusammen (1270 Mann) und wollte umfassend Chanova besetzen. Eine Gruppe besetzte die Brücke unter Ardez, während Grenadiere Chanova von vorn an der Straße berannten und dritte links am Hang hinaufstiegen und die hohe Kuppe der Straße überhöhten.

Kaum stieg die letzte Gruppe den Hang hinauf, als Grenadiere an der Straße stürmten. Sie überrannten wohl das Verhau, kamen nachher dann aber zum Stehen, da Kugeln die Leute umschwirrten. 20 Offiziere und 20 Mann der Franzosen fielen, bis die ganze Gruppe zurückkehrte. Indessen hatte die Gruppe zur Linken die Höhe erstiegen und eröffnete das Feuer von oben, worauf die Grenadiere wieder heranstürmten. Dem doppelten Angriff mußten Salis Truppen jetzt weichen. Nach einer «Salve» gaben sie Chanova an der Straße preis unter Zurücklassung aller Verwundeten und vieler Waffen und flohen abwärts hinunter bis Schuls. In Sent wollten die Truppen sich sammeln, was die Franzosen dann aber nicht duldeten. So ging die Flucht talabwärts weiter. Ja, die Flüchtigen rissen Truppen, die von unten im Tale heraufkamen, sofort mit. Erst vor Remüs kam die Flucht der Leute zum Stehen durch

Zerstörung der dortigen Brücke. Am 29. fiel das Dorf Remüs aber doch. (Leplus, S. 150 bis 153.)

Baragney d'Hilliers, getreu dem Grundsatz, sich nicht weit von Zernez zu entfernen, solange nicht weitere Truppen erschienen, zog die vorhandenen auf Schuls zurück, von wo er sie auf Dörfer bis Zernez verteilte; denn es war ihm doch nicht möglich, ohne Verstärkung die Feinde zu werfen. Die Verstärkung kam von Morlot im Norden. (Ebenda 154–155.)

Die Österreicher selber zogen sich auf Martinsbruck zurück, das durch Balken und Dämme in Eis zu einer wahren Festung erbaut war. Um sie zu nehmen, verlangte Baragney d'Hilliers die andere Brigade im Tal Veltlin. Ein an Macdonald gerichtetes Schreiben kreuzte sich eben mit einem dieses, in dem er die Ankunft Morlots versprach und Morlots Truppen Baragney d'Hilliers Befehl unterstellte.

Seit der Besetzung des festen Zernez glaubte Macdonald, die Gefahr für Chur sei nun vorbei und Morlot für andere Zwecke jetzt frei. Für Morlot bestand die Gefahr aber weiter, indem er fürchtete, die Feinde könnten sich Churs bemächtigen. Ja, er dachte an Besetzung Feldkirchs und Verstärkung der eigenen Truppen, als Macdonald befahl, er solle die Stellung im Norden jetzt räumen, mit Baragney d'Hilliers sich sofort vereinen zur Vertreibung des Feindes aus Bünden und Baragney d'Hilliers Spuren folgen, bis sie Meran im Süden erreichten.

Morlots Abmarsch brachte der Regierung wieder Beschwerden. Schlitten und Fuhren mußten gestellt werden. Als Albula streikte, ritt Peter Ludwig mit französischen Husaren wieder durchs Tal und machte das Volk der Gegend gefügig. Vom 4. bis 5. Januar überstiegen Morlots Truppen die Pässe. Wie sie von der Höhe der Pässe herabstiegen, fanden sie die Lage dann wieder verändert, da ein Waffenstillstand erfolgt war unter dem Namen des Vertrages von Steyr. Nach diesem gingen die festen Plätze Tirols verloren, was auch Martinsbruck umfaßte. Kampflos fiel es Baragney d'Hilliers zu, was dieser als Sieg dann fälschlich feierte.

Damit sah sich General Macdonald größerer Sorgen im Norden enthoben und wollte die Truppen aus der Gegend einziehen. Baragney d'Hilliers und General Morlot erhielten Befehl, über Puschlav, Val d'Aprica nach Vestone jetzt zu ziehen. Der erstere nahm sich aber die Freiheit, seine Route ein wenig zu ändern, indem er Nauders erst berührte und über das Stilfserjoch dann vorrückte.

Indessen hatte General Morlot Zernez und Süs bereits besetzt, als obiger Auftrag ihn erreichte. Er zog hinauf bis Pontresina, wo ein Gegenbefehl ihn einholte. Macdonald hatte nämlich erfahren,

daß der Feind im Süden weiche und am linken Ufer der Etsch sich sammle. So setzte Macdonald den beiden Generälen als Ziel Meran. Morlot kehrte denn wieder zurück und ging über den Ofenberg nach Glurns. (Leplus, Kap. 13.)

Damit verließen die letzten Truppen das Engadin. Im Tale blieb allein noch Bansi mit einigen Schreibern, die er auf Dörfer des Tales verteilte. Als «Kommissär der beiden Engadine» hielt er die Verbindung mit dem Heer noch aufrecht. (Prot. d. 11. Febr. 1801.)

Die Organisation des Engadins und des Bergells

Die ständigen Märsche der letzten Tage hatten Planta die Lage erschwert, mußte er doch Truppen immer auch folgen und für die Fuhr und Verpflegung besorgt sein. Die Geschäfte führten ihn über den Ofenberg bis Münster, wo der Verkehr ja besonders groß war. Doch kaum kam der Präfekt nach Münster, als das Kloster seiner bedurfte, weil das Heer mit großem Tribut das Kloster belegte. (Planta an den Praefecturrat: «Im Kloster Münster wurde ich von einer am 8. dieses daselbst angedrohten Requisition von Fr. 50 000.– und darauf erfolgter Erpressung einer Kapitalzession von 2500 Titolergulden, die in Bozen waren, benachrichtigt.» (Prot. d. 27. Jan. 1801.)

Zugleich bat die Regierung Planta, er solle für Bezahlung der dem Lande geschuldeten Summen sich jetzt verwenden, sei es, daß er Macdonald schreibe oder persönlich im Süden besuche. Anlaß gab der Regierung folgendes: (Ebenda.)

Kommissär d'Avrange kam auf der Reise in Chur vorbei. Wie die Regierung die größte Not des Staates schilderte, wollte er bei Macdonald für Bezahlung sich einsetzen. Aber Planta müsse die Sache auch fördern. Planta entschloß sich darauf zur Reise, da ihn noch andere Geschäfte veranlaßten; indem Engadiner verfallene Zinsen im Tirol verlangten (es handelt sich um Frachtzinse). Planta begab sich erst nach Bozen. Da erhielt er aber die Nachricht, daß General Macdonald bereits vor Trient sei, wo er diesen im Lager erreichte. Da erhielt er dann die Auskunft, Schamser und Rheinwalddr seien bereits im Lager erschienen und hätten Bezahlung des Geldes erlangt, wodurch das Geld der Kasse erschöpft sei. Das war für die Regierung eine große Enttäuschung und zwang zu anderen drückenden Maßnahmen, die sich um so mehr der Regierung aufdrängten, als der von Pellizari geschickte Bote ohne Brot von Zürich zurückkam.

Da die Franzosen das obere Etschtal eben räumten, kehrte Planta über Verona, Bergamo und Bergell nach Samaden zurück.

Hier wollte er mit einer Denkschrift an Napoleon in Paris gelangen und die an Macdonald gestellte Forderung von neuem erheben. Der Erfolg hange aber ganz vom «Credit» ab, den Macdonald habe. Die Regierung in Chur versprach sich wenig, indem sie meinte, daß geheime Kräfte die Forderungen Bündens in Paris durchkreuzten. Die Gesandten in Paris beklagten sich, daß zwei Posten ohne Briefe der Regierung erschienen, was der Praefecturrat so erklärte: «Es muß folglich irgendwo eine angelegte Maschinerie existieren, um der Bundesregierung die Kommunikation mit Paris abzuschneiden.» (Planta an den Praefecturrat und dessen Antwort; Samaden d. 31. Jan. 1801. Prot. d. 4. Febr. 1801.) Deswegen wagte es die Regierung nicht, Planta zu folgen, der verlangte, man solle die Gesandten in Paris veranlassen, daß sie wegen des «Credites» General Macdonalds sich erkundigten. Aber bei Planta blieb beim obigen Plan, da die Beziehungen höherer Stellen zu Jost erkalteten und Planta selber ganz andere Fragen jetzt stärker beschäftigten.

Im Vordergrund lag die neue Ordnung des Engadins, die er den Bergellern bei seiner Reise bereits verhieß. Das Münstertal ging aber noch vor, für dessen Bestand die Regierung fürchtete. Nach Artikel 4 des Vertrages von Steyr mußten die Kaiserlichen Bünden verlassen, während im Tirol Truppen beider Parteien erlaubt waren, als sogenannte «Sauvgarden». Weil nun trotzdem kaiserliche Truppen Sta. Maria noch immer besetzten, fürchtete das Volk, die Kaiserlichen betrachteten sie als Tiroler und wollten das Tal für immer behalten. Planta wollte das Volk beruhigen und verteilte Lecourbes Erlaß den «Dorfmeistern» – den früheren Gemeindepräsidenten –, wodurch er den Anspruch Bündens erwies. Dazu gab er der Regierung Auftrag, sie solle von Moreau im Osten verlangen, daß er den Abzug feindlicher Truppen im Tale erwirke. Moreau entsprach und die Kaiserlichen verließen das Tal dann sofort, wodurch dieses im Verband des Staates weiter verblieb und sich der neuen Verfassung jetzt anschloß. (Prot. d. 28. Jan. und 28. Febr. 1801.)

Planta setzte im Engadin die Neuerung fort. Dort schied er als Distrikte die Distrikte Inn und Bernina aus, zu deren Präfekten er Saluz und Tabago ernannte, von denen sich beide dann aber nicht eigneten, indem sich Saluz dem Trunke hingab und Tabagos Geist nicht reichte. (Jakob Constanz Tabago von der Bruck, Balthasar Saluz von Fetan. (Prot. d. 4. Febr. 1801.)

Wenn Planta meinte, er sei am Ziel und könne nach Chur sich wieder begeben, wo die Regierung seiner bedurfte, so war es verfrüht, da das Volk das Neue verwünschte und jedes Gerücht im Tale verfolgte, das eine Änderung der Lage verhieß. Das geschah, als Kanzler Perl, der als Verwalter Plantischer Güter Zernez be-

suchte, dort erklärte, daß alles Geld der dortigen Gemeinden der Kasse des Staates in Chur jetzt zufließe. Planta mußte die Leute beschwichtigen. (Planta an den Praefecturrat; 31. Jan. 1801. Prot. d. 4. Febr. 1801. Planta an den Praefecturrat; 14. Febr. 1801. Prot. d. 15. Febr. 1801.)

Bedenklich war, daß zwei Puschlaver die Trennung des Tales und seine Vereinigung nach Süden erstrebten. Man kannte sie zwar als Preller und es hieß, sie seien bezahlt. Die Katholiken im Tale wiesen die Pläne zurück, ebenso scharf aber auch den «Anschluß», indem sie die Schweiz als revolutionäres Gebiet bekämpften. So öffnete sich wieder ein Graben, den Leute, wie obige, natürlich benützten, um auf Umwegen doch zu erreichen, was sie erstrebten, die Lösung des Tales vom eigenen Land.

Die Erfahrung zeigte, wie Planta meinte, daß man seiner noch weiter bedürfe. Vor allem fürchtete er weitere «Ränke» bei der Bestellung der Gerichte, bei der es gelte, auf dem Posten zu bleiben. Erst, wenn das Gericht bestellt sei, glaubte er, könne er wieder zurückkehren. Die Äußerung erfolgte, weil die Regierung Planta drängte, er möge die Führung in Chur wieder aufnehmen. (Planta an den Praefecturrat; Samaden, d. 14. Febr. 1801. Prot. d. 15. Febr. 1801.)

Während das Engadin die neue Verfassung somit erhielt, wählte Bergell in alter Weise die Behörden selber, die anfangs des Jahres im Tale bestellt wurden. Der Podestà war bereits ernannt und die Wahl des Gerichtes stand eben bevor, als Tabago die Liste der neuen Behörden eröffnete, worauf Sopra Porta die Wahlen sistierte und Engadins Verhalten befolgte. In Sotto Parte hielt B. v. Salis die Leute zurück, indem er eine Versammlung der Gemeinde berief (am 3. Februar) und sich für die alte Verfassung einsetzte, wie Konsul Bonaparte sie eben verlangte. (Vertrag von Parsdorf. G. Giovanoli, Die Fremdeninvasion im Bergell von 1798 bis 1801, S. 190; XXV. Jahresbericht der Historisch-antiquarischen Gesellschaft 1905.) Da der Aufruf viel zu spät in Soglio erging, war die Zahl der Erschienenen klein. So wurde die Abstimmung auf 8. Februar wieder verschoben. In Soglio erklärte die Gemeinde dann feierlich, sie könne die neue Verfassung nicht annehmen und wolle von selbstgewählten Behörden des Tales regiert werden; sie sei eine freie Gemeinde des Landes, von keiner Macht in der Freiheit vermindert. Wenn sie der neuen Verfassung folgten, würde das Grundgesetz verletzt werden. Im Vertrag von Parsdorf sei die alte Verfassung gesichert und in Hohenlinden Artikel 3 des alten Vertrages wieder bekräftigt, wie auch Frankreich im Frieden von Luneville vom rechten Ufer des Rheins zurückweiche, von diesem Gebiet sich «desinteressiere», zu dem das Bergell doch sicher ge-

höre. (Planta an die Regierung; Samaden, d. 14. Febr. 1801. Prot. d. 15. Febr. 1801. Vassali, Tagebuch aus Bergell.)

Auf das an Tabago gerichtete Schreiben antwortete Planta, indem er auf Lecourbe's Erlaß sich stützte. Dazu lud er «Battista Salis, Cristiano di Ercoli Salis» und Giovanni Sparagnapani, als geistige Führer der Bewegung, vor. Von diesen stellte sich Sparagnapani in Samaden allein und konnte sich rechtfertigen, indem er bewies, daß er am Beschluß vom 8. Februar gar nicht teilhatte. Battista von Salis setzte die Wahlen indessen fort, ohne daß er von Planta Notiz nahm.

In Sopra Porta fand die von Tabago erlassene Liste aber nicht Anklang. So mußte über die Wahl der Verfassung gestimmt und die Munizipalität der Gemeinde gewählt werden. Es geschah am 8. Februar zu gleicher Zeit, da Sotto Porta für die alte Verfassung der Gemeinde sich aussprach. (G. Giovanoli, Die Fremdeninvasion, S. 190.) Die Versammlung verlief dann äußerst stürmisch, indem sich einige für die alte Verfassung des Tales einsetzten und Sotto Portas Spuren folgten. Da das Engadin die neue Verfassung aber auch hatte und man von Chur Maßnahmen befürchtete, wenn man dem Ruf von dort nicht folge, wandte die Mehrheit der neuen Verfassung schließlich sich zu, das heißt der Bestellung von Munizipalitäten. Nur verlangte man freie Wahl derselben durchs Volk, welche die Regierung auch sofort gestattete.

Man mußte die Wahl jetzt aber beschleunigen, da die Wahl des Gerichtes bevorstand, das aus den Friedensrichtern erkoren und von den Präsidenten der Gemeinden bestellt wurde. Am 16. Februar sollte die Wahl des Gerichtes erfolgen. So war am 14. für Sopra Porta der letzte Termin zur Wahl der Behörden, um einen Vertreter nach Samaden zu schicken, wo die Wahl des Gerichtes erfolgte. Die Wahl in der Gemeinde verlief so stürmisch, wie die Versammlung am 8. vorher. Durch Hinweis auf die Folgen, wenn man Churs Befehlen nicht folge, ließen sich viele aber beruhigen und so kamen die Wahlen in Gang. Indem aber Gegner durch ständige Zurufe die Wahlen erschwerten, konnten nicht alle Ämter bestellt werden, so vor allem das Amt der Friedensrichter, die Präsident Müller erst in Samaden dann selber ernannte. Aber in Sopra Porta dauerte die Krise der Wahlen weiter, indem Gewählte die Wahl nicht annahmen, worauf Tabago der Bevölkerung drohte. So trat die Gemeinde zur Wahl der Beamten am 22. Februar wieder zusammen, ohne daß die Wahl erfolgte. (Tagebuch Vassali; d. 20. und 22. Febr. 1801.) Dazu kam der wachsende Einfluß Sotto Portas, wo die Wahlen in Ruhe verliefen und das Kriminalgericht sich bildete. So ergab sich, wie ein Bergeller damals meinte,

der schämliche Zustand, daß in einem und demselben Hochgericht zwei Regierungen weiter bestanden. (Ebenda, d. 22. Febr.) Das war auf die Länge im Tale nicht haltbar.

Indessen lud die Regierung Salis von Soglio vor (B. v. Salis) und drohte mit Verhaftung, wenn er in zwei Tagen dem Rufe nicht folge. Kommandant Bansi erhielt den Auftrag, er solle Salis in Soglio verhaften, wenn der Haftbefehl erfolge. (Der Praefecturrat an Tabago; Prot. d. 4. März 1801.) Doch Bansi fehlten damals Truppen und, als er solche von Chur verlangte, erklärte die Regierung, daß nur noch wenige helvetische Truppen im Norden jetzt lägen, die die verschneiten Pässe nicht schätzten. Zudem wolle man Gemeinden der Gegend nicht weiter belasten, wozu ja ein Durchmarsch immer doch führe. (Der Praefecturrat an Oberst Andermatt; Prot. d. 26. Juni 1801.)

So war die Drohung ein Schlag ins Wasser, und die Regierung machte sich geradezu lächerlich. Salis schritt jetzt gar zum Angriff und erklärte in feierlichem Schreiben: «Dem Praefecturrat Gehorsam zu leisten, wäre ein offener Meineid.» Die Äußerung erfolgte nach einer Beschreibung der rechtlichen Lage, die Bünden die alte Verfassung erhalte und war gerichtet an General Debons. (AHR VIII 12.)

Die Schwäche der Regierung hatte zur Folge, daß Sopra Porta vom neuen Kurs sich weiter entfernte, indem Munizipalitäten sich nicht bildeten und man Befehle Churs mißachtete. Chur behandelte beide Teile des Tales gleich, indem es an beide die Mahnung richtete, Munizipalitäten sofort zu wählen und die Listen der Behörden zu schicken, sonst werde man Maßnahmen ergreifen. Die Folge war, daß in Sopra Porta Stimmen ertönten, die die alte Verfassung der Gemeinde verlangten. (22. März; Wassali.)

Bei so sich mehrenden Stimmen machten Erlasse der Regierung nicht Eindruck, als sie schärfer jetzt endlich eingriff und Ober- und Unterporta erklärte, daß alles Gut außerhalb des Tales Bergell genommen und «sequestriert» werde, wenn in 12 Tagen nicht alle Befehle der Regierung erfüllt seien. Dabei gab sie Tabago den Auftrag, er solle die Wirkung des Erlasses verfolgen. Sie war der erwarteten gerade entgegen, indem Sopra Porta sich von der neuen Regierung jetzt abwandte und Sotto Portas Beispiel folgte. Freunde des Neuen in Vicosoprano, die bestimmt erwarteten, die Regierung werde mit Truppen jetzt einschreiten, wollten sich bereits vor möglicher Belastung mit Truppen sichern. Ähnlich äußerten sich Castasegner, die die Schwäche der Regierung bedauerten, aus Angst vor Soglio sich aber nicht äußerten. (Prot. d. 13. Mai 1801.) Doch die Erwartung trog auch jetzt, da keine Truppen von Chur erschienen und Drohungen Churs so wieder verpufften.

Was Chur noch weiter in Sachen verfügte, war Plagerei, die die Lage im Lande nicht änderte, aber die Stimmung im Volke vergiftete. So, als die Regierung den Handel mit Vieh den Bergellern versagte.

Die Regierung verlangte wegen der Seuche für alles Vieh, das Märkte und Alpen des Landes besuchte, künftig Scheine, die die Gesundheit der Tiere bezeugten. Die Ausstellung besorgten Municipalitäten. Da solche im Bergell aber fehlten, schloß man dieses vom Verkehr nun aus. (Der Praefecturrat an den Distriktspräfekt Melchior. Prot. d. 20. Mai 1800.)

Der Beschluß berührte die Bergeller empfindlich. In Bivio, das Bürger Bergells zur Hälfte bewohnten, traten diese von Ämtern zurück, wodurch die Ordnung im Dorfe sich löste. Präfekt Melchior in Albula fürchtet, die Auflösung greife im Tal noch um sich und werde noch andere Gemeinden befallen. (Prot. d. 3. Juni 1801; Robbi, Aufzeichnungen.)

Indessen löste B. v. Salis die Verbindung mit Chur in der Folge noch ganz. Er hatte dem Zöllner Gianotti in Castasegna am 2. April bereits geschrieben daß die Regierung wieder Recht und Gesetz noch amte. Wie er trotzdem später erfuhr, daß die Zöllner mit Chur verkehrten, schickte er den Weibel, der den Erlaß vom 24. Juli 1800 abriß und den Landammann als höchste Behörde des Tales hinstellte. Die Zöllner beschwerten sich zwar in Chur, daß Salis ohne die Gemeinden handle. Das war für Chur aber gänzlich belanglos, dem die Macht zum Handeln fehlte. (Planta an den Praefecturrat; Prot. d. 27. Jan. 1801; Die Zöllner Gianotti und Spagnapani an den Praefecturrat, 19. Mai 1801. Prot. d. 21. Mai 1801.)

Was die Regierung aber noch konnte, war, daß sie Salis bei Minister Ptiet in Mailand verklagte, das Bergell «als einen Haufen sich selbst überlassener und zu keinem Staat gehöriger Menschen» bezeichnete, Salis selber als einen «Aufrührer» dann erklärte und «in größtem Geheim» vom Minister verlangte, er möge Salis bei der Überschreitung der Grenze verhaften. (Der Praefecturrat an Oberst Andermatt; Prot. d. 26. Juni 1801.)

So war der Versuch, Bergell zu ordnen, Planta mißglückt. Es blieb ein Staat fortan für sich, bis der Kurs in Chur sich änderte und alte Rechte des Volkes schonte. Die alten Verhältnisse im Tal zu schaffen, gelang aber nicht. Sonst hatten die beiden Teile das Gericht gemeinsam immer bestellt. Wie Sopra Porta das erstrebte, wies Sotto Porta es aber zurück, da es ein eigenes Gericht gewählt hatte und auf die Wahl sich jetzt versteifte. Sopra Porta blieb ohne Gericht und ohne Gesetz, bis Oberst Andermatt ihm wieder zu Recht und Gesetz verhalf und Anarchie in der Gemeinde beseitigte. (Wassali, Tagebuch 10. Juli.)

Das Verhalten Bergells berührte das Engadin in der Folge dann auch, da es nur unwillig dem neuen Kurs der Regierung folgte und die alte Verfassung wieder erstrebte. Darin bestärkten es auch die Flüchtlinge, die etwa erschienen und es gegen die Regierung im Lande aufhetzten. So erklärte Oberstleutnant von Salis, man werde im Bergell «in deutscher Druckschrift» bald beweisen, daß Bünden sich nicht mit der Schweiz vereine. Solche Äußerung hatte zur Folge, daß die Freude am Alten erwachte, ja Guarda und Steinsberg die Munizipalitäten wieder bekämpften und «Dorfmeister» wünschten. Vertreter beider erschienen bei Planta (P. v. Planta) im Schloß Zernez, der eben zurückkam und ihnen erklärte, «es komme auf freien Willen an, zu tun, was sie wollten». Als auch Juvalta und Heinrich Brun von Zuoz erschienen und mit Planta die Lage besprachen, glaubte Bansi an eine Erhebung und verlangte von Chur militärische Hilfe. Er verlangte 12 bis 18 Soldaten mit einem «Serganten» und einem Korporal. Das erfordere der Schutz des Heeres, das unten im Süden in der Ferne noch kämpfte. Die Schweizer waren aber nicht abkömmlich, da man dringend ihrer bedurfte. Der «Aufstand im Oberland» brachte die Geister gerade in Wallung.

Die Befürchtungen Bansis erfüllten sich nicht, indem Saluz die Wahl des Gerichtes im Tal verkündete und bezeugte, daß das Neue sich weiter entwickle und trotz der Gegner im Volk sich durchsetze. (Bansi, der militärische Kommandant an den Praefecturrat; le 20 Ventose an 9. Prot. d. 20. März 1801.)

Zur Gewinnung des Volkes verlangte Saluz, man solle Erlasse künftig romanisch im Tale veröffentlichen, was die Regierung auf's Höchste begrüßte, das Volk entsprechend aber nicht schätzte.

Kaum war Saluz im Amt, klagte auch er schon wegen Bezahlung und verlangte Entschädigung für im Amt gemachte Vorschüsse, die Chur nicht zahlte. Es zeigte sich wieder die gedrückte Lage der Kasse des Landes. Im übrigen wurde Saluz der Führer der dem Neuen ergebenen Bürger, deren Zahl freilich noch klein war; denn Planta hatte die Gegend verlassen und leitete wieder die Geschäfte in Chur. (Präfekt Saluz an den Praefecturrat; Fetan, d. 6. März 1801. Prot. d. 1. April.)

Die Befreiung der Deportierten

In Chur hatte man Planta erwartet, da wichtige Geschäfte gerade jetzt vorlagen. Da ein Friedensvertrag bevorstand, wollte Chur die Befreiung der Geiseln endlich erwirken. Die Regierung wandte sich wieder an Moreau, da sie befürchtete, Aristokraten könnten die Befreiung wieder verhindern. Durch Vergeltung wollte

Chur sie aber erzwingen, indem es Flüchtige nach St. Gallen zurückbrachte und alle zusammen ins Innere Frankreichs wieder entführte.

Aber die Franzosen erlaubten es nicht. Ja, sie erleichterten den «Deportierten» in St. Gallen die Lage, was die Regierung in Chur empörte, da Entflohene in Zizers wühlten und gegen die neue Regierung sich auflehnten. So unterbreitete Chur die Liste der Flüchtigen Morlot, daß er die Leute gleich verhafte und nach St. Gallen wieder verbringe. Wie Morlot aber im Begriff war, solchem Befehl der Regierung zu folgen, trat ihm diese wieder dazwischen und gab den Leuten noch einmal Zeit, ohne Zwang dem Befehl zu folgen.

Die Regierung schob die Sache auf Morlot, obschon sie selber die treibende Kraft war. (Prot. d. 7. Jan. und 1. Febr. 1801.) Indessen verließ General Morlot Chur und überließ die Sache der Regierung in Bünden.

Viehseuche

Daneben erfüllte eine Seuche des Viehs die Regierung mit Sorgen. Die Seuche war an der Grenze verschleppt worden, als schweizerisches Vieh zur Verpflegung der Truppen nach Bünden geführt wurde. Bei den Werten, die auf dem Spiel standen, schritt die Regierung jetzt selber ein. Sie ließ die Ställe jeweilen besichtigen und krankes Vieh auch sofort keulen. Dazu plante sie eine Versicherung und stellte den Arzt (Tierarzt Eggenberger).

Den Befehl übertrug man später aufs Land, wo Kommissäre der Regierung walteten und Befehle derselben erzwarngen. Fuhren mit Rindern wurden verboten, wodurch man der Pferde viel stärker bedurfte. Ansteckung an der Grenze wurde vermieden, indem man Scheine zum Beweis der Gesundheit der Tiere verlangte. Die Aufsicht übten zugleich die Zöllner mit einigen Wächtern. Das gleiche geschah auf Seiten von Linth. (Prot. d. 22. Jan. 1801.)

Wegen Beschränkung der Fuhr von außen fiel die Verpflegung ganz auf Bünden. Marti in Malans erhielt den Auftrag, für Verpflegung der Truppen zu sorgen. Er trat in Beziehung zu Kommissär Blunschli, mit dem er zusammen die Bezahlung verabredete. (Prot. d. 9. und 11. Jan. 1801.)

Da brach die Seuche auch in Malans aus und brachte den Vertrag der beiden ins Wanken, indem die Gemeinden jeden Verkehr mit Malans vermieden. General Debons wollte die Regierung in Chur veranlassen, sie solle selber die Verpflegung aufnehmen. Das gleiche empfahl der Regierung Blunschli. Diese wollte sich aber nicht einlassen und schickte den Schreiber Otto, auf daß er mit

Marti die Lage bespreche. Kaum erschien aber Otto in Malans, als Blunschli den Vertrag mit Marti jetzt kündigte. So blieb der Regierung nichts anderes übrig, als die Verpflegung vorläufig zu sichern, indem sie Otto sofort befahl, er solle Malans und Maienfeld anrufen und für vier Tage Verpflegung verlangen; nachher werde die Regierung entscheiden. Sie selber weigerte sich vorerst weiter, da Metzgereien im Lande ja fehlten und zur Errichtung solcher das Geld. Schließlich mußte sie aber doch einlenken und mit den Gemeinden in die Verpflegung sich teilen. Debons kam durch Wechsel der Kantonamente den Gemeinden entgegen. (Prot. d. 28. Jan. 1801.)

Abrechnung mit den Gläubigern

Während Beschwerden so wieder erwachsen, drückten alte die Regierung weiter, da Pellizari sie ständig drängte. Die Regierung zahlte ihm 40 Louis d'or, wodurch die Kasse des Landes erschöpft war. Deshalb hatte die Regierung Bedenken, als Pellizari 1600 fl. wieder verlangte, deren er für Gläubiger in Zuoz bedurfte (Planta an den Praefecturrat; 24. Jan. 1801. Prot. d. 27. Jan. 1801); denn Pellizari hatte von Plantas Erfolg im Süden gehört, als er die Zölle im Süden besichtigte. Da Pellizari von protestierten Wechseln aber nur redete und vom Ruin, der ihm jetzt drohe, lenkte die Regierung schließlich ein und überließ das Geld durch Planta den Gläubigern Pellizaris in Zuoz, wobei Planta freilich meinte, Pellizari dürfe sich künftig gedulden, da nach der Bezahlung von 40 Louis d'or und der zuletzt erlegten Summe die eigenen Zahlungen Pellizaris gedeckt seien und nur der «Profit» noch weiter erstrebt werde. (Planta an den Praefecturrat; Samaden, d. 31. Jan. 1801. Prot. d. 4. Febr. 1801.) Trotzdem war die Regierung bestrebt, Pellizari zu helfen und scheute vor Gewalt dabei nicht zurück, als sie in England vorhandenes Geld des Staates verlangte. Das zwingt uns, weiter auszuholen über die Lage der Finanzen.

Wie «Alt fry Rätien» eine Kasse des Landes gründete und Geld des Staates der Bank in England anvertraute, wurde Maßner zu dessen Verwalter und wurde «Zollpächter und staatlicher Bankier» in einer Person. (Dr. Willi Dolf, Die oekonomisch-patriotische Gesellschaft in Bünden, S. 27.) Die Stellung brachte es natürlich mit sich, daß Maßner dem Staat jetzt Geld auch vorschob und eine Schuld des Staates erwuchs. So war es begreiflich, daß, als der Kriegsrat mit größeren Forderungen an Maßner herantrat, dieser sich sicherte.

A. v. Salis, der Vertreter Maßners, sollte dem Kriegsrat 2000 fl. bis zur Höhe von 38 700 fl. wöchentlich stellen. Dadurch schwand der Kredit des Staates allmählich so, daß Salis äußere

Bürgen verlangte. Als solche hafteten der Bischof von Chur, die dortige Gemeinde und einige Private. Wenn nach vier Jahren obige Schuld noch nicht getilgt war, konnte Maßner die Bürgen behaften. Aber die Sicherung ging für Maßner noch weiter. Die Regierung überließ ihm mit Zustimmung der Gemeinden das Geld in England, das Maßner verwaltete, noch als Pfand, ohne daß es Maßner verlangte. (Prot. der provisorischen Regierung, 15. März 1799; Staatsarchiv. Prot. d. 28. Juli 1800.)

So war das Verhältnis Maßners zum Staat, als der Praefecturat infolge Mangels an öffentlichen Einnahmen auf das Kapital in England griff, was zu zähen Kämpfen mit Maßner und zur Regulierung der öffentlichen Schuld des Staates führte.

Im Gedanken an das eigene schwankende Recht wollte die Regierung aber noch einmal, wenn immer möglich, friedlich verhandeln und Pellizari beschwichtigen, wodurch sie den Kampf mit Maßner hinausschob. Doch Pellizari wollte darauf nicht eingehen, da eigene Gläubiger ihn jetzt drängten. So erhob er die bestimmte Forderung auf Bezahlung von 300 Louis d'or, worauf die Regierung an Maßner herantrat.

Durch Beschluß vom 7. Januar sprach sie die «Annaten» gegen Überlassung von 7500 fl. Maßner zu, wieviel der Wert der Papiere jetzt ausmachte. Davon sollte Maßner behalten, wieviel er selber vom Staate zugut hatte. Doch durfte er nur bis 7. Februar 1799 gemachte Lieferungen dem Staate berechnen, da Private die späteren Lieferungen Maßners deckten. Man spielte an auf die vom Bischof und der Gemeinde Chur geleistete Bürgschaft. Dazu sollte der Beschluß zurückwirken bis 17. November vergangenen Jahres, wo man die Forderung an Maßner gestellt hatte. Endlich sollten die 300 Louis d'or gleich bezahlt werden, um Pellizaris dringendste Schulden so zu decken.

Der Beschluß erregte bei Maßner Bestürzung und ließ Damur, den Vertreter Salis', der deportiert in St. Gallen weilte, in scharfen Worten darüber sich äußern, indem er die Verwaltung der Regierung angriff und Aufwandes dieselbe bezichtigte, der durch Prelerei etc. vermehrt sei. Später wollte Damur sich ausreden, indem er behauptete, er habe die Schreiber allein bezichtigt. Das erschien der Regierung als Ausflucht. Sie ließ Damur denn auch verhaften und heiteren Tages polizeilich vorführen. Er erhielt einen scharfen Verweis, wurde aber gegen Bürgschaft von 300 fl. dann wieder entlassen. (Prot. d. 9. Jan. 1801.)

Salis selber schrieb wohl ruhiger, aber in der Sache nicht weniger bestimmt. Eine Übernahme der Noten verwarf er. Höchstens wollte er diese jetzt ablösen und vom Ertrag soviel behalten, als er selber vom Staate zugut hatte. Das verschluckte aber fast alles

beim geltenden Kurs, nach dem Salis 44 800 fl. der Regierung berechnete, 37 600 fl. als eigenes Guthaben aber erklärte. Private Bürgschaften anerkannte er nicht, da der letzte so große Vorschuß einer Regierung des Landes diene. (Dem Kriegsrat; Prot. d. 22. Jan. 1801.)

Indessen brachte Damur die Abrechnung, aber ohne die nötigen Belege, die zu beschaffen aber nicht leicht war, da A. v. Salis, der Führer der Handlung, ja verschleppt war. Ebenso fehlten die 300 Louis d'or, die die Regierung besonders verlangte. Sie setzte Salis einen Termin, den Salis aber mißachtete, worauf die Regierung endlich handelte. Sekretär Joos mit einem Piket von vier Soldaten erschien bei Maßner, versiegelte die Zimmer und nahm Buch und Kasse mit sich. (Prot. d. 23. Jan. 1801.)

Wie Maßner mit der Regierung so verrechnete, erhob Bavier, der Leiter der Handlung, die Forderungen auch. Bavier war der Rivale Maßners, indem sie beide um die Pacht der Zölle sich ständig stritten, welchen Kampf die politische Stellung immer verschärfte, indem Bavier der neueren Richtung im Lande folgte. Wie Maßner hatte Bavier auch Guthaben infolge großer gemachter Vorschüsse, die 1799, zur Zeit der provisorischen Regierung, 31 067 fl. bereits betrogen, zu denen 6000 fl. später hinzukamen, so daß zur Bezahlung der beiden Gläubiger die «Annaten» gar nicht reichten. (Bavier an den Praefecturrat; Chur, d. 3. Jan. 1801. Prot. d. 30. Jan. 1801.)

Indessen machte Salis die Regierung in Chur verantwortlich und hielt am Geld von England fest (die Annaten) als ihm vom Kriegsrat überlassene Sicherung. (Prot. d. 4. Febr. 1801.) So stand denn Forderung gegen Forderung, bis ein Freund von Salis verlangte, man möchte Salis noch einmal erlauben, den ihm passenden Plan zu äußern. Dieser wollte sich aber nicht einlassen, solange die Handlung in Chur gesperrt war. Bei Salis kam die große Erregung in mangelnder Form des Schreibens zum Ausdruck, was der Praefecturrat als Mangel an Ehrfurcht bei Salis deutete. Caderas, der den Vorsitz der Regierung hatte, hielt bei den Kollegen des Rates Umfrage, die alle das Verhalten Salis' auf's schärfste verurteilten. Im übrigen waren die Meinungen geteilt. Während Caprez gerichtliche Behandlung der Sache verlangte, wollte Bavier Salis erlauben, sich in besserer Form zu äußern und erst bei weiteren schweren Verstößen die Kasse noch sperren. Schließlich äußerte sich dann auch Sprecher, der auf Zahlung der 300 Louis d'or scharf beharrte, im übrigen Salis aber verschonte. So wollte er wegen der Berechnung mit Salis verhandeln. Auch die zuletzt gemachten Vorschüsse nach Februar 1799 sollte Salis wie andere vermerken, aber nicht als «hypothezierte». Als sich Caderas Sprecher

anschloß, setzte dieser im Rat sich durch und ermöglichte Verhandlungen. Man bedeutete aber Salis ernsthaft, daß die Geduld der Regierung erschöpft sei. Trotzdem hatte Salis noch Ausflüchte, indem er auf den Wert der Noten drückte, der ständig sinke und Verhandlungen gänzlich erübrige. Indessen ging die Frist wegen des Umzuges aus St. Gallen verlängert, worauf Salis die 300 Louis d'or endlich zahlte. Damit wurde der Weg für Verhandlungen mit Salis geöffnet. Für solche machte Bavier den Vorschlag, man solle die in der Herrschaft liegenden Güter als weiteres Pfand den Gläubigern lassen. Die Regierung nahm den Gedanken auf. Ein Ausschuß wurde bestellt, der den Vorschlag Baviens behandelte. Die Besprechung wuchs sich zu einem Plan aus, der die Gläubiger des Staates gleichstellte und ihre Stellung zum Staate bestimmte.

Der Ausschuß empfahl, man möge die Noten der englischen Bank jetzt hinterlegen gegen Erhalt von 30 000 oder mehrerer Gulden, wie hoch man damals die Noten schätzte. Das Geld sollte den beiden Gläubigern des Landes zufallen. Zudem wies er auf die Güter der Herrschaft als weiteres Pfand hin. Dabei sollte die Regierung trachten, die beiden Pfänder wieder zu lösen. Bis der Vorschlag aber Vertrag werde, dürfe Salis die Noten behalten, müsse eine Abschrift aber bereitstellen im Falle, daß Geber von Geld sich zeigten. Um auch Bavier derweilen zu sichern, überließ man diesem die Güter der Herrschaft, bis auch diese zu gleichen Teilen den beiden Gläubigern des Staates zufielen. (Prot. d. 6. März 1801.) Beide Gläubiger erhielten die Abschrift mit dem Auftrag, sich bis zum 13. März zu äußern.

Bavier stimmte dem Vorschlag zu. Nur die «Unflüssigkeit» des Pfandes behagte ihm nicht, oder dann müsse sich Salis verpflichten, das eigene Pfand nicht mehr zu veräußern, ohne daß er Bavier berichte. Die Sicherung hielt Bavier für nötig, wenn ein Wechsel der Regierung eintrete.

Salis verharrete derweilen in Schweigen, was Bavier als schlechten Willen Salis' auslegte. Die Regierung verlängerte die Frist noch einmal bis zum 25. März. Nachher drohte sie mit Gericht, gab aber noch einmal zwei Tage Zeit, da die Krankheit des eigenen Sohnes Salis verhinderte. Trotzdem äußerte sich Salis nicht, worauf die Regierung endlich handelte und ein Gericht für Salis stellte. Jetzt bequemte sich dieser zur Antwort, nach der er obigem Plan auch zustimmte. Nur wünschte er Teil an der Herrschaft, auf welche Forderung er später verzichtete. Das zeigt das «Einverständnis» vom 4. April, das den Grund zu einem Vertrag mit den Gläubigern legte und deren Verhältnis zum Staate regelte. Die Bestimmungen waren:

Alle Vorschüsse werden berechnet. Um die Gläubiger bar zu zahlen, nimmt der Staat auf die Noten Geld auf in der Höhe von

36 000 fl., von denen ein Sechstel dem Staat zufällt und fünf Sechstel den beiden Gläubigern. Unter 30 000 dürfen die Händler aber nicht gehen. Der Geber erhält jeweilen die Zinsen. Die Noten bleiben Besitz des Staates und dienen der Bank so nur als Pfand. So das Anleihen sich aber zerschlägt, bleiben die Noten Pfand der Gläubiger. Weiter dienen als Pfand den Gläubigern die Güter der Herrschaft; deren Ertrag gehört den Gläubigern. Ein jährlich bestellter «Agent» übernimmt den Wein und weitere Einnahmen. Wenn der Ertrag die Höhe der Zinsen, die die Gläubiger vom Staat zuguthaben, nicht erreicht, dürfen diese vom Zoll behalten, wieviel der Ausfall in der «Herrschaft» ausmacht. Wenn umgekehrt die Erträge der «Herrschaft» über vom Staat geschuldete Zinse jeweilen hinausgehen, wird die Schuld des Staates vermindert. Wegen der Abzahlung heißt es wörtlich: «Sollten die jeweiligen Landesverwaltungen nicht andere Mittel finden, den zwei Gläubigern immer einem jeden zu gleichen Teilen, bis auf die Konkurrenz von 5000 Gulden jährlich am Kapital abzahlen, so sollen zu dieser Absicht vorzüglich und ausschließlich alle an den Veräußerungen jener Güter sowie die aus der Realisierung der englischen Billets eingehenden Summen dienen. Zweitens soll ihnen schon dormalen Namens des Landes zugesichert sein, daß ihnen alljährlich von dem Datum an zu rechnen, wo der provisorische Zustand aufhören wird, ein Abtrag geschehen solle, dessen Belauf sich aus demjenigen bestimmen wird, was über die Ausgabe der Landesadministration an den Einkünften überschießen möchte.» Ist die Hälfte der Schuld getilgt, so wird das Pfand entsprechend kleiner. Dieses dürfen die Gläubiger nicht antasten oder im Wert auch nur vermindern. (Prot. d. 12. April 1801.)

Gegen den Entwurf erfolgten Einwände, die aber Wichtiges nicht berührten. So wollten die Gläubiger, die Geldes bedurften, das Anleihen betreiben, wenn auch weniger an Geld herauskam. Im ganzen blieb der Vertrag in Kraft. Damit war ein Werk vollbracht, das politische Gegner im Lande vereinte.

In Ausführung obigen Vertrags berechnete Sprecher die Güter der Herrschaft. Der Wert betrug 60 000 fl. und beschlug Effekten in der Gegend von Maienfeld, Jenins und Malans. (Prot. d. 22. April 1801.) Wegen des Anleihens erhielten Bavier und Wredow den Auftrag, sie sollten solches energisch betreiben. Sie begaben sich erst nach Frankfurt, wo sie verschiedene Banken besuchten, ohne daß sie freilich Erfolg hatten. Nicht besser erging es ihnen in Nürnberg, wo Bankier Kramer sich erst erwärmte, sich aber schließlich wieder zurückzog. Der Geldmarkt war von Fürsten und Städten stark überlaufen. Dann sperrte England Bezahlungen ganz, was den Wert der Noten verminderte.

So blieben die Noten Pfand der Gläubiger, die auf Ablösung aber doch drängten. Die Regierung wollte sich aber nicht einlassen, solange der Kurs der Noten gering war. (Prot. d. 28. April, 9. und 20. Mai und 19. Sept. 1801.)

Zollwesen

Als die Regierung durch obigen Vertrag Einnahmen des Staates den Gläubigern ließ, wurde die Lage der Finanzen schlimmer. Der Zwiespalt zwischen Verfassung und Mitteln des Staates rächte sich weiter. Um so mehr betonte die Regierung die indirekten, bleibenden Steuern. So verlangte Planta und Piccoli Grenzzölle und verboten «zu creditieren». Die Zöllner beachteten den Befehl aber nicht, indem die Säumer dagegen sich sträubten und bare Bezahlung der Zölle verweigerten.

Unter dem Druck von solchen Verhältnissen verlangten die Zöllner, man solle zum alten Brauch zurückkehren und wieder nur einmal im Jahre verrechnen. Darauf drang vor allem Vinzenz, der Zöllner in Medels. Mengelt in Splügen äußerte sich gar nicht und enthielt sich auch der Zahlung. Auf solche Begehren konnte die Regierung aber nicht eingehen und befahl noch dringender, man solle das Geld an der Grenze bereit halten (Prot. d. 3. Jan., 14. Jan., 11. März und 18. März 1801) und auf jeden Ruf der Regierung schicken. – Auf das Begehren der Zöllner, nur einmal im Jahr zu verrechnen, konnte die vorige Regierung eingehen; denn sie hatte ja englisches Geld, mit dem sie je und je sich aushalf, wenn größere Forderungen an sie gelangten, obschon das Geld für einen «Landsturm» im Lande bestimmt war. Die neue Regierung war in der Klemme, als ein englischer Bote später erschien und nach Verbrauch des Geldes fragte. –

Auch der Brandiszoll versagte und warf nicht ab, was man erwartete. Die Regierung behaftete dafür den Steigwirt, der den Einzug des Zolles besorgte. Sie verlegte den Zoll nach Maienfeld, wo Inspektor Enderlin Josua Niggli aus Grüschi bestellte. Den Zoll erhob man jetzt beim «Herrenring» am Schloß Gugelberg.

Dazu behob man auch den Unfug, daß viele als Durchgang immer erklärten, was ins Innere des Landes bestimmt war, um dem Grenzzoll so zu entrinnen. Ein Abkommen mit den Geschäften machte dem Treiben der Leute ein Ende.

Endlich stopfte man noch ein Loch, das der Gürtel am Zoll noch aufwies, indem Branntwein ohne Bezahlung des Zolles durchging, da man den «Anschluß» immer erwartete. Als dieser sich aber verzögerte, erfaßte die Regierung auch den «Schnaps» und verlangte Zoll. Den Einzug besorgte Bürger Danuser, der als Zöll-

ner bereits dort waltete. (Er erhob den Viehzoll; Prot. d. 1. Jan., 6. Febr. und 8. April.) Er erwies sich später als unfähig und mußte durch Jörg in Ems ersetzt werden (alt Landammann).

Da der Grenzzoll das Meiste noch abwarf, viele den Zoll aber heftig bekämpften und als nicht rechtlich im Lande erklärten, machte die Regierung ihn wieder bekannt (durch einen Erlaß vom 7. Februar 1801. Prot.), wobei sie das Recht zur Erhebung betonte.

Solche Maßnahmen waren Tropfen auf heißen Stein, die direkte Steuern nie ersetzten. Solcher hätte man aber bedurft, da schweizerische Truppen im Lande noch lagen, die nicht zahlten oder unter dem Preis.

Die Verpflegung der Truppen

Kommissär Blunschli verließ Graubünden mit einer Schuld von 1000 fl. Der Nachfolger Hirzel ließ der Regierung in Chur die Wahl, einen Unternehmer wieder zu stellen oder Gemeinden die Sache zu lassen. Die Regierung entschied sich erst für letzteres, da man die Seuche weniger verschleppe. Später gab sie einem Kommissär dann aber den Vorzug, da die Seuche sich weiter verbreitete und das Gebiet zur Verpflegung schmälerte. Bald kündigte Chur das Heu und nicht viel später gar das Fleisch, da das Vieh das Tal verlasse und auf die Maiensäße hinaufsteige.

Das nahm die Truppe jetzt einfach hin, da sie selber in ihrer Mehrheit Bünden verließ. Vier Kompagnien verließen am 12. und 13. Mai die Gegend Bündens und gingen nach Sentis, wo man ihrer gerade bedurfte. Eine Kompagnie blieb noch im Land, für welche Chur die Fuhr noch leistete. Aber auch dieser wollte die Regierung sich nunmehr entziehen, obschon die Truppe die Fuhr bis Chur bereits besorgte trotz des mit Zimmerli gemachten Vertrages. Danach war Sargans die Grenze.

Minister Lanther wollte der Forderung Churs entsprechen, als ein Kommissär in Bern ihn umstimmte und Bern dann Hirzel die Sache überließ. (Prot. d. 11., 12. und 15. Mai und 9. Juni 1801.) Sonst zahlte Hirzel der Regierung pünktlich, während Blunschli die alte Schuld an Bünden beließ, was weitere Verhandlungen Churs erforderte.

Als die Seuche in Chur erlosch, wurde das Fuhrwesen neu geordnet, indem man als Regel nun bestimmte, was in der Praxis schon sich ausbildete, daß Leute Churs die Fuhr besorgten und andere Gemeinden Bezahlung leisteten. Die Zahlung besorgten die von der Besetzung befreiten Gebiete, wie Rheinquellen, Misox und Glenner, dann Langwies, das äußere Schanfigg, der bischöfliche Hof und auch St. Luzi, denen man sofort die Neuerung meldete. Den

Fuhrleuten war die Zahlung gesichert, wegen des Fleisches, das die Schweiz zuhanden der Gemeinden der Regierung zahlte. Indem sie vom Geld jeweilen behielt, was obige Gegenden an Fuhr versäumten, konnte die Regierung die Leute Churs für Führen entschädigen. Die Sache versagte nur für Misox, das überhaupt an Chur nichts leistete und einen Anspruch auf Bezahlung nicht hatte. Die Neuerung brachte dem Tale Verschuldung, für die man später die Rechnung stellte. (Prot. d. 26. Febr. 1801.)

Der Raufhandel in Churwalden

Zwischen der Truppe und der Bevölkerung war das Verhältnis im ganzen gut, bis ein Handel es plötzlich trübte. Als Soldaten alte Quartiere in Churwalden besuchten und dem Tanz im Dorfe fröhnten, führte dieser zur Rauferei, wobei ein Wachtmeister und ein Soldat im Blute zurückblieben. Debons glaubte an eine Verschwörung und belegte das Dorf mit Truppen. Eine Untersuchung Sekretär Ottos aber ergab, daß nur wenige Bürger mitmachten und der Handel im Rausch erfolgte. Debons hielt an seinem Urteil aber doch fest, da die Schuldigen leicht entkamen und sich niemand ihrer erinnerte. Debons verlangte ein Gericht der Truppe, wogegen die Regierung sich aber dann wehrte und ein bürgerliches, außerordentliches Gericht erreichte.

Indessen hatte Sekretär Otto zwei Personen im Dorf verhaftet, die man am Ort der Tat erblickt hatte und ließ die beiden nach Chur verbringen. Das Verhör ergab dann wenig Belastendes, worauf man beide jetzt wieder befreite. Es zeigt die Stimmung von Volk und Truppe, daß der Wachtmeister es sich erbat, die Verhafteten zu holen. Man wollte die Siegesfeier so krönen, die man damals im Heere beging.

Ob das Gericht dann wirklich tagte, verraten die Akten des Handels nicht. Der «Aufstand» im Oberland kam dazwischen und verdrängte den Fall Churwalden ganz. (Prot. d. 16., 18., 20., 26. Febr. und 3. März 1801.)

Der «Aufstand im Oberland»

Anfangs März erging die Kunde, das Oberland werde sich nächstens erheben und Protestanten und Patrioten verjagen. Es hieß, daß Leute nachts im Walde sich trafen, wo sie Morgensterne schnitzten. Die Munizipalität der Gemeinde Ilanz ging obigen Gerüchten im Tale nach, wobei sich ergab, daß in Schnaus und Flond Drohungen wirklich ergingen. Weiter hörte man, wie Katholiken Protestanten «ihres Kalibers» trösteten, die Bewegung gelte der Regierung allein.

Die Erinnerung an den früheren Aufstand war bei allen im Volke lebendig, daß beim Gedanken an eine weitere Erhebung ein förmliches Gruseln Leute befiel, die Haus und Hof in der Gegend verließen. Caderas, Glied der Regierung, der in Ladir gerade jetzt weilte, sah die Rettung allein in Truppen, worauf die Regierung entsprechend handelte. Sie verbot den «Kreuzgang» im Dorfe Somvix, zu dem der Pfarrer des Dorfes aufrief. Hemmi war der Regierung verdächtig; denn er war Peter Anton Riedi ja nahe verwandt und am Aufstand vor Zeiten beteiligt. Dann benachrichtigte die Regierung Debons, um sich des Heeres so zu versichern. (Prot. d. 16. und 18. März 1801.)

Auch Bern traf jetzt Maßnahmen, nach Berichten Statthalter Heers. So beließ man Truppen in Bünden und stellte Truppen im Tessin auf, um den Aufstand von oben und unten im Tale zu ersticken. Als am Abend des 13. Mai sich die Kunde im Lande verbreitete, der Aufstand sei bereits im Gang, kam die Regierung nachts um 10 Uhr mit Debons zusammen und sah sich vor. 120 Mann verlegte man sofort nach Churwalden. Entsprechende Truppen erhielten Mutten, die Gemeinde Obervaz und Tiefenkastel, weil schlimme Gerüchte sich dort verbreiteten (verantwortlich waren Hilari Parpan und Jakob Blesi), und Sekretär Otto stellte sich auf der Brücke zu Reichenau auf, wo er die laufende Post durchsuchte. (Prot. d. 14., 15., 16. und 24. März 1801.)

Doch alles war ein Schlag ins Wasser, da obiges Gerücht sich wieder verflüchtigte. Es kam von Disentis, wo ein Schmied, der einen Pflug gerade verfertigte, einem Mädchen im Dorf erklärte, er schmiede den Pflug zur Vertreibung der Truppen. Die Äußerung ging von Ort zu Ort und schwoll bei der herrschenden Erregung an.

Dazu kam noch ein von Otto erfaßter Brief, aus dem der Plan der Erhebung hervorgehe. Der Verfasser war Peter Anton Riedi und der Brief Dechand Scarpatett in Chur bestimmt. Darin fiel ein Wort «von Aufstand, auf den es ankomme», was die Regierung mit obigem Gerücht im Tale verband. Riedi erklärte die Äußerung anders, fand mit solchem aber nicht Anklang. Trotzdem war aber Riedi im Recht; denn wie Briefe der Zeit erweisen, dachte niemand jetzt an Aufstand, sondern an rein diplomatisches Vorgehen. (Korrespondenz des Grafen Johann v. Salis: 1. Auszug aus Briefen: Fr. v. Gugelberg 15. und 20. März, an Graf Joh. v. Salis; 2. Chr. Karl Wredow an Graf Joh. v. Salis. Bo.)

So machte sich die Regierung lächerlich, die sich hinter Bajonetten eben verschanzte, ohne daß ein Feind sich zeigte. Die Regierung meinte, der Plan des Aufstandes hätte bestanden, den sie im Keim dann aber erstickte. Viele machten ihr aber den Vorwurf,

sie habe das ganze Gerücht erfunden, damit die Truppen im Lande verblieben, auf die die Regierung im Lande sich stütze.

Die Truppen blieben denn auch noch länger und Riedi selber blieb in Haft, bis Distriktspräfekt Lombris die Befreiung erlangte, indem er selber als Bürge sich stellte. Die Bürgschaft betrug 6000 fl. Die Befreiung erfolgte nach sechs Wochen. Auch der Kreuzzug wurde gestattet, für den Caderas bei der Regierung sich einsetzte.

Vorsicht war aber jetzt geboten, da Glieder der alten Regierung zurückkehrten, und die Aristokraten, weil Wiens Verhalten zu Bünden sich änderte, eine Erhebung des Volkes erstrebten. So trat, was Chur befürchtete, schließlich ein, daß ein Komplott gegen die neue Regierung des Landes sich bildete.

Die Auflösung der Interinalregierung und das Programm der Aristokraten

Mit der Schlacht von Hohenlinden am 3. Dezember 1800 war das Geschick der alten Regierung des Landes besiegelt; denn nun war die Hoffnung entschwunden, mit Hilfe von Österreich sich weiter zu halten, weshalb A. v. Salis die Regierung auflöste, wogegen er früher immer sich sträubte. Er verließ für immer die bündnerische Heimat, da ihn nichts an diese noch kettete, seit er sich wegen der Geiseln entzweite. Besonders empörte ihn aber der Vorwurf, er lasse von persönlichen Interessen sich leiten, wo er doch immer das Wohl des Landes Graubünden erstrebt hätte. Über solche Verkennung aufs Höchste empört, verließ er Graubünden, «ou le déchirement des factions éloignera tout repos et tout justice et, ou la méfiance, l'égoïsme et l'envie supriment tout sentiment d'honneur sont ordinairement le mobile des actions, à moins que son sort ne soit fixé d'une manière à pouvoir être assuré, que les effets de ce caractère national ne sauraient plus être nuisibles à l'honnête homme.» Damit meinte er wohl den Anschluß Bündens an Wien. (A. v. Salis an Graf Joh. v. Salis; Niederdorf, d. 2. Dez. 1800. Brief d. A. v. Salis, Nr. 53. Bo.)

Während der Trieb, sich selber zu behaupten, ihn zur Verschleppung der Geiseln veranlaßte, stimmte er jetzt dem Austausch zu. Er tat es aber als Privatmann und behielt die Meinung der Kollegen sich vor, wenn sie, wie bisher, für ihre Güter im Lande sich sorgten, falls die Grazer nach Bünden zurückkehrten und der Praefecturrat, von weiterer Rücksicht nunmehr befreit, den Gegnern des Neuen gegenüber verfare. Wenn Salis Bünden somit verließ, bedeutete das nicht, daß er von Bünden sich gänzlich zurückzog. Nein, er wollte aus der Ferne noch wirken und, soweit er konnte, die alten Verhältnisse im Lande erstellen.

Wie Salis so sich äußerte, befand er sich bereits im Lande Tirol (in Niederdorf), wo er die Ankunft Hillers erwartete, um im Gefolge von dessen Truppen ins Innere von Österreich weiter zu fliehen. Seinen Kollegen ließ er die Wahl, mit ihm zu fliehen oder zu bleiben, bis der Weg nach Hause sich auftue. Sie entschieden sich dann für Letzteres. Bis dahin brauchten sie aber noch Geld, das zu beschaffen Salis schwer war. Es war auch vorher schon nicht leicht, das tägliche Brot Kollegen zu sichern, seit sie Chur über die Berge verließen.

Im Engadin war ein «Salarium» aus dem Geld der Zölle geflossen. Wie die Regierung Zernez verließ und die Quelle der Zölle derselben versiegte, besonders wegen der Haltung Puschlavs, griff Salis das englische Geld an, das für andere Zwecke bestimmt war. Wie er erstmals 100 Louis d'or Kollegen zahlte, hoffte er bestimmt auf baldige Rückkehr und auf Ersatz des Geldes in Bünden. Jetzt, da aber die Hoffnung entschwand und weitere Zahlungen von Salis verlangt wurden, war die Bedrängnis Salis' groß, als Oberst Ramsey, Vertreter Englands einst erschien und nach Verbrauch des Geldes fragte. (Ramsey hatte sich früher schriftlich bei Salis erkundigt; A. v. Salis an Graf Joh. v. Salis, 23. Aug. 1800. Bo.) Salis mußte dem Obersten haften, hoffte aber sicher auf Hilfe von Wien, sei es, daß es die Summe ersetzte oder Englands Strenge erweiche.

So erwachsen Salis Beschwerden aus der Sorge um seine Kollegen. Als diese wieder sich regten und weiteres Geld von Salis verlangten, verlangte Salis von ihnen dann Pfänder; denn es widerstrebte englischen Stellen, Leute zu fördern, die den Kampf mit dem Feinde verließen. Da jene Pfänder dann aber verweigerten, begnügte Salis sich mit Scheinen, die die Zahlung sicher belegten und gab noch einmal den Kollegen Geld. Gugelberg mußte die Scheine beschaffen. (Protokoll der Interinalregierung vom 7. bis 14. Jan. 1801 Gem.-Arch. – A. v. Salis an Graf Joh. v. Salis; Marburg, den 20. April 1801. Bo.) In einem Bittschreiben an den Kaiser betonte Salis seine Verdienste und berief sich auf die den Kollegen vom 13. Juli geleisteten Zahlungen, die bereits 5000 fl. betragen, und wünschte ein Gut für sich selber in Ungarn.

Am 16. Januar gelangte Salis schon nach Klagenfurt. Seine Gedanken kreisten um Lunéville, wo Verhandlungen gerade erfolgten, von denen er meinte, sie seien entscheidend für Bündens Zukunft. Auch die Kollegen waren in Spannung und hofften, die Lage werde sich ändern und «Alt fry Rätien» wieder erstehen. Deshalb war die Enttäuschung groß, als der Vertrag die Frage Graubündens überhaupt nicht berührte, was Anerkennung des 1799 erklärten Anschlusses aber bedeutete. Dagegen galt es, wie Salis meinte, zu protestieren, da ein richtiges Mehren damals nicht stattfand

und unter dem Druck der Feinde erfolgte. So müssen wir, von der Schärfe des Schreibens absehend, Salis zustimmen, wenn er schreibt: «Nie wird man genugsam versichern können, daß die Nation nie zur Vereinigung mit Helvetien zustimmte. Die Vereinigung von 1799 ist nur ein großes Verbrechen einer despotischen Partei, die trotz der Abstimmung von 1798 die Bündner durch die französischen Bajonette vergewaltigte; denn, sobald die Österreicher kamen, sind die Bündner zu sich zurückgekehrt.» (A. v. Salis an Graf Joh. v. Salis; 7. Febr. 1801. Bo.)

So galt bei den Salis der Wahlspruch: Nichtanerkennung des 1799 erfolgten Anschlusses und Berufung auf Artikel 11 des in Lunville gemachten Vertrages, der die Wahl der Verfassung erlaubte.

Derweilen machte sich Salis Sorgen um seine Papiere. Sie waren mit denen des Ministers Ulysses und denen der Regierung Graubündens (Interinalregierung) verpackt und den Ständen Vorarlbergs geschickt worden, als der Einbruch französischer Truppen im Juli 1800 Graubünden drohte und die Regierung die Hauptstadt verließ. Über die Stände Vorarlbergs gelangten die Akten später nach Innsbruck, von wo Archivar Gaßler sie mit den Akten des Archivs von Innsbruck nach Klostersenburg weiter verbrachte. Da A. v. Salis aber befürchtete, Chur werde die Akten verlangen, ruhte er nicht, bis Bündens Papiere zu Joh. v. Salis nach Wien gelangten. Von dort verliert die Spur sich ganz. (A. v. Salis an Graf Joh. v. Salis; 7. Febr. 1801. – Das Protokoll der Interinalregierung ist verschollen. Wenn von solchem später die Rede ist, betrifft es die Zeit des späteren Aufenthalts in Zernez und in Meran.)

Indessen wirkten die beiden Salis für die alte Verfassung des Landes weiter. So wandte sich J. v. Salis an Graf Trautmannsdorf in Wien und unterbreitete ihm ein Schreiben, in dem er das Interesse Wiens an Bünden und seiner Freiheit stark betonte. (Note Graf Johannes an Graf Trautmannsdorf; Wien, d. 14. März 1801. Gem.-Arch.) Doch Österreich war jetzt außerstande, für Bündens Freiheit weiter zu wirken, indem der Hofrat Daiser v. Sylbach an einer Gesellschaft Joh. v. Salis jetzt erklärte, Österreich müsse die politische Haltung zu Bünden ändern und könne sich weiter Bündens nicht annehmen. Nur Interessen Privater könne es künftig in Bünden verfolgen. Da die Äußerung aber nicht amtlich, sondern nur zufällig bei einer Begegnung am Abend erfolgte, nahm A. v. Salis sie nicht ernst und forderte Joh. v. Salis auf, er solle auch weiter in Wien verbleiben und sich für die Freiheit Bündens verwenden. Ja, bei Ermordung des Zaren Paul gerieten beide wieder in Schwung und hlaubten, daß das Blatt sich wende. Wie die Hoffnung aber zerrann, beschlossen sie selber, jetzt weiter zu handeln, indem sie ein «freies Mehren» erregten,

das die Gesinnung des Volkes zeige und Österreich zwingen, für Bündnisse zu wirken und die jetzige Haltung wieder zu ändern. Die «directe Avtion» kam somit in Gang und hielt Bündnisse bis 1813 dann ständig in Atem. (A. v. Salis an Graf Joh. v. Salis; Marburg, d. 25. April und 12. Mai 1801. Bo.)

Der Bewegung von außen kam die Stimmung des Volkes entgegen, wo gerade damals einer schrieb: «Überhaupt ist es fast die allgemeine Rede, wir würden zum Tirol angeschlossen werden und verwunderungswürdig ist, daß die mehreresten darüber froh sind und frei herauszusagen, es wäre besser die alte Verfassung. Sie seien müßig der Chicanen, Praktiken und allem bizarrem Gefolge der gepriesenen Freiheit. Wenn wir nur nicht zur Schweiz kommen, sonst gehen alle Drohungen und Mißhandlungen in Erfüllung.» (Korrespondenz des Grafen Joh. v. Salis; Auszug aus einem Brief, 21. April 1801. Bo.)

Die Lage sollte sich noch verschlimmern, da Planta zentralistisch weiter regierte. Dazu kamen Entflohenen zurück und nahmen Stellung gegen die Regierung, was die Lage im Lande verschärfte. Unter ihnen waren Glieder der alten Regierung in Meran, wie Juon, Peder, Wredow und Marchion. Die beiden letzteren bot die Regierung in Chur dann auf und wollte Auskunft über die Kasse. Beide konnten sich aber entziehen wegen des Fehlens aller Belege. (Korrespondenz des Grafen Joh. v. Salis; 1. Auszug aus Briefen Fr. v. Gugelbergs, 15. und 22. März 1801; 2. K. Chr. Wredow an Graf Johann, 1. April 1801. Bo. – Prot. d. 24. März 1801.)

Freilassung der Geiseln

Indessen erlaubte die neue Haltung A. v. Salis' Erzherzog Karl, dem Zug des Herzens jetzt zu folgen und den Geiseln die Freiheit zu schenken. Das entthob die Regierung der Aufgabe, Flüchtlinge zu verhaften, wozu sie damals gerade sich anschickte. Dadurch kam es denn zum Austausch. In Scharen kehrten die Deportierten zurück, und man erwartete auch die Grazer, als ihre Befreiung sich wieder verzögerte, weil der Gouverneur für in Graz gereichte Verpflegung Zahlung verlangte. Wieder mußte Karl sich einsetzen, bis die Geiseln schließlich befreit wurden. (J. B. v. Tschärner an M. A. v. Planta. Die Geiseln an Erzherzog Karl, 30. Jan. 1801. T. A.)

Ihre Rückkehr wollten Freunde zu einer politischen Feier benützen. Eine Abordnung sollte die Kommenden auf der Steig an der Grenze begrüßen und für die Verschleppung im Namen aller Patrioten abbitten. Beim Schloß Gugelberg sollte ein Freiheitsbaum sie grüßen. Doch Debons fehlte jedes Verständnis für dieses

für andere verletzende Vorgehen. Er wollte lieber die Gegner versöhnen und zu einem Gastmahl beide Teile der Verbannten vereinigen, an das er persönlich Zahlung leistete. Doch der Vorschlag fand nicht Anklang, da der Gegensatz zu groß war. (Korrespondenz des Grafen Johann v. Salis, 5. März 1801. Nachrichten aus Graubünden. Bo.)

Die Befreiten schwenkten bei ihren Parteien jetzt sofort ein und vergrößerten die im Lande schon herrschende Spannung. Das erschien der Regierung bedenklich, da schweizerische Truppen Graubünden verließen und eine Kompagnie allein noch zurückblieb.

Die Wahl der Behörden

Dazu kam die Zeit der Wahlen, wo sich das Volk der fehlenden Rechte wieder bewußt wurde. «Intriganten niedrigster Art» besuchten heimlich einzelne Dörfer und riefen auf, man solle das Wahlrecht sich doch nehmen, wie es vor alter Zeit in Brauch war. Da die Erregung im Volke wuchs, wünschte Chur sich wiederum Truppen. Debons konnte sie aber nicht abgeben und drohte nur, er werde Truppen nach Bünden verlegen, wenn die Lage es wirklich erfordere. Die Ruhe blieb dann aber erhalten, soweit nicht Zwischenfälle sie trübten. (Prot. d. 16., 20. und 26. Mai 1801.)

So tauchte in Chur jetzt ein «Pasquill» auf, das Trabanten der Regierung bekämpfte und den Verlust von alten Rechten im Lande beklagte. Dazu berührte es die Korn- und Salzsperre, wie auch den Strafmarsch hinauf ins Oberland, bezüglich welches es Kupli (er war Leiter solcher Strastruppen) warnte. Dann rügte es heiteren Tages erfolgte Verhaftungen, wie den Entzug des alten Wahlrechts. Wenn es schließlich auf einen Mann wies, der bald kommen und die Rechnung der Regierung streichen werde, spielte es an auf Erzherzog Karl und wollte den Mut des Volkes heben. Der Praefecturrat hielt es unter der Würde, zu handeln und überließ die Sache dem Distriktspräfekten Fischer, der den Verfasser des Schreibens suchte, aber nicht fand. (Prot. d. 10. April 1801.)

In Zizers kam's auch wieder zu Unruhen, indem Deportierte an «der Gemeinde» wieder erschienen und gegen die bestehenden Behörden sich auflehnten, vor allem gegen Präsident Schatz, der aus der Versammlung der Gemeinde flüchtete und Ammann Engler den Platz überließ. Die Gemeinde neigte zur alten Verfassung, bis die Regierung in Chur dann eingriff, Podestà Marin, Landammann Engler, Georg Engler und A. v. Salis nach Chur berief und ihr Verhalten schärfstens rügte. (Prot. d. 24. Febr. 1801.)

Kaum war der Fall erledigt, als Zizers wieder von Chur verlangte, man möge die «Märzwahlen» wieder gestatten, an denen Ämter im Dorfe bestellt wurden. Die Regierung wollte sich aber

nicht einlassen nach der eben gemachten Erfahrung und weil «Munizipalitäten» im Dorfe bestellt seien. Als die Gemeinde besondere Ämter zu stellen, verlangte, kam die Regierung zur Hälfte entgegen und gewährte «den Zuzug aus Gliedern der Gemeinde» für Zeiten der Wahl. Nachher sollte er wieder zurücktreten (der Zuzug bestand dann aus 12 Mann). Dieser blieb dann aber im Amt und verdrängte die bestehende Behörden ganz, ein Zustand, der sich aufdrängte wegen des Handels mit Jost und Schatz, über den das Volk sich heftig erregte, weil Schatz Präsident und Kläger zusammen in einer Person war. Die rein parteiische Besetzung der Ämter rächte sich wieder. (Prot. d. 29. Jan. 1801.)

Auch anderswo kam es zu Einbrüchen in die herrschende Ordnung; denn es gab im Lande Behörden, die zwei Jahre bereits im Amt waren und Entlassung sehnlichst verlangten. Der Praefectur-rat hatte versprochen, durch einen Erlaß den Wechsel zu regeln. Als dieser sich aber verzögerte, halfen Munizipalitäten sich einfach selber, indem sie vom Amte jetzt einfach zurücktraten oder den Rücktritt vom Amte voraussagten. Das letztere machte zum Beispiel Davos, dessen Behörden sich lieber verzogen, als daß sie länger im Amte verblieben. (Prot. d. 3. Jan. 1801.) Diese Entschlossenheit erlaubte es nicht, daß die Regierung länger noch wartete. Auf eine gemeinsame, für alle verbindliche Regelung wollte sie sich aber nicht einlassen. Sie wollte lieber von Fall zu Fall jeweilen entscheiden und die Macht so lange wie möglich im Lande behalten. So gab sie dem Oberland und Davos vorerst die Hälfte der Behörden frei, was Bedenken des Distriktspräfekten Florin in Klosters erregte, der den Einzug vieler Gegner in Behörden befürchtete. Er empfahl denn vorerst Wahlmänner, die von Friedensrichtern ernannt würden. Im übrigen habe die Regierung die Macht, jeden Widerstand in Gemeinden zu brechen. (Prot. d. 27. Mai 1801.)

Andererseits gabs im Lande Behörden, die Gesamterneuerung wünschten. So in Luzein, Davos und Klosters, wo die Behörden zu verreisen auch drohten, da der Widerstand im Volke wachse und die Lage der Behörden erschwere. Solche Massenflucht weckte Verdacht, sie sei geleitet und von außen veranlaßt, weshalb Florin seine Meinung veränderte und, über den Vorschlag der Regierung hinaus, Gesamterneuerung der Behörden verlangte, wogegen die Regierung dann aber sich sträubte und auf den Drittel den Wechsel beschränkte. Daran knüpfte sie noch Bedingungen, die das Entgegenkommen entwerteten.

Sie verlangte Verschnitzung der sämtlichen Schulden und daß man Bußengerichte abhalte, bevor die Wahl der Behörden erfolge. Das waren aber gerade Geschäfte, denen die Behörden lieber entgingen, da sie Haß und Hader erregten. (Prot. d. 3. Juni 1801.)

Die Forderungen führten so wieder zu Fragen, die an die Pfeiler des Staates rührten.

a) Verschnitzung der Kriegsschulden

Durch Besetzung mit fremden Truppen waren Gemeinden stark verschuldet. Die Schulden wollte man jetzt verschnitzen; aber man fragte sich nach der Anlage, ob nach der Heimat oder dem Wohnort. Von Fragen bestürmt, entwarf die Regierung einen förmlichen Plan, der die Frage der Verschnitzung regelte. Bevor sie jenen dann aber veröffentlichte, legte sie diesen noch einzelnen vor und verlangte ein Gutachten. Ein solches schickte dann G. A. Vieli, der entschieden dagegen sich äußerte, daß man für alle Gemeinden bestimme trotz der ganz verschiedenen Verhältnisse und weil auch einzelne bereits verfügt hätten. Der Regierung machte die Äußerung Eindruck. Wenn sie trotzdem den eigenen Entwurf dem Volke noch vorlegte, geschah es nur in der Form des «Leitfadens», der eigentlich niemand im Lande verpflichtete. (Prot. d. 14. April 1801.)

b) Bußengerichte

Größere Erregung brachten Gerichte, die längst bekannt und kleinere Frevel im Frühling behandelten. Wenn Gemeinden sich aber jetzt sträubten, geschah es aus Angst vor weiterer Feindschaft, wie begreiflich in einer an sich so erregten Zeit. Am 21. März war der Erlaß der Regierung ergangen, dem die meisten Gemeinden folgten. Nur Igis, die Gemeinde Fanas, Schiers und Grüschi antworteten nicht bis am 20. Mai. Die Regierung drohte darauf mit Bußen, worauf sich obige endlich bequemen, außer die Schierser, die mit 30 fl. gebüßt wurden. (Prot. d. 13. April 1801.)

In Rhäzüns und Reichenau standen rechtliche Bedenken entgegen, denn bei beiden waren die Herrschaften vorher zuständig und durften die Gerichte selber berufen, wie sie allein die Bußen auch einzogen. So erschien der Erlaß der Regierung denn als ein Einbruch in die Rechte der Herrschaften.

Während Reichenau – sie hatten sich einst erkundigt, ohne Entscheid von Chur zu erhalten, weil der Durchmarsch der Truppen Macdonalds gerade erfolgte; jetzt suchten sie wegen Verlustes der früheren Einnahmen von Besitzern, die ihnen die Herrschaft einst verkauften, einen Ersatz – rein geschäftlich die Sache betrachtete und nur Ersatz für verlorenes Geld der Herrschaft suchte, beurteilte Toggenburg, der Verwalter von Rhäzüns, die Sache rechtlich und sprach von Einbruch in «Fiskal- und Dominikalrechte». Er wies die Forderung der Regierung zurück, bis der Entscheid über die Stellung der Herrschaft schließlich falle. Den Gemeinden selber machte er Angst, wenn sie Churs Befehle befolgten. (Prot. d. 13. April 1801.)

Die Regierung stützte sich aber auf Lecourbe und seinen Befehl, das Land zu verwalten. So habe sie Munizipalitäten der Herrschaft berufen und Requisitionen gar verlangt, ohne daß der Verwalter sich äußerte. Deshalb sei es höchst befremdend, daß er plötzlich jetzt sich rege und einen neuen Befehl der Regierung wieder bekämpfe. Obgleich Toggenburg die veränderte Haltung der Regierung erklärte und sein Schweigen im vorigen Jahr mit dem Durchmarsch der Truppen begründete, hielt die Regierung an ihrem Beschluß wegen der Bußengerichte fest, solange Bern nicht anders verfüge.

Die Gemeinden selber nahmen Partei an der Seite der Regierung; denn sie nahmen es Toggenburg übel, daß er vor Zeiten sich nicht kümmerte, als man Leute der Herrschaft verschleppte, ja die Verschleppung der Leute begrüßte. – Im Frühling 1799 wurden Glieder der Herrschaft entführt, unter ihnen G. A. Vieli, ohne daß der Verwalter sich regte; ja, er habe, als andere sich einsetzten, diese bedroht.

Dem Praefecturrat erschien der Einspruch jetzt bedeutsam. Er meinte, man wolle feudale Rechte wieder beleben und legte die Frage der Regierung in Bern vor. Diese entzog sich aber der Frage, solange Bünden ein Staat für sich sei. Trotzdem war man in Bern gespannt, welchen Ausgang die Sache nehme und erbat von Chur sich Bericht.

Toggenburg beschränkte sich aber auf Worte. Das entsprach der militärischen Lage. Wie er wirklich dachte, zeigen die Worte: «Übrigens hat die Herrschaft ihre Existenz nicht vom Staat, sondern der Staat hat im Gegenteil seine ursprüngliche Freiheit größtenteils dieser Herrschaft zu verdanken.» Dagegen verwies die Regierung auf Lecourbe und schweizerische Truppen im Gebiete Graubündens, die Bündens Stellung klar erwiesen. Feudale Rechte kenne der schweizerische Staat aber nicht mehr. Das gleiche gelte so auch für Bünden. So möge Toggenburg sich jeden Aufrufs an Gemeinden der Herrschaft künftig enthalten; denn es würde «als feindlicher Act» der Regierung erscheinen. Obschon der Verwalter sich solche Lehren der Regierung verbat, blieb der Erlaß der Regierung in Kraft und die Gerichte wurden im Namen der Regierung in der Herrschaft gehalten. (Prot. d. 5. und 21. Juli 1801.)

Gleichzeitig pochte auch der Hof auf eigene Rechte gegenüber dem Staat. Man hatte den Hof von Besetzung mit Truppen bisher verschont, worüber die Bevölkerung von Chur sich aufregte und gleiche Behandlung von Stadt und Hof in Zukunft verlangte. Nun erschienen eines Tages Beamte und numerierten im Hof die Häuser zur Verteilung von Truppen, ohne daß man den Hof begrüßte.

Wie der Domsectar sich wehrte, wandte die Stadt sich an die Regierung, der der Domsectar erklärte, der Hof sei «ein eigenes, von der Stadtiurisdiction unabhängiges Territorium» und von Leistungen ohne Begrüßung des Hofes befreit. Das wies die Regierung dann aber zurück: Der Bischof sei einmal nicht Reichsfürst und so der Regierung des Landes pflichtig, wie die Briefe des Landes wiesen. (Prot. d. 8. April 1801.) Es war der Auftakt zu einem Kampf um die Stellung des Hofes.

Vorfall im Oberhalbstein

Welchen Unwillen der Entzug der Wahlen im Lande bewirkte, zeigte sich deutlich im Oberhalbstein, wo Landvogt Dosch in Tinzen verlangte, man solle die neue Verfassung aufheben und die alten Behörden der Gemeinde einsetzen. Da man die Abstimmung aber vertagte, trat der Präfekt der Gegend dazwischen und konnte den Rückfall ins Alte verhindern.

Zu eigentlichen Auftritten kam es in Saluz, wo Davona und Söhne hervortraten und auf den Präsidenten der Gemeinde sich stürzten, als Dritte das Schlimmste noch eben verhüteten. Der Regierung erschien der Fall bedenklich, so daß sie ein Sondergericht verlangte und auf Gefängnis der Täter beantragte.

Es war das Verhalten des Tales Bergell, das auf diese Gemeinden des Tales einwirkte und, wie der Präfekt der Gegend voraus sagte, eine Lockerung der Ordnung bewirkte, indem auch Marmels obigen Gemeinden des Tales folgte und die neue Verfassung des Landes bekämpfte. (Präfekt Melchior an den Praefecturrat; 3. Juni 1801. Prot.) Angesichts solcher Gärung schickte die Regierung G. A. Vieli, auf daß er das Volk des Tales beschwichtige. Vieli erschien und sprach den Gemeinden des Tales zu. (Prot. d. 9. und 27. Juni 1801.)

Die Lage im Engadin

Im Engadin brachten Gerüchte Volk und Behörden wieder in Wallung. P. v. Planta und Perini verbreiteten damals, das Engadin sei dem Kaiser in Wien verfallen und Truppen würden es gleich besetzen. Das gab den Freunden des Alten Auftrieb. Sie trugen die Köpfe im Tal höher und verhöhnten Befehle der Regierung.

So fand die Aussicht, Italienisch und Romanisch würden Amtssprache, nicht überall Anklang. Wie Pfarrer Sarott in Schuls auf offener Kanzel den Erlaß verkündete, geschah es «so stümpelnd, so grob pantalonmäßig, daß ein abscheuliches Lachen mit Lärmen davon entstand. Von saluts republicans wiederholte er affectiert die letzte Silbe – cans – cans – cans.» Saluz verlangte die

sofortige Vorladung des Pfarrers nach Chur. Im übrigen meinte er, die Ruhe werde im Tal nicht einkehren, bis das Land der Schweiz sich anschließe. (Prot. d. 22. April 1801.)

Gleiches geschah im Tal Samnaun. Nur war der Pfarrer jetzt katholisch, der sich beklagte und die Regierung öffentlich angriff, aber ohne den erwarteten Beifall, da das Volk an der Grenze fürchtete, Österreich wolle es Bünden entfremden. Auch Pfarrer Denot mußte in Chur sich später verantworten und die Bemerkungen gegen die Regierung wieder zurücknehmen.

Wie das Gerede vom kaiserlichen Einmarsch sich verbreitete und Samnaun auch später erreichte, war die Erregung des Tales groß. Man wollte «Untertan» nicht werden, weshalb Saluz die Regierung bat, sie möge mit einem Schreiben die Leute beschwichtigen. Das geschah, worauf die Regierung wieder verlangte, die Samnauner sollten in feierlichem Schreiben den Anschluß Bündens jetzt verlangen, welchem Wunsch die Samnauner folgten. Die Regierung wollte vom Schreiben Gebrauch machen und es der Regierung in Bern übermitteln. (Prot. d. 5. Mai 1801.)

In ähnlicher Weise beruhigte Chur das Engadin, dem es in öffentlichem Schreiben den Anschluß des Landes voraussagte. Dazu bedrohte das Schreiben solche, die falsche Gerüchte im Tale verbreiteten. Perini und Planta faßte sie jetzt schon, indem sie jenen nach Chur verlangte und P. v. Planta des Landes verwies. Unterlage gab der am 12. Mai 1799 erfolgte Rechtsspruch, den das «unparteiische Gericht» des Landes erließ. Dank der Fürsprache R. v. Plantas, der aus der Fremde eben zurückkehrte (aus Sardinien aus fremden Diensten), konnte Planta weiter verbleiben, worüber Bavier sich aber empörte als Beteiligter bei obigem Gericht, weil er für das Ansehen der Regierung fürchtete. (Prot. d. 24. April 1801.)

Zur Förderung des Anschlusses ließ auch Puschlav sich wiederum hören, da es befürchtete, bei der Bereinigung der südlichen Grenze zu Cisalpinien noch zu fallen. Vorerst schrieb die Munizipalität, das «Corpo riformato» folgte später, worauf die Regierung den Gesandten Planta in Paris ermahnte, er möge Puschlav dem Lande erhalten.

Die Regierung schickte das Schreiben Bern. Zugleich wünschte sie eine Bereinigung der südlichen Grenze im Sinne Graubündens, das heißt mit Einschluß des Tales Veltlin. Anlaß gab jetzt Eschers Gutachten über die Grenzen der Schweiz im Süden, das Veltlin und Kläven verlangte. Das entsprach der öffentlichen Meinung auch in der Schweiz, die Bünden mit Veltlin und Kläven verlangte, ohne diese aber lieber verzichtete. (Füßli an B. v. Tschärner, 18. März 1801. A. T. Prot. d. 19. Mai 1801.) Während die Schweiz so nur bedingt den Anschluß wünschte, setzte Chur sich weiterhin ein, um den Bestand des Staates zu sichern.

Verhältnis zur Schweiz

Die Schweiz hatte den Vertrag von Parsdorf einst begrüßt; denn er befreite sie von der Verpflegung der Truppen in Bünden. Diesem fehlten dann aber die Mittel. So mußte die Schweiz mit Lieferungen helfen, bis auch ihr die Mittel dann ausgingen. Um so mehr enttäuschte Planta, als er nachher der Schweiz sich abkehrte und den eigenen Staat erstrebte. So mußten die Beziehungen zur Schweiz erkalten.

Da veränderte der Vertrag von Lunéville die Lage ganz, indem er Bünden gar nicht berührte und es als Teil der Schweiz betrachtete. In diesem Sinn erklärte Glayre, daß innere Kämpfe die Schweiz erfüllten, daß aber, sobald die Kämpfe sich legten, die Schweiz den Anschluß Graubündens herbeiführe. Indessen hielt es Glayre für nötig, daß die Schweiz bereits sich äußere, da Bünden sich sonst im Innern zerfleische und schließlich zerfalle. Ähnlich äußerte sich Minister Stapfer. Doch es fehlte in Bern der Glaube an Bündens Bereitschaft, da viele in rätischen Landen die «rätische Freiheit oder andere Reunionen» lieber erstrebten. (Füßli an J. B. v. Tschärner, d. 18. März 1801. A. T. XX, 90.) Dagegen verlangte Bern von Talleyrand, daß auch er zur Frage sich äußere und für den Anschluß Graubündens sich ausspreche. (Stapfer sollte bei Talleyrand vorsprechen; Strickler VII, 787.) Während dieser soeben noch schwankte – als J. U. Sprecher in Paris sich verabschiedete – war er nunmehr Freund des Anschlusses. Das erklärt, warum auch Jost eine Audienz beim ersten Konsul nicht mehr erhielt und ohne solche Paris verließ. Auch der Friedensvertrag bezeugte, daß man Bünden als Teil der Schweiz bereits betrachtete.

Da jener die Wahl der Verfassung erlaubte, kam es in der Schweiz zu heftigen Kämpfen zwischen den beiden großen Parteien, den Unitariern und Föderalisten. Beide konnten sich denn nicht einigen und gaben die Wahl Napoleon zurück, was nicht hinderte, daß die Führer Napoleon bestürmten und ihn mit Schriften ganz überhäuften. Er ließ sich aber nicht einfangen und entwarf dann einen Vertrag, der Ideen beider Parteien vereinte und den Bundesstaat begründete. Es war der Vertrag von Malmaison.

Der Gesetzgebungsrat in Bern stimmte obigem Vertrag dann zu und berief auf September die schweizerische Tagsatzung nach Bern ein, damit auch sie den Vertrag genehmige und zum Gesetz des Landes erhebe. Kantonale Tagsatzungen mußten vorgehen, die Vertreter nach Bern vorerst bestimmten.

Bünden brachte der Entwurf den Anschluß, indem er Bünden als neuen Kanton der Schweiz auch aufführte. Da jenes aber noch frei war und mit der Schweiz sich erst vereinte, war der Sprung

zum Neuen groß. Bünden erhielt denn einen Berater in der Person des Obersten Andermatt, den Bern bestimmte. Nach der Instruktion behielt die Regierung die Verwaltung im Innern und Oberst Andermatt die Vertretung nach außen. Diese Gleichstellung war verderblich; denn es bildete sich rasch ein Gegensatz, der die Arbeit beiden erschwerte. Dazu erhielt der Oberst den Auftrag, die Lage des Landes genau zu beschreiben. Die Berichte liegen in Bern noch vor.

Planta regierte zentralistisch im Lande noch weiter, indem er Entschädigungsklagen betrieb. Ja er paßte die Synode des Landes dem jetzigen Kurs der Regierung an. Dieser Widerspruch in Plantas Verhalten erklärt sich damit, daß er die unbeschränkte Gewalt noch gerne behielt und an einen Tisch mit seinen Gegnern nicht gern sich setzte.

Ein Auftritt in Jenaz und der Handel mit Jost und Schatz

Das Verhalten Plantas war aber verderblich, da der Unwille wegen der Klagen im Lande noch wuchs. Weil die meisten amtierenden Richter für sich selber Entschädigung wünschten, war das Urteil stets getrübt und es ging im Volke die Rede, ein Franzose helfe dem anderen. Dazu fehlten feste Gesetze, die Willkür Weniger erlaubten. Trotzdem gab es wiederum auch Richter, die Verschiebung der Prozesse verlangten. (Prot. d. 3. Juli 1801.) Dem widersetzte sich heftig Planta, dem für die Ruhe im Lande bangte, wenn man Unrecht weiter belasse. Andererseits kam es wieder zu Unruhen, die Verschiebung eher empfahlen. So im Prätigau, das als Feind des Neuen bekannt war und die Änderung der Lage erhoffte. Eine solche schien aber auch in Aussicht, da die Kunde sich dort verbreitete, Prinz Karl werde mit Truppen erscheinen und die alte Verfassung des Landes herstellen. Mit ihm komme auch Baron von Kronthal und werde die alten Beziehungen aufnehmen. Die Rückkehr von Gliedern der alten Regierung gab solchen Gerüchten im Tale noch Auftrieb, indem P. v. Planta in Zernez verbreitete, die Regierung werde die Geschäfte wieder aufnehmen. Das versetzte das Volk in Taumel, so daß im Haus des Jogle Mathis im Dorf Jenaz der Champagner floß. (Pfleger Jakob Mathis war Anhänger des Alten. Er hatte die Verhaftung der Führer des Stäfener Handels, Kaspar Billeter und Heinrich Wädenswiler, vor Zeiten veranlaßt, die flüchtig seine Herberge in Chur besuchten, wobei er sie aushörte. Dr. P. v. Sprecher, Graubündens Anteil am Stäfener Handel – Jahresbericht der Historisch-antiquarischen Gesellschaft Graubünden 1895.)

In solcher Stimmung war ein Auftritt revolutionären Charakters im Tale gefährlich. Patrioten von Luzein, Putz und Buchen,

wie Florian Kasper, Heinrich Nett und Hans Florin erhoben Klage gegen Luzein, Putz, Pany, St. Antönien und Buchen, von denen sie Entschädigung auch verlangten. Die Friedensrichter von Fideris, Jenaz und Furna luden umsonst die Parteien vor, bis sie dem dritten Ruf dann folgten. In einen Vergleich wollte keine der Parteien sich einlassen und so kam es zum Prozeß. Das Gericht tagte am 5. Mai im Dorfe Jenaz, wo die Beklagten mit großem Gefolge endlich anrückten und im Rathaus vor dem Saal des Gerichtes Platz nahmen. Da die Richter sich auf bewegte Verhandlungen gefaßt machten, setzten sie fest, daß immer je vier der beiden Parteien den Verhandlungen folgten. Als die Kläger im Lauf der Verhandlungen aber die Gegner stark bedrängten, erstürmte die Mehrheit dieser den Saal und bedrohte die Richter, so daß sie flohen. Dabei benahmen sich Landammann Gaßner, Hans Keßler, Weibel Bardill und Landammann Kasper im Saale «wie Tiere».

Der Vorfall hatte ein politisches Nachspiel, wobei die Altgesinnten erklärten, nach dem früheren geltenden Recht bestehe «Inappellabilität» des früheren Urteils und durfte die neue Verhandlung nicht stattfinden, worauf das Gericht den eigenen Präfekten und selbst die Regierung in Chur noch anrief. Diese gestand, daß feste Gesetze im Lande fehlten, da die Eigenart jeden Falles einer gesetzlichen Regelung spote. Da ein «Purgationstermin» verpaßt sei, solle das Gericht, wenn die Verklagten weiter sich sträubten, «in contumaciam» einfach urteilen, wovon Florin in Klosters warnte, da die Lage im Tale gespannt sei und die Macht zum Vollzug der Behörde doch fehle. (Prot. d. 24. März 1801.) Die Äußerung machte in Chur dann Eindruck. Als Truppen in Jenaz erschienen und es hieß, sie kämen als Strafe, erhob die Regierung dagegen Einspruch und erklärte die Truppen kämen im Wechsel. Solche Mäßigung war geboten, da die Parteien sich wieder beruhigten und der Präsident der Gemeinde Luzein dem Gerichte erklärte, sie wären bereit zu einem Vergleich. Dazu bedurfte es aber der Schiedsrichter, als welche man Florin, J. U. und Jan Sprecher sofort bestimmte. Da J. U. Sprecher nicht frei war, empfahl Florin in Klosters Hitz.

Während die Parteien hier sich mäßigten, ging der Handel mit Jost und Schatz in Zizers weiter. Wir kommen in Kürze auf die Sache zurück. (J. Zimmerli, Praefecturrat und Interinalregierung im Kampf um die Vorherrschaft – LVIII. Jahresbericht der Hist.-antiquar. Gesellschaft von Graubünden 1929, S. 124.) Als Jost im Sommer des vorigen Jahres nach Hause zurückkam, verlangte er von Zizers gleich Entschädigung, wobei General Jardon die Forderung stützte. Es kam zu einem Vertrag, nach dem Zizers 39 000 fl.

Aloys Jost und 8000 dem Bürger Schatz in Fünfteln schuldete. Den Entwurf unterzeichneten Ammann und Schreiber der Gemeinde Zizers und überließen ihn Aloys Jost. Eine eigentliche Urkunde erfolgte nicht; denn, als Jardon vom Vertrag dann hörte, war er über die Höhe der Forderung betroffen und wollte die Sache auf später verschieben. Ebenso äußerte sich später Dumas. So verlangte man den Entwurf von Jost zurück. Statt aber zu folgen, hinterbrachte er ihn sofort Planta, der in Chur ihn sicher verwahrte. So hielt er den Prozeß mit Zizers noch aufrecht.

Als der erste Fünftel verfiel, ohne daß die Zahlung erfolgte, schritt das Gericht sofort zur Schätzung und sprach Feutsch, die Alp der Zizersern, den beiden Klägern sofort zu. Wie der zweite Fünftel bevorstand und Zizers wiederum sich nicht rührte, drohte die Schätzung Zizers wieder. Dieses stützte sich aber auf Dumas, der auf Verschiebung des Handels drängte. Trotzdem wurde die Schätzung eröffnet, als Zizers das Schreiben Dumas eröffnete und es dem Präfekten in Malans auch schickte, der es der Regierung in Chur unterbreitete. Hier lag aber ein Schreiben Berthiers, des französischen Ministers, der Regierung vor, das Offizieren in Bünden verbot, in Josts Prozeß sich weiter zu mischen, eine Folge der Sendung Josts. So fühlte Planta sich denn gesichert und trieb die Schätzung noch schärfer voran. Jost schlug noch einen Vergleich vor, ohne daß ihn Zizers erhörte, das auf das Schreiben Dumas sich stützte. So ging der Gang des Prozesses weiter. Man bestimmte aus Igis und Zizers die Schätzer und Vorsitzender wurde Präsident Krättli von Untervaz, der selber Entschädigung jetzt sich wünschte. Die Schätzer trafen dann aber nicht ein und ließen Krättli in Igis allein. Man überband die Kosten Igis und verlegte den Handel auf den 9. Juni nach der Gemeinde Zizers. Wieder wollte sich Jost vergleichen. Der Erfolg war aber wieder der gleiche. Ja, Zizers wollte die Hand auf Feutsch legen, wovor die Regierung aber jetzt warnte. (Prot. d. 31. Mai 1801.)

In Zizers ließ die Sache sich gut an, indem die Schätzer zur Verhandlung erschienen. Doch kaum prüfte Schätzer Dolf aus Igis die Akten, als auch er sich wieder entzog. Krättli wartete nach Vorschrift bis abends und ging dann schließlich verärgert nach Hause.

Nun bestimmte die Regierung Malans, eine dem Neuen ergebene Gemeinde. Hier ging die Schätzung jetzt endlich vor sich, nach der die Kläger den zweiten Fünftel wieder erhielten (10 829 fl.) und als Ersatz die Alp Bavig. Der Verlust der Alpen unterhöhle Zizers Vermögen jetzt so, daß Engler auf offener Straße Schatz erklärte, es «werde noch Blut fließen wegen Bavig» (Prot. d. 12. Juni

1801.) Die Kläger verlangten Schutz von Chur, worauf die Regierung Zizers warnte. Dazu benachrichtigte sie auch Florin, in dessen Distrikt die Alpen ja lagen.

Die Prätigauer berührte der Handel insofern, als sie Verschleppung der Seuche befürchteten, wenn Zizers Bestoßung doch schließlich erzwingen. So tagte eine Versammlung des Tales in Schiers, zu der die Regierung den Präfekten Boner von Malans entsandte, auf daß er die rechtliche Lage beleuchte.

Indessen kam es zu neuen Fällen von Seuche in Zizers, die Bestoßung der Alpen jetzt ausschlossen und sanitärisch verwerfliche Dinge in Zizers enthüllten, indem man Tiere nahe den Häusern des Dorfes verscharrte. Verantwortlich war dafür der Zuzug, der immer noch amtete und sich über Befehle der Regierung hinwegsetzte. Die Regierung verschaffte dem Befehl jetzt Nachdruck, der dem Zuzug länger zu wirken im Dorfe verbot und setzte die frühere Behörde ins Amt (die Munizipalität). Diese wollte sich erst nicht fügen, da die Regierung sich in private Verhältnisse einmischte. Das Verhältnis besserte sich aber dann bald, da die Regierung manche Erleichterung der Gemeinde beschaffte und einen Arzt zur Bekämpfung der Seuche in der Gemeinde bestellte.

Im ganzen wirkte die Seuche entspannend, da Bestoßung der beiden Alpen jetzt außer Betracht fiel, solange die Seuche im Dorfe noch herrschte. Die Alpen verpachteten die Kläger an alt Landesherrn Marti im Dorfe Malans, wo man Ersatz für Kalfeusen begrüßte.

Zizers zog den Handel mit Jost und Schatz noch weiter und ging nach Bern, wo man die Schatzung durch Planta verurteilte und die Alpen Zizers erstellte. (Prot. d. 16. und 20. Juni 1801; Prozeßakten: Jost und Schatz, Kantonsarchiv in Chur.)

Die Synode

Hatten früher Fragen der Lehre die Synode beschäftigt, so waren es jetzt viel eher politische. Anlaß gab die Lage der Geistlichen, in deren Gemeinden andere Kollegen zur Zeit der Verschleppung früher sich einschlichen und, wenn die Verschleppten dann wieder erschienen, die Pfründe behielten. Vielfach hatten aber auch Gemeinden die neue Besetzung der Stellen gewünscht, damit die Kinder der Unterweisung nicht länger entbehrten. Daß die Synode der Verschleppung sich annehme, war beim Stand der Parteien unmöglich. Deshalb erhielt B. v. Tschärner als Assessor der Synode den Auftrag, er solle neue Glieder nicht zulassen, bis die verschleppten Kollegen versorgt seien. Das führte zu äußerst erregten Verhandlungen und hätte den Bruch der Synode

gebracht, wenn nicht Pol eine gewisse Größe des Geistes gezeigt hätte und durch sein Vorbild die kämpfenden Brüder der Synode versöhnt hätte. (J. Zimmerli, Dekan Lucius Pol, S. 54–55.)

Dazu erregte Tscherner auch Unwillen, da er Zensuren der Geistlichen folgte, bei denen diese sonst immer für sich waren. Weiter befremdete die Forderung Churs, man solle die Verfassung der Synode ändern und der des Landes sofort auch anpassen, indem man statt der drei Dekane einen Praeses der Synode erküre. Dank der Zusicherung, die Neuerung bleibe vorerst provisorisch, stimmte die Mehrheit der Neuerung zu. (Prot. d. 1. und 30. Juni 1801.)

Flugschriften – Bewegung der Altgesinnten in Bünden

Welchen Eindruck solches Verhalten der Regierung machte, zeigen Flugschriften, die die neue Verfassung bekämpften und die alte Ordnung im Lande herbeiwünschten.

So tauchte im Schanfigg ein Gedicht auf, «aufgesetzt von einem einfältigen, der alten Konstitution anhänglichen Bauersmann», das zur alten Verfassung aufrief, worin es heißt:

1. Es ist kein Zeit mit Glegenheit,
jetzt Neues aufzunehmen,
indem wir ja von weit und breit
nicht Bestimmtes hören können.
2. Frankreich, die große Republik,
der Wiener Hof desgleichen,
hat uns kein großer Bricht geschickt,
den man uns konnte zeigen.
3. Man geb' sich Mühe, wie man will,
uns Neues aufzudingern,
so nützt solches gar nicht viel,
vom Alten uns abzubringen.

Viel gefährlicher war die Flugschrift, die der Davoserbote führte und Andreas Sprecher in Luzein überbrachte, ohne daß der Verfasser genannt war. Das Schreiben forderte zum Marsch nach Chur auf. «Verständiges Volk» werde am 22. Juni erscheinen, Oberländer, Obervazer und Oberhalbsteiner und werde freundlichen Empfanges gewiß sein. Der Kommandant mit seinen Truppen werde entlassen und die Regierung werde durch alte Behörden ersetzt werden. Von Paris und Wien sei Protest nicht zu befürchten, da weder Bonaparte noch Erzherzog Karl das Volk Graubündens se bedrückten.

Später hieß es, Sprecher habe über den Inhalt des Briefes betroffenen Landammann Müller in Luzein besucht. Beide meinten, das gleiche Schreiben würden auch andere Gemeinden erhalten und eine Erhebung stehe bevor. So zog Sprecher Fähndrich Brosi von Conters bei und beide besuchten Landammann Müller in seiner Wirtschaft in Luzein, wo alle drei sich dahin einigten, daß Müller und Brosi je einen Boten nach Chur schickten und die Lage in Chur genau erforschten. Da Bundesweibel Michel im Dorfe Buchen in eigenen Geschäften gerade nach Chur ging, begab sich Müller gleich zu diesem und gab ihm die Schrift auch selber zu lesen mit dem Auftrag, er solle in Chur sich näher erkundigen. Zu Michel stieß der Bote Brosis und beide machten sich auf den Weg. Müller kehrte nach Luzein zurück, wo er das Schreiben in einem «Scäffli» der Wirtschaft verwahrte, um es Gästen, wie Ratswirt Schorno und Podestà Kasper in Küblis zu zeigen, die den Inhalt rasch verbreiteten, so daß Puschlav von der Sache auch hörte. Wie groß die Erregung im Prätigau war, zeigen Worte Pfarrer Gujans in der Kirche von Saas, der die Predigt am Sonntag schloß: «Der Allmächtige möge der überhandnehmenden Slaverei steuern und die höllischen Dämpfe, welche nichts anderes sind als Rauch und Dampf aus der Hölle, wieder einmal ins Licht wandeln.» (Prot. d. 11. Juni 1801.) Die Wünsche waren dem Ziele schon nahe, als die Regierung energisch eingriff.

Peter Aliesch, Bürger von Schiers, der als Neuerer im Tale bekannt war, hatte auf Umwegen von der Bewegung im Tal erfahren und gab der Regierung darüber auch Nachricht. Diese ließ Boten und Führer gleich verhören. Müller lud sie selber nach Chur vor. Den Fähndrich Brosi verhörte Florin, Präfekt in Klosters. Von Andreas Sprecher verlangte die Regierung in Chur die Flugschrift und wollte ihn selber später verhören. Die Municipalität der Gemeinde Luzein lud Sprecher auf den 30. Juni auch nach Chur vor; doch Sprecher war bereits entflohen und ging über den Grubenpaß nach Feldkirch, wo Gleichgesinnte warteten. Florin verfolgte Sprecher mit Steckbrief, wenn er je das Land betrete und Güter in St. Antönien wieder besuche.

Florin betrachtete Sprecher als Führer, hinter dem sich andere versteckten. «Eine umfassende Kombination» sei, wie er meinte, sicher im Gange. Sprecher sei der Verfasser der Flugschrift. Während für letztere Beweise noch fehlen, sah Florin im übrigen klar.

Ein Grüppchen von Aristokraten hatte sich eben in Feldkirch versammelt zur Besprechung der Lage der Heimat. Sie waren vor Zeiten entflohen und fanden im Vorarlberg freundliche Aufnahme, indem Bissingen in Wien sich einsetzte und ihnen im Vorarlberg zu leben erlaubte. Bissingen hatte den Polizeimini-

ster in Wien, Graf von Pergen, über die Ankunft der Leute benachrichtigt, worauf der Graf ihm die Sache überließ. (Gouverneur v. Bissingen an den Polizeiminister Graf v. Bergen; Innsbruck, d. 19. Juli 1801. – Praesidialacten. Statthaltereiarhiv in Innsbruck.) Es geschah in der festen Erwartung, die Fremden würden sich ruhig verhalten. Der rasche Verlauf der Dinge in Bünden, wo ein Kommissär demnächst erschien, zwang die Flüchtlinge aber zu handeln, um wenn möglich den Lauf des Rades in Bünden zu hemmen oder in der Fremde ein neues Heim sich wieder zu schaffen. Die Flüchtlinge trafen sich so in Feldkirch und entwarfen eine für den Kaiser bestimmte Denkschrift. Die Beteiligten waren Rudolf von Salis-Soglio, Martin von Buol, Jak. von Ott und Georg Willi, zu denen Sprecher sich nun auch gesellte. Rudolf v. Salis wollte erfahren, wie weit der Kaiser für Bünden sich einsetze. Entsprechend wollte er sich später verhalten. (Rud. v. Salis, Bundspräsident, an seinen Neffen, Graf. Joh. v. Salis; 1. Juni 1801. Bo.)

Nach Beschreibung der Lage in Bünden lautet die Denkschrift dann wörtlich: «Da die Mehrheit des Bündnervolkes sich nicht frei äußern darf, weil es dem despotischen Druck eines vom Militär unterstützten Praefecturrates unterliegt, so wenden Endsunterzeichnete, sich jetzt in den kaiserlichen Erbstaaten aufhaltende Bündner an die kaiserliche Majestät und erflehen deren Schutz für Bündens alte Verfassung. Nach Lunéville wurde jedem freien Volk die Wahl der Verfassung selber gelassen. Das Bündnervolk wird aber diese Befugnis nie frei benützen können und das Opfer einer erzwungenen und erkünstelten Stimmenmehrheit werden, wenn es nicht durch die Gegenwart eines k.k. Bevollmächtigten seiner Freiheit in obgedachter Auswahl versichert wird. Sollte das unter den gegenwärtigen Umständen nicht möglich sein, so schränkten Endsunterzeichnete ihre Bitte dahin ein, daß doch wenigstens die in obgedachtem Lunévillerfrieden stipulierte Amnestie auch zu Gunsten aller wegen politischer Meinung verfolgten Bündner pünktlich gehandhabt werde, daß aber wegen Entschädigung angefangener Prozeduren und sowohl ausgesprochene als exequierte Urteile vernichtet und in äußerstem Notfall den Beschädigten das Gegenrecht und der Ersatz auf den in k.k. Staaten liegenden Effecten bewilligt werden möge, und da einige unter uns und viele andere Bündner im Fall einer Veränderung gesonnen wären, das Vaterland zu verlassen, bitten sie um das Recht der Niederlassung in den kaiserlichen Staaten und daß ihnen zur Wegziehung ihres Vermögens bei einem zu diesem Zweck nötigen Aufenthalt Sicherheit gewährt werde.» (Schreiben von Bündnern, die vor dem Praefecturrat Bünden verließen: Rud. v. Salis-Soglio, Martin von Buol, Jak. v. Ott und Georg Willi, zu denen Andreas Sprecher später noch stieß; 3. Juli 1801. Statthaltereiarhiv in Innsbruck, Praesi-

dialacten 1801. Die Genannten an Gouverneur v. Bissingen, 3. Juli 1801.)

Die Feldkircher bestimmten die Denkschrift Bissingen, damit er mit einem Begleitschreiben das Schreiben dem Kaiser in Wien übermittle. Als Bote beliebte Landeshauptmann Andreas Sprecher von Bernegg; denn man wollte den Schein vermeiden, als gehe es nur um die Familie der Salis und nicht das Wohl des gesamten Volkes. (Rud. v. Salis an Graf Johann; 6. Juli 1801. Bo.)

Sprecher begab sich nach Bregenz, wo Martin v. Buol die Wege ihm ebnete, indem er den Paß für Sprecher besorgte. – Martin v. Buol war in Bregenz und führte Sprecher zu v. Vicari, Landeshauptmann des Landes Vorarlberg, der wegen des Passes mit Innsbruck verkehrte. (Schreiben des v. Vicari, Bregenz, d. 6. Juli 1801; Statthaltereiarhiv in Innsbruck, Praesidialacten 1801; Rudolf v. Salis an Graf Joh. v. Salis, 6. Juli 1801. Bo.)

Wenn das in Luzein gefundene Schreiben von einer Erhebung des Volkes redete, entsprach es der Stimmung des Volkes ganz, da am 10. Juni ein solches Begehren bereits erfolgte. «Eine ziemliche Anzahl alter Magistratspersonen und Zunfräte und andere wohldenkende Bürger der Stadt Chur und noch mehrere wohldenkende Bürger aus dem Prätigau und dem oberen Bund» erließen an Bissingen, der den Kaiser und Erzherzog Karl in Wien berate, das Gesuch, man möge Bünden zur alten Verfassung wieder verhelfen und die Beziehungen zu Österreich auch erneuern. Ein Schreiben Verwalter Toggenburgs von Rhäzüns gab der Denkschrift dann noch Nachdruck. Er schrieb an Bissingen, der Praefecturrat löse die Beziehungen zu Österreich ganz und suche das Land mit der Schweiz zu vereinen, was «Aufgabe der alten Freiheit», ja «Sklaverei» für Bünden bedeute. Wenn nicht Schritte dagegen erfolgten, werde die Regierung in Chur sich halten und ihr Ziel für Bünden erreichen. Das hätte Unterzeichner des Schreibens veranlaßt, an Gouverneur Bissingen sich zu wenden, auf daß er erwirke, «daß das Land nach allgemeinem Wunsch bei der alten Freiheit und Verfassung und bei dem allgemein gewünschten Verhältnis mit Vorarlberg und Tirol verbleibe.» Man werde von Gewalt in Chur nicht zurückschrecken, da man wisse, daß, wenn das Volk in völliger Freiheit darüber entscheide, 90 Prozent die alte Verfassung im Lande sich wünsche. (Eingabe von Churer Bürgern an den Gouverneur v. Bissingen, 10. Juni 1801; Verwalter Toggenburg an den gleichen, 9. Juli 1801. Staatskanzlei in Wien, Provinzen, Tirol 1799–1803.)

Das war die Stimmung des ganzen Volkes in Bünden; das bestätigt das Mehren, das Graf Johann von Salis im Winter des Jahres 1801 auslöste und dem die Mehrheit der Gemeinden folgte, bis das Militär die Bewegung erstickte.

QUELLEN

Protokoll des Praefecturrats, Staatsarchiv in Chur	Prot.
Archiv der Familie Tscharner	T.A.
Archiv des Freiherrn A. v. Salis in Gemünden	Gem.-A.
Archiv der Familie Salis in Bondo	Bo.
Lieutenant Henri Leplus, La Campagne de 1800	Leplus
Actensammlung aus der Zeit der Helvetischen Republik	AHR.
Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien	W.-A.